

Clown Larible: Protokoll einer Vorverurteilung

DIE WELTWOCHEN

Nummer 49 – 8. Dezember 2016 – 84. Jahrgang – Fr. 8.50 (inkl. MwSt.) – Euro 6.90

Zuwanderung
René Zeller über die verlorene
Unschuld des Ständerats

Freisinn
Rechts blinken,
links abbiegen

Globalisierung
Wer hat Angst vor
dem Freihandel?

Christoph Blocher
Gute Eliten,
schlechte Eliten



Rückkehr des Nationalstaats

Die neuen Freiheitsbewegungen



© UBS 2016. Alle Rechte vorbehalten.

Mitfiebern

Beim einzigartigen Spengler Cup Davos.
ubs.com/spenglercup

SPENGLER  CUP DAVOS



Lange war er verpönt, nun kehrt der Nationalstaat mit Wucht zurück auf die Agenda. Neue Freiheitsbewegungen gegen den supranationalen Zwang brechen sich Bahn. Das Coverbild zu unserer Titelstory hat Wieslaw Smetek in



Freiheit, Recht und Demokratie.

Anlehnung an ein Gemälde der 1848er Revolution in Berlin gestaltet. *Weltwoche*-Autor und Historiker Christoph Mörgeli zeigt, dass die liberalen Nationalstaaten Freiheit, Recht und Demokratie verkörpern. Der in Oxford lehrende Schweizer Geschichtswissenschaftler Oliver Zimmer sagt im Gespräch mit Philipp Gut, gerade die Schwächung des Nationalstaats fördere den radikalen Nationalismus. Und in einem messerscharfen Essay begründet schliesslich der brillante niederländische Publizist Thierry Baudet, warum die EU nicht zu reformieren ist und nur die Exitstrategie bleibt. **Seite 16–21**

Der frühere FDP-Präsident Philipp Müller hat sich von der SP die Nichtumsetzung der Masseneinwanderungsinitiative aufschwätzen lassen. Statt einer gesteuerten Zuwanderung, wie es der Verfassungsartikel verlangt, will das von Müller und seinen neuen linken Freunden entworfene Konzept, dass Arbeitslose aus der Schweiz und dem EU-Raum von den Regionalen Arbeitsvermittlungszentren bei der Stellensuche bevorzugt behandelt werden. Noch machen die FDP-Vertreter im Parlament gute Miene zum bösen Spiel. Doch hinter den Kulissen regt sich freisinnige Kritik, wie Bundeshausredaktor Hubert Mooser zeigt. **Seite 28**

Twitter ist die Fortsetzung der Ratsdebatte mit anderen Mitteln. So scheint es zumindest,

wenn man das muntere Treiben der Bundesparlamentarier in den sozialen Medien betrachtet. Als die *NZZ* vor zwei Jahren die «digitale Einflussosphäre» vermass, also die Fähigkeiten der Politiker in den sozialen Netzwerken, schwang die Linke oben auf: Balthasar Glättli (Grüne), Jean Christophe Schwaab (SP) und Aline Trede (Grüne) führten die Liste an. Was hat sich verändert? Die *Weltwoche* hat alle Twitter- und Facebook-Auftritte akribisch ausgewertet. **Seite 32**

Nach den Horror-Clowns nun der Pädoklown? Der Fall des italienischen Weltstars David Larible, der in der Schweiz auch als Aushängeschild des Circus Knie bekannt ist, irritiert. Nach der letzten Knie-Vorstellung wurde Larible Ende November wegen angeblicher sexueller Handlungen mit einem Teenager verhaftet. Alex Baur hat das eigenartige Verhältnis des 59-jährigen Clowns zu einem vierzehnjährigen Fan aufgrund von Polizeiprotokollen und persönlichen Gesprächen rekonstruiert. Eines wurde dabei klar: Die gravierendsten Anschuldigungen, die gegen Larible verbreitet wurden, sind nachweislich falsch. Entlastende Aspekte wurden von den Ermittlern ignoriert. **Seite 42**

«Das ist das erste Mal, dass ich jemanden von der Presse bei uns ins Haus lasse», sagte das Luzerner Fitnessmodell Anja Zeidler beim Besuch unserer Gesellschaftsredaktorin Claudia Schumacher. Auf Zeidlers Bett, ihrem *home office*, unterhielten sich die beiden über Zeidlers Werdegang, Schönheitsoperationen und Männer. Dann wurde gekocht, später fuhren sie ins Leichtathletikstadion zum Training: Kraftübungen mit dem eigenen Körpergewicht. Am nächsten Tag hatte Schumacher Muskelkater – und ein besseres Verständnis dafür, wie die Welt eines Instagram-Stars funktioniert. **Seite 46**

Ihre Weltwoche

DAS SCHWEIZER PORTAL FÜR HANDWERKERSTELLEN

Mit www.workerjobs.ch die besten Mitarbeiter finden!

stellen-anzeiger.ch GmbH
Technoparkstrasse 1
8005 Zürich
044 440 10 80
www.workerjobs.ch

worker jobs.ch

Impressum

Herausgeberin: Weltwoche Verlags AG, Förlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich
Die Weltwoche erscheint donnerstags
Redaktion: Telefon 043 444 57 00, Fax 043 444 56 69, E-Mail-Adressen: vorname.name@weltwoche.ch, leserbriefe@weltwoche.ch
Verlag: Tel. 043 444 57 00, Fax 043 444 56 07, E-Mail: verlag@weltwoche.ch
Internet: www.weltwoche.ch
Abo-Service: Tel. 043 444 57 01, Fax 043 444 50 91 E-Mail: kundenservice@weltwoche.ch
Jahresabonnement Inland Fr. 310.– (inkl. MwSt.)
Schnupperabonnement Inland Fr. 38.– (inkl. MwSt.)
Weitere Angebote für In- und Ausland unter www.weltwoche.ch/abo

Gründer: Karl von Schumacher (1894–1957)
Verleger und Chefredaktor: Roger Köppel
Chefredaktion: Philipp Gut (Stv.), Beat Gygi (*Wirtschaft*), René Zeller (*Bundespolitik*)
Produktionschef: Lukas Egli

Redaktion:
Rico Bandle (*Leitung Kultur*), Alex Baur, Urs Gehrig (*Leitung Ausland*), Wolfgang Koydl, Hubert Mooser, Christoph Mörgeli, Alex Reichmuth, Markus Schär, Claudia Schumacher, Florian Schwab

Redaktionelle Mitarbeiter:
Miroslav Barták, Peter Bodenmann, Silvio Borner, Henryk M. Broder, Peter Hartmann, Pierre Heumann, Peter Holenstein, Mark van Huissingel, Hansrudolf Kamer, Peter Keller, Wolfram Knorr, Christoph Landolt, Franziska K. Müller, Matthias Matussek, Daniela Niederberger, Kurt Pelda, Peter Rüedi, Kurt Schiltknecht, Beatrice Schlag (*Los Angeles*), Thilo Sarrazin, David Schnapp, Hildegard Schwaninger, Sacha Verna (*New York*), Max Wey, Sami Yousafzai (*Pakistan/Afghanistan*), Kurt W. Zimmermann
Produktion: Benjamin Bögli, Roy Spring
Layout: Daniel Eggspühler (*Art-Director*), Silvia Ramsay
Bildredaktion: Martin Kappler, Florian Brunner (*Assistent*)
Korrektorat: Cornelia Bernegger (*Leitung*), Viola Antunovits, Renate Brunner, Nadia Ghidoli, Rita Kempter, Sandra Noser, Oliver Schmuki, Dieter Zwicky
Sekretariat: Sabine Mähner (*Leitung*), Inga-Maj Hojajj-Huber

Verlagsgeschäftsführer: Guido Bertuzzi
Anzeigenverkauf: Sandro Gianini (*Leitung*), Gabriel Lotti, Brita Vassalli
Anzeigeninnendienst: Samuel Hofmann (*Leitung*)
Tel. 043 444 57 02, Fax 043 444 56 07
E-Mail: anzeigenid@weltwoche.ch
Digital-Marketing: Bich-Tien Köppel (*Leitung*)
Online-Vermarktung: Adextra
Tarife und Buchungen: info@adextra.ch
Druck: Print Media Corporation, PMC, Oetwil am See

Die Wiedergabe von Artikeln und Bildern, auch auszugsweise oder in Ausschnitten, ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion gestattet.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen.

Der *Weltwoche*-Inhalt ist gedruckt auf Recyclingpapier, das aus 100 % Altpapier hergestellt wird. Es schont Ressourcen, Energie und somit die Umwelt.



AVENGER
★
HURRICANE

Chronograf der Superlative. Gehäuse mit 50 mm Durchmesser in Breitlight®. Exklusives
Manufakturkaliber B12 mit militärischer 24-Stunden-Anzeige. Offiziell Chronometer-zertifiziert.

BEXER

Zürich seit 1760 · Uhren & Juwelen
Bahnhofstrasse 31 · 8001 Zürich · Tel +41 (0)43 344 63 63



INSTRUMENTS FOR PROFESSIONALS™

Durcheinandertal

Wie schon im Zweiten Weltkrieg hoffen wir auf die Briten.

Von Roger Köppel

Vor bald drei Jahren hat eine Mehrheit der Kantone und Stimmbürger beschlossen, die Masseneinwanderungsinitiative anzunehmen. Die zentralen Forderungen dieses Volksbegehrens waren unmissverständlich: Die Schweiz soll ihre Zuwanderung wieder eigenständig steuern. Als Instrumente wurden in die Verfassung geschrieben: Höchstzahlen und Kontingente unter Einbezug anerkannter Flüchtlinge; eine Bevorzugung von Schweizerinnen und Schweizern bei der Stellensuche; Einschränkungen beim Bezug von Sozialleistungen. Verfassungsartikel 121a verbietet schliesslich die Unterzeichnung von völkerrechtlichen Verträgen, die diesen Bestimmungen zuwiderlaufen.

Von diesem glasklar verabschiedeten Volkswillen ist inzwischen nichts mehr übrig. Die Räte haben mit stabiler Mehrheit gegen Volk und Stände die Vorlage in ihr Gegenteil verkehrt. Höchstzahlen, Kontingente wurden gestrichen. Die eigenständige Steuerung der Zuwanderung blieb auf der Strecke, weil sie der EU nicht gefällt. Auch die sozialen Begleitmassnahmen sind weg – und sogar das Verbot, völkerrechtliche Verträge zu unterzeichnen, die gegen den Verfassungsartikel verstossen. Bundesrätin Sommaruga ist gegen frühere Versprechungen wild entschlossen, die Personenfreizügigkeit auf Kroatien auszudehnen, obschon dies dem Verfassungstext widerspricht. Selbst Leute, die nur unter Drogen oder unter Gewaltandrohung der SVP beitreten würden, sind sich einig, dass es so einen Verfassungsbruch in der schweizerischen Geschichte noch nie gegeben hat.

«Wäre ich mit so einer Vorlage gekommen, wie sie der Nationalrat jetzt verabschiedet, hätte mich das Parlament zerfetzt», scherzte Staatssekretär Mario Gattiker, Sommarugas oberster Zuwanderungsoffizier, am Rande der Diskussionen.

Gattiker hat recht. Das Parlament fällt nicht nur hinter den Bundesrat zurück. Es handelt unehrlich. Die Verfassungsbrecher bringen Argumente, die bereits im Abstimmungskampf vom Volk verworfen wurden. Es war schon damals klar, dass die Masseneinwanderungsinitiative der Personenfreizügigkeit widerspricht. Es wurde schon damals gedroht, eine Annahme könnte die Bilateralen I gefährden. Das alles lag auf dem Tisch und wurde ausgiebig diskutiert. Trotzdem stimmte eine Mehrheit zu. Die gleichen Leute, die kurz nach der Abstimmung eine «wortgetreue Umset-



«Wunderwerk des inneren Ausgleichs.»

zung» versprochen, sind heute Prediger des Gegenteils. Süffisant lächelnd, höhnisch grinierend, mit bemerkenswerter Überheblichkeit stellen sie «die Ohren auf Durchzug» (Kurt Fluri), wenn die ausgebremste SVP oder ein paar rechtmässig Empörte aus der CVP die Frage nach der Verfassungsmässigkeit aufwerfen.

Wieder spielen die Medien eine miese Rolle. SRG, Tages-Anzeiger, Ringier und NZZ decken den Volksbetrug nicht auf. Eloquent decken sie ihn zu. Der schöne SRF-Kommentator Christoph Nufer spricht von «Theater», wenn es im Bundeshaus noch Leute gibt, die nein zur Beerdigung von Volksentscheiden sagen. Die Medien verbreiten auch unwidersprochen

die Lüge der Verfassungsbrecher, es sei nun ein «Inländervorrang» beschlossen worden. Was FDP-Ständerat Philipp Müller und seine linken Mitstreiter einfliegen wollen, ist das Gegenteil eines Inländervorrangs. Inländervorrang heisst, dass Schweizer und in der Schweiz wohnende, arbeitende Ausländer bei der Stellensuche gegenüber Ausländern bevorzugt werden. Müllers Etikettenschwindel setzt diese Unterscheidung ausser Kraft. Es gibt nach seinem Modell auf dem Stellenmarkt keinen Unterschied mehr zwischen Schweizern und Ausländern, zwischen Inländern und Stellensuchenden aus der EU und der Efta. Er stellt die Schweizer mit den EU-Bürgern gleich. Für Müller gehören 500 Millionen Europäer zum schweizerischen Inland.

Beenden wir die trübsinnigen Diagnosen mit dem Versuch einer tröstlich philosophischen Deutung: Die Schweiz ist eine Anarchie. Es ist bewundernswert, wie das Zusammenspiel unterschiedlichster Menschen mit zum Teil auch trümligen Motiven erstaunlich vernünftige Entscheide produziert. Das Parlament, die Verwaltung, der Bundesrat und, ja, auch Philipp Müller und Kurt Fluri sind Teile in diesem Durcheinandertal der Meinungen, Argumente, Ressentiments und Verirrungen. Sie sind auch Überdruckventile, mit denen sich die Verlierer von Wahlen und Abstimmungen ohne Revolution und Guillotine an den Siegern psychohygienisch gesundstossen können. Vielleicht erleben wir hier einen solchen Akt parlamentarischer Selbsttherapie auf Kosten der Demokratie und der Verfassung.

Vielleicht aber müssen wir bloss nüchtern feststellen, dass in Zeiten von Frankenstärke, Euro-Krise und allgemeiner Unsicherheit die Mehrheit des Hauses einfach nicht den Mut hat, die EU durch einen Schweizer Volksentscheid zu ärgern. Man sieht zwar, dass die Fehlkonstruktion einstürzt, aber man fürchtet die möglichen Restzuckungen dieser unberechenbaren Institution, mit der man sich nicht einmal das Minimalproblem einer möglichen Verstimmung einhandeln möchte. Man duckt sich weg und hofft darauf, dass sich wie schon im Zweiten Weltkrieg die Briten blutige Köpfe holen, um Europa zu retten. Auf dass dann die Schweiz mit etwas Sicherheitsabstand unbehelligt hinterherwatscheln und gefahrlos das tun kann, was Volk und Stände vor bald drei Jahren beschlossen haben.

Die Genialität der Schweiz besteht darin, dass es am Ende meistens trotzdem gut herauskommt. Unser Staat ist ein hochempfindlicher Resonanzkörper, der immer wieder die Balance aller Kräfte anstrebt, ein Wunderwerk des inneren Ausgleichs. Was das Parlament heute aushebelt, kann das Volk morgen wieder einrenken. Solange wir die Selbstbestimmung und die Unabhängigkeit verteidigen, müssen wir uns keine grossen Sorgen machen. Die nächste Fluribereinigung kommt immer.

Nase voll?
Ein Fall für
uns.

Hals-, Nasen-, Ohrenchirurgie. Eines der Fachgebiete in Ihrer Privatklinik für Chirurgie und individuellen Service. pyramide.ch

Spitze für Sie.



Nahe an der Macht: Beppe Grillo. Seite 48



Instagram-Königin: Anja Zeidler. Seite 46



«Man kann nicht sein
Leben lang ein Scheisskerl
sein und einfach sagen:
«Ist doch egal.»»

Mel Gibson: Seite 58

Kommentare & Analysen

- 5 Editorial
- 9 **Kommentar** Die verlorene Unschuld des Ständerats
- 9 Im Auge John Collison
- 10 Österreich Mehr Freiraum
- 10 Kriminalistik Staatlicher Lückenfunk
- 11 Humor Der gute Pate
- 11 Sozialwerke Lob der Heilsarmee
- 14 Personenkontrolle Aeschi, Gössi, Fluri, Müller, Meyer, Herzog, Jans, Levrat, Sorg, Leuenberger, Keller etc.
- 15 Nachruf Giovanni Orelli
- 22 Die Deutschen Betreutes Fernsehen
- 22 Wirtschaft Blind für Chancen
- 23 Brief aus Berlin Züge im Nebel
- 24 Mörgeli Krampfhaft kampfhaf
- 24 **Bodenmann**
C wie Cameron und Caroni
- 25 Medien Fake News zu Fake News
- 25 Gesellschaft Vergessen

Inland

- 12 **Christoph Blocher** Was bedeutet der Verlust des Vertrauens in die Elite?
- 16 **Rückkehr der Nationen** Der Nationalstaat ist besser als sein Ruf
- 28 **Rechts blinken, links abbiegen** Die FDP unter Müller und Gössi
- 30 **Streichen!** Auf diese Stellen kann die Bundesverwaltung verzichten
- 32 **Abgang eines Realisten** Bilanz von Armeechef Blattmann
- 33 **Fünf Minuten Ruhm** Scheingefecht mit Pascale Bruderer (SP)
- 34 **Das Ende der solidarischen Schweiz?** Wolf Linder über Gemeinsinn

- 35 **Ferienvorrang** Arbeitslose Portugiesen über Weihnachten
- 44 **Präsident, nicht Praktikant** Windkraftgegner Elias Meier
- 45 **Von Clinton bis Kolumbien** Umstrittene Zahlungen des EDA
- 47 **Prävention** Die Anti-Raucher-Lobby schießt sich ins eigene Bein

Interview

- 18 **«Idee der Volkssouveränität»** Oxford-Historiker Oliver Zimmer

Ausland

- 20 **Thierry Baudet** Warum die EU nicht reformierbar ist
- 48 **Zwischen Aliens und Dschingis Khan** Nicholas Farrell über Beppe Grillo
- 49 **«Ein Haufen Phrasen»** Philosoph Massimo Cacciari über Italiens Zukunft
- 51 **Krieger und Mönch** James Mattis, Trumps Verteidigungsminister
- 52 **Breitbart News** Feindbild des Medien-Mainstreams

Wirtschaft & Wissenschaft

- 19 **Kartelle** Kungeleien von oben
- 36 **Wer hat Angst vor dem Freihandel?** Der politische Widerstand der Bürger
- 37 **«Konsumenten haben profitiert»** Tobias Straumann über Globalisierung
- 40 **Götter der Meere** Wikinger gegen den Walfang

Kultur & Gesellschaft

- 42 **Ansichten eines Clowns** Vorverurteilung von David Larible
- 46 **Die Schweizer Kardashian** Ein Tag mit Anja Zeidler
- 53 **First Lady** Schöner als Bill Clinton
- 56 **«Monsieur, wie schrecklich!»** Geschichte der Existenzialisten
- 58 **Leises Comeback** Mel Gibson erntet Jubelkritiken

Rubriken

- 26 **Darf man das?/Leserbriefe**
- 54 **Ikone der Woche** The Rolling Stones
- 57 **Jazz** Lee Konitz Kenny Wheeler Quartet
- 60 **Top Ten**
- 60 **Kino** «Arrival»
- 61 **Fernsehkritik** «Hallo SRF!»
- 62 **Namen** Alle brauchen Freunde
- 63 **Hochzeit** Ehepaar Kirk-Arnold
- 63 **Thiel** Politik und Theater
- 64 **Wein** Enrico Santini Montepergoli Bolgheri DOC 2010
- 64 **Zu Tisch** Wir bereiten einen Kalbsjus zu
- 65 **Auto** Lexus LC 500
- 66 **MvH trifft** Anoushka Shankar, Musikerin



Mario Davatz, Direktor
Bergbahnen Grusch-Danusa AG
Kunde seit 1983

*«Stahlseile sichern unsere Fahrgäste.
Die 2. Säule von Swiss Life
sichert unsere Mitarbeitenden.»
Sorg für dich.*

Damit Sie sich voll auf Ihr Geschäft konzentrieren können, bietet Swiss Life sichere Lösungen für die berufliche Vorsorge – massgeschneidert für Ihr KMU. Die Bergbahnen Grusch-Danusa AG ist eines von über 40 000 Unternehmen, die wir bereits überzeugen konnten. Überzeugen Sie sich selbst auf swisslife.ch/kmu



SwissLife
So fängt Zukunft an.



Klaus Wowerit



Guy Verhofstadt



Ali Mahlodji

15. Internationales Alpensymposium 2017

Europa – Kontinent am Scheideweg

Auf Europa wartet ein weiteres Schicksalsjahr: Guy Verhofstadt, Brexit-Chefunterhändler des Europäischen Parlaments, gibt Einblicke in das bewegte Innenleben der EU. Weitere Höhepunkte sind die Referate des Nahost- und Terrorexperten Ulrich Tilgner, des langjährigen US-Korrespondenten Arthur Honegger und von Economiesuisse-Chefin Monika Rühl.

Einmal mehr präsentiert Symposiums-Gründer Oliver Stoldt führende Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Sport und Kultur. Der Finanzexperte und Politberater Dirk Müller analysiert die ökonomische Lage der Schweiz; Uli Hoeness erklärt, wie der regionale Fussballclub Bayern München zum globalen Unternehmen wurde; und der ehemalige Regierende Berliner Bürgermeister Klaus Wowerit verrät, wie er der Bundeshauptstadt mehr Sex-Appeal verpasste.

Traditioneller Schwerpunkt ist der Unternehmer-Talk – dieses Jahr mit Peter Staub (CEO Pom+), Olaf Swantee (CEO Sunrise), Céline Renaud (CEO JMC Lutherie) und Hans Künzle (Präsident Unicef Schweiz). Das Programm wird wie immer mit dem Networking-Dinner am ersten Symposiumsabend abgerundet. Freuen Sie sich auf die Möglichkeit, sich aus erster Hand zu informieren sowie sich in einem einzigartigen und hochkarätigen Netzwerk von Persönlichkeiten einzubringen.

Referenten (Auswahl):

- **Guy Verhofstadt**
«Kontinent am Scheideweg»
- **Ulrich Tilgner**
«Wurzeln des Terrors»
- **Klaus Wowerit**
«Berlin – arm, aber sexy»
- **Uli Hoeness**
«FC Bayern München»
- **Monika Rühl**
«Zukunft der Schweiz im neuen Europa»
- **Dirk Müller**
«Finanzmärkte im Spannungsfeld»
- **Arthur Honegger**
«USA nach der Wahl»
- **Silvan Zurbriggen**
«Stürzen – aufstehen – siegen»
- **Suzanne Grieger-Langer**
«Führung 007 statt 08/15»
- **Ali Mahlodji**
«Vom Fehler im System»
zum erfolgreichen Start-up»

Platin-Club-Spezialangebot

15. Internationales Alpensymposium

Dienstag, 10. Januar, und Mittwoch, 11. Januar 2017

«Victoria-Jungfrau Grand Hotel & Spa» in Interlaken

Teilnahmegebühren (zzgl. MwSt)

Package-Preis für Abonnenten: Fr. 1495.–
(ohne Abo: Fr. 1625.–)

Das Spezial-Arrangement beinhaltet

- 1 Übernachtung mit Frühstücksbuffet im «Victoria-Jungfrau Grand Hotel & Spa»
- Freie Nutzung des Hallenbads und Spas mit Sauna und Dampfbad
- Eintritt zum 15. Internationalen Alpensymposium
- Welcome-Kaffee an beiden Konferenztagen
- Pausenkaffee während der Konferenz und zwei Mittagessen
- Laurent-Perrier-Champagner-Aperitif
- Teilnahme am Networking-Dinner (10. Januar) inkl. Tischgetränke

Anmeldung und Infos

www.weltwoche.ch/platinclub oder direkt beim Veranstalter: Telefon +41 (0)43 556 64 40, E-Mail: oliver.stoldt@premium-conferences.ch. Bitte geben Sie Ihre Abo-Nummer bekannt.

www.weltwoche.ch/platinclub



Die verlorene Unschuld des Ständerats

Von René Zeller — Das Zweikammersystem gehört zur DNA der Schweizer Demokratie. Der Ständerat ist drauf und dran, seinen Nimbus als «chambre de réflexion» zu verspielen.



Kopie des Nationalrats.

Die Rollen sind klar verteilt unter der Kuppel des Bundeshauses. Parteiengezänk und ideologische Grabenkämpfe finden im Nationalratssaal statt. Diese Spielformen des parlamentarischen Hosenlupfs sind im Ständerat verpönt. Im Stöckli, wo die 46 gewählten Kantonsvertreter zusammentreten, wird die kultivierte Debatte bevorzugt. Nicht Allianzen und vorgestanzte Meinungen sollen den Ausschlag geben, sondern sachliche Argumente, föderalistische Erwägungen und freundeidgenössisches Augenmass.

Doch die Ständeräte sägen am Ast, auf dem sie selber sitzen. Während der Debatte zur Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative in der ersten Sessionswoche degradierten sie ihre Kammer zur lupenreinen Kopie des Nationalrats. Die unheilige Allianz von FDP und SP setzte ihr Konzept auch in der Kleinen Kammer durch. Nicht minder geschlossen agierten die Standesvertreter der CVP. Sie blieben im parteipolitischen Schlagabtausch ebenso chancenlos wie die SVP, die in der Kleinen Kammer mit sechs Sitzen zur Rolle einer Bittstellerin verdammt ist.

Dem frischgebackenen Ratspräsidenten Yvo Bischofberger war das Hickhack nicht mehr geheuer. Nach einem Votum des Aargauer FDP-Ständerats Philipp Müller mahnte er:

«Ich bitte Sie, bei den Voten nicht auf die Parteien Bezug zu nehmen. Wir handhaben das im Ständerat so, wie wir das in den letzten Jahren bereits gemacht haben.»

Dieser Appell, den eigenständigen Charakter des Ständerats nicht vollends zu verwässern, fruchtete nichts. Die Votanten der FDP überboten sich daran, die im Nationalrat vorgespurte Linie roboterartig zu repetieren. Der Glarner Freisinnige Thomas Hefti führte wortreich an, die von seiner Partei angepeilte Umsetzung von Artikel 121a sei verfassungskonform, sein Ausserrhoder Ratskollege Andrea Caroni gefiel sich darin, die Proteste der Initianten zu verniedlichen. Der einzige Votant, der aus der Reihe tanzte, war der Zürcher SP-Ständerat Daniel Jositsch. Obschon auch er sich nicht der Parteidisziplin entzog, konstatierte er immerhin: «Der Verfassungsauftrag von Artikel 121a wird mit dieser Umsetzung nicht erfüllt.»

Statthalter des Fussvolks

Quo vadis, Ständerat? Man erinnert sich zurück an Zeiten, als wahrhaft unabhängige Köpfe der Kleinen Kammer den Stempel aufdrückten. Die CVP verfügte mit dem Urner Hans Danioth und dem Innerrhoder Carlo Schmid über wortgewaltige Charakterköpfe. Staatsrechtler wie René Rhinow (FDP) und Ulrich Zimmerli (SVP) traten als kundige Hüter des Rechtsstaates auf den Plan. Als populäre Statthalter des Fussvolks sind Ständeräte wie der Nidwaldner CVP-Bergbauer Peter-Josef Schallberger oder der Glarner SVP-Baumeister This Jenny in Erinnerung. Den Genannten war gemein, dass sie primär ihre eigenen Überzeugungen priorisierten, ihre Landesregion auch. Daraus resultierten im Wettstreit mit dem Nationalrat häufig Lösungen, die nicht von Parteistrategen verordnet worden waren.

Zum Nachteil gereicht es dem Ständerat nicht, wenn er seine Eigenwilligkeit zu bewahren versucht. Doch es genügt nicht, dass die Kleine Kammer von Redezeitbeschränkungen nichts wissen will und die schickliche Kleiderordnung rigoroser durchsetzt als der lärmige Nationalrat. Fatal wäre es aber, wenn – wie in der Debatte zur Masseneinwanderung unrühmlich zelebriert – der Fraktionszwang zum ratsübergreifenden Imperativ erhoben würde. So macht sich die «chambre de réflexion» als nutzbringendes gesetzgeberisches Korrektiv entbehrlich.

Schwimmen im Geld



John Collison, 26, jüngster Milliardär.

Es kam dieser schnellfingrige Junge aus Limerick/Der im Silicon Valley probierte sein Glück, klick, klick/Eine Milliarde im Internet/Gemachtes Bett/Und muss nicht mehr zurück nach Limerick, zum Glück. – Er verfüge nicht einmal über einen Schreibtisch am Firmensitz in San Francisco, klagte John Collison. Das sei möglicherweise aber ein Vorteil, denn er neige zur Unordentlichkeit. Seine Ideenwelt orchestriert er im Kopf, auch wenn er als Amateurpilot abhebt oder beim Klavierspielen.

Kleiner Kontrapunkt zur beliebten «Die Reichsten der Schweiz»-Rangliste der Bilanz (mit den üblichen älteren Herrschaften auf dem Podest): John Collison ist laut dem amerikanischen Magazin *Forbes* der jüngste aktuelle Dollar-Milliardär, gerade 26, und seine Milliarde ist *self-made*, selber verdient. Gleich reich wie er, rund 1,1 Milliarden Dollar schwer, ist auch sein zwei Jahre älterer Bruder Patrick.

Die beiden sind in Limerick in Irland aufgewachsen, das lächelnde Bekanntheit erlangte für drollige Fünfzeilen-Reime. Und witzig war auch der Name ihrer ersten Firma: Shuppa, eine Verballhornung des Namens einer Sexladenkette. Die Teenager pumpten sich, als irische Banken noch nicht pleite waren, eine Million, und 2008 fusionierten sie im Silicon Valley mit der Firma Auctomatic und entwickelten Bezahlprogramme für die Internetplattform Ebay. Die Geschäftsidee kam ihnen während eines Südamerika-Trips. Nebenher studierte John Collison am Castletroy College in Limerick und danach an der Harvard-Universität, wo er aber bald nicht mehr auftauchte.

Im Jahre 2010, John war gerade zwanzig, gründeten die Brüder mit Unterstützung des Tesla-Pioniers Elon Musk den E-Commerce-Supporter Stripe. Als auch Google sich dort einkaufte, schoss der Marktwert der nicht börsenkotierten Firma in den Orbit. *Forbes* schätzt den Anteil der Collisons auf je zwölf Prozent. John amtet als Präsident, Patrick als CEO. Von jedem Bezahlvorgang bleiben 2,9 Prozent an Stripe hängen. Ein Einfall wie von Dagobert Duck, der im eigenen Geld schwamm. Peter Hartmann

Mehr Freiraum

Von Boris Kálnoky — Die FPÖ steht für die Rückbesinnung auf nationale Interessen.

Europas politische Klasse jubelt, weil FPÖ-Kandidat Norbert Hofer die österreichische Präsidentschaftswahl knapp verloren hat. Die «Rechtspopulisten», so heisst es, hätten damit einen «Dämpfer» erhalten, die «populistische Welle» in Europa sei aufhaltbar.

In Wirklichkeit hat der Kandidat der Partei, die etwa 33 Prozent der Wählersympathien genießt, zwei Mal fast 50 Prozent erhalten. Das Bündnis aller gegen ihn hat nur begrenzt funktioniert, viele Wähler der nominell konservativen ÖVP stimmten für ihn. Deren Zukunftshoffnung, Aussenminister Sebastian Kurz, hielt sich bedeckt und hält sich damit künftige Koalitionsoptionen mit der FPÖ offen. Inhaltlich entspricht seine Politik längst in vielem den Positionen der Freiheitlichen. Gewählt wird spätestens 2018.

Blick nach Osten

Die Wahl hat gezeigt: Die FPÖ hat der ÖVP als eigentliche nationalkonservative Partei den Rang abgelassen. Ihre Themen geben den Ton an: harte Flüchtlingspolitik, Rückbesinnung auf nationale Interessen. Zu denen gehört durchaus die EU-Mitgliedschaft. Aber in deren Rahmen fordert die FPÖ mehr Freiraum für nationale Politik, für die Umsetzung des Wählerwillens.

Was in Medien und Politik als «Populismus» verteufelt wird, ist eine Rückbesinnung auf die Vorteile des Nationalstaates. Es ist kein Zufall, dass dieses Phänomen in der demokratischen Welt um sich greift: Nationalstaat und Demokratie sind historisch entstanden, und viele Wähler scheinen zu fürchten, dass sie wieder verschwinden könnten. Und dass der Wunsch der Eurokraten nach einem Niedergang der Nationalstaaten dazu führen kann, dass die Bürger die Möglichkeit verlieren, das Schicksal ihrer Länder selbst zu bestimmen.

Die Ironie ist, dass Österreich sich mit nationaler Selbstbestimmung immer schwertat. Man wollte nach dem Ersten Weltkrieg zu Deutschland gehören, und auch die FPÖ stand ursprünglich in dieser Tradition.

Jetzt aber denkt sie weiter zurück: Österreich war gross unter Habsburg. Die FPÖ wünscht ein Bündnis mit den ostmitteleuropäischen Ländern. Es hat bereits funktioniert bei der Schliessung der Balkanroute. Das war ein echter Beitrag zur Stabilisierung Europas. Ein kooperatives Mitteleuropa als neuer Machtfaktor in Europa, auch als Gegengewicht zu Deutschland? Es ist zumindest einen Gedanken wert.

Staatlicher Lückenfunk

Von Alex Baur — Aus einem Mord politisches Kapital zu schlagen, ist widerlich. Ein Kapitalverbrechen aus politischen Überlegungen kleinzureden oder zu verschweigen, ebenso.

Die neunzehnjährige Medizinstudentin Maria L. war eine junge, hoffnungsvolle deutsche Frau, die das Gute wollte. In ihrer Freizeit engagierte sie sich bei der Flüchtlingshilfe. Auch Marias Eltern sind zweifellos ehrbare Leute, die sich als Juristen für die Menschenrechte engagierten. Am 16. Oktober fand man die geschändete Leiche von Maria L. in einem Fluss bei Freiburg im Breisgau. Anstelle von Blumen baten die Hinterbliebenen um Spenden, unter anderem für Flüchtlinge.

Am letzten Samstag verkündeten die Freiburger Ermittler an einer Pressekonferenz: Ein angeblich siebzehnjähriger Afghane, der seit 2015 als Flüchtling in Deutschland lebt, wurde wegen dringenden Tatverdachts festgenommen. Zwar bestreitet er die Tat, doch aufgrund von DNA-Spuren und Aufnahmen von Überwachungskameras ist bewiesen, dass er zur fraglichen Zeit am Tatort war und Kontakt mit dem Opfer hatte. Noch wird abgeklärt, ob der Tod von Maria L. in einem Zusammenhang steht mit einem anderen Sexualmord an einer 27-jährigen Joggerin.

Sorgen der Sioux waren ihnen näher

So weit die Fakten zu einem Verbrechen, das in Deutschland zurzeit hohe Wellen wirft. Nur die Zuschauer der ARD erfuhren am letzten Samstag nichts davon. Stattdessen berichtete der Sender in den Haupt- und Spätnachrichten über die anhaltenden Bedenken gegenüber dem rüpelhaften Donald Trump, über die anhaltenden Proteste von Sioux-Indianern gegen eine Ölpipeline, über die anhaltenden Gefechte in Aleppo sowie über ein Eisentor, das aus dem vormaligen KZ Dachau gestohlen wurde und nun wieder aufgetaucht ist. Kein Wort zum Freiburger Mord. Zu regional, zu wenig relevant, rechtfertigte sich ARD-Chefredaktor Kai Gniffke später, der Fall sei von untergeordnetem «Gesprächswert» und der Verhaftete im Übrigen minderjährig.

Das Versagen des mit Zwangsgebühren alimentierten «Lückenfunks» sorgt in Deutschland längst für mehr Empörung als das Verbrechen, das verschwiegen werden sollte. Man ist schon fast versucht, die ARD-Journalisten, denen die Sorgen der Sioux näher sind als die des eigenen Volkes, als aussterbende Spezies zu verteidigen. Der staatsnahe Sender versuchte die Lücke später durch ein Exklusivgespräch mit Bundeskanzlerin Angela Merkel zu füllen. Diese ermahnte das Volk, wegen des Freiburger Verbrechens nicht alle Flüchtlinge in einen



«Regionale Bedeutung»: ARD-Chef Gniffke.

Topf zu werfen und unter Generalverdacht zu stellen. Nur machte das die Sache nicht besser.

Was Merkel sagte, ist banal. Natürlich darf man für einen einzelnen Sexualmord, der noch nicht einmal gerichtlich geklärt ist, nicht eine ganze Bevölkerungsgruppe verurteilen. Politiker, die aus einem derartigen Kapitalverbrechen Kapital schlagen wollen, sind widerwärtig. Ebenso mühsam, vor allem aber viel grösser an der Zahl sind jedoch jene Politiker, die nach einem solchen Verbrechen die Bevölkerung reflexartig zur Besonnenheit mahnen. Solche Appelle zeugen in erster Linie von einem tiefen Misstrauen gegenüber den Wählern. Und sie zeigen umgekehrt: Das Misstrauen einer wachsenden Zahl von Wählern gegenüber ihren Vertretern ist berechtigt.

Das Volk ist nicht so dumm, wie viele Journalisten und Politiker glauben. Die meisten Bürger unterscheiden sehr wohl zwischen Kollektiv- und Einzelschuld. Dass ein mutmasslicher Sexualmord wie jener von Freiburg die Menschen bewegt und grundsätzliche Fragen aufwirft, ist nur natürlich. Es ist auch nichts Verwerfliches daran, wenn man konkrete Vorfälle zum Anlass nimmt für konkrete Debatten über kontroverse Themen wie Migration, Jugendstrafrecht oder den Datenschutz. Gefährlich wird es erst, wenn die Debatte unterdrückt wird, bevor sie überhaupt angefangen hat.

Der gute Pate

Von Rico Bandle — Am Sonntag verabschiedet sich Fernsehkomiker Viktor Giacobbo nach 26 Jahren vom Bildschirm. Seine grössten Verdienste liegen abseits des Scheinwerferlichts.

Nein, das ist kein verfrühter Nachruf, bei dem alles schöngeredet wird. Bis zuletzt habe ich mich bei «Giacobbo/Müller»-Sendungen über das gemächliche Tempo geärgert, die einschläfernde Gemütlichkeit der beiden Komiker. Die beiden wagten kaum einmal, jemanden so auf die Schippe zu nehmen, dass es auch weh tat. Highlights waren jeweils die Einspieler mit Giacobbos grossartigen (Frauen-)Figuren, von denen einige zum Volksgut geworden sind. Wohl vor allem dank ihnen – und weil es in der Schweiz schlicht keine bessere Alternative gab – blieb der Marktanteil von «Giacobbo/Müller» bis zum Schluss beeindruckend hoch.

Hier aber soll es nicht um lustig oder unlustig gehen, Humor ist letztlich Geschmackssache. Sondern um die grossen Verdienste Viktor Giacobbos. Und die liegen abseits des Scheinwerferlichts.

Plattform für Newcomer

Als Doyen der Schweizer Humorbranche ist seine Lebensleistung nicht hoch genug einzuschätzen. Ihm ist grösstenteils zu verdanken, dass die Schweiz heute über derart viele gute Humoristen verfügt, dass die hiesige Komikerszene offener und vielfältiger ist als jede andere im Kulturbereich. Das war nicht immer so. In den achtziger und neunziger Jahren gab es noch zwei Klassen von Humoristen: die meist linken Polit-Kabarettisten (Cés Keiser, Franz Hohler etc.), die vom Leutschenbach hofiert wurden, und die unpolitischen Komiker (Kliby und Karoline, Marcocello etc.), die verächtlich als «Schenkelklopfer-Humoristen» abgetan wurden. Diese Trennung ist passé, und dabei hat Giacobbo kräftig mitgewirkt: In seiner Sendung waren sowohl Blödelkomiker als auch intellektuelle Satiriker willkommen – ob rechts oder links, ob jung oder alt, alles war möglich.

Giacobbo, selber aus dem linken Milieu stammend, setzte sich für jeden ein, dem Gefahr drohte, wegen einer unbequemen Äusserung oder einer falschen Pointe an den Rand gedrängt zu werden. Kam ein Andreas Thiel nach seiner Koran-Kritik unter Beschuss, lud er ihn erst recht in die Sendung ein. Wollten Gesinnungspolizisten aus der Kulturszene eine Birgit Steinegger wegen schwarzer Schminke als Rassistin desavouieren, nahm er die Komikerin vehement in Schutz.

Man warf Giacobbo immer wieder vor, Kopf einer eidgenössischen Humormafia zu sein, die Auftrittsmöglichkeiten unter sich aus-

macht. Dies ist gar nicht so falsch: Giacobbo war und ist gleichzeitig Verwaltungsratspräsident des Casinotheaters Winterthur und der starke Mann der einzigen Satiresendung des Landes. Doch Giacobbo ist der beste Mafiaboss, den man sich wünschen kann.

Nirgends kriegen so viele junge Komiker eine Plattform wie im Casinotheater. Oft verhalf Giacobbo völlig unbekanntem Talenten, die er im Theater gesehen hatte, zu einem Auftritt im Fernsehen. Als einer der Ersten erkannte er die Poetry-Slam-Szene als Reservoir für den Comedy-Nachwuchs. Mittlerweile arrivierten Künstlern wie Hazel Brugger, Gabriel Vetter oder Lara Stoll verhalf Giacobbo in jungen Jahren zu Fernseherfahrung.

Auch ausserhalb der Komikerszene hat Giacobbo einiges bewirkt. Als der renommierte Buchverlag Kein & Aber vor ein paar Jahren finanziell ins Schlingern geriet, half er mit privatem Geldeinsatz bei dessen Rettung mit. Andere prominente Teilhaber machten sich aus dem Staub, als es darum ging, Geld einzuschliessen. Der Verlag ist für ihn eine Herzensangelegenheit, genauso wie das Casinotheater: Geld zu verdienen gibt es mit einer nicht subventionierten Bühne nicht.

Giacobbos Abgang als Fernsehkomiker ist verkraftbar. Als Doyen der Szene bleibt er uns hoffentlich noch lange erhalten.



Kopf der Humormafia: Komiker Giacobbo.

Freiwillig gut

Von Peter Keller — Die Heilsarmee hält der überbordenden Hilfsindustrie den Spiegel vor.



Im Dienste einer höheren Mission.

Da stehen sie wieder, mitten in den Städten vor den Konsumtempeln, in unförmigen Uniformen, vor ihnen baumelt ein Blechtopf, und sie posaunen unerschütterlich das Lob Gottes. Es muss Advent sein. Die Heilsarmee marschiert wieder auf.

Allein der Name ist wie aus der Zeit gefallen: Soldaten und Offiziere im Dienste einer höheren Macht und einer höheren Mission. Die harmloseste Armee, die man sich denken kann. Bewaffnet mit Klarinetten und Trompeten – und ihrem Glauben. Wo sonst fände man in der Jahresrechnung noch einen Hinweis dieser Art: «Der christliche Glaube ist die Grundlage und Motivation unseres Handelns.»

«Verkünde das Wort»

Man könnte sich leicht über die Heilsarmee lustig zu machen. Es ist ziemlich out, Christ zu sein. Dieser Umstand schreckt aber nur Leute ab, die etwa so viel Ahnung vom Evangelium haben wie ein Grüner von Atomphysik. Schon Apostel Paulus wusste und warnte die junge Christengemeinde: «Verkünde das Wort, tritt dafür ein, ob man es hören will oder nicht. [...] Denn es wird eine Zeit kommen, in der man die gesunde Lehre nicht erträgt, sondern sich nach eigenen Wünschen immer neue Lehrer sucht, die den Ohren schmeicheln.»

Den Ohren schmeichelt höchstens die Weihnachtsmusik, die die Heilsarmee zum Besten gibt. Ihr Engagement verstört umso mehr in einer Zeit, wo die Hilfsindustrie brummt und die eidgenössischen Deza-Entwicklungshelfer eine durchschnittliche Pro-Kopf-Entschädigung von 207 332 Franken kassieren. Anders die Botschaft der Weihnachtstrompeter: «Freiwillige Arbeit bildet das Fundament der sozialen Arbeit der Heilsarmee.»



Berufsarbeiter haben ein wesentlich besseres Gespür.

Demokratie

Elitendämmerung

Von Christoph Blocher — US-Wahlen, Brexit, Europa-Abstimmung: Was bedeutet der Verlust des Vertrauens ins Establishment? Leistungsträger sollten mehr für ihre Gemeinschaft als von der Gemeinschaft leben.

Das schleckt keine Geiss weg: Spätestens die Wahl Donald Trumps, aber auch schon die Zustimmung zum Brexit weisen auf einen bedenklichen Vertrauensverlust der Eliten hin. In den amerikanischen Wahlen standen nicht so sehr unterschiedliche Konzepte, politische Schulen, gegensätzliche Ideologien oder klare Parteiparolen zur Debatte als vielmehr zwei Kandidaten, die je für eine bestimmte Gruppe von Menschen standen: auf der einen Seite eine Vertreterin des Establishments, deren Angehörige sich zur Elite zählen, auf der anderen ein Vertreter der Menschen ausserhalb dieser Elite, quasi der Machtlosen. Ähnliches erlebten wir sowohl in Grossbritannien beim Brexit-Referendum als auch schon viel früher in der Schweiz bei der Europa-Abstimmung 1992, dann 2014 bei der Abstimmung über die Begrenzung der Masseneinwanderung, zuvor bei der Ausschaffungs- und der Minarettinitiative.

Hier die Elite, das Establishment, die Parteien, die Wirtschaft, die Gewerkschaften, die Guten, die Anständigen, die Gescheiten, die Alleswisser, die Medien, die Sozialisten, die Liberalen, die Gutmenschen. Sie alle standen in seltener Einmütigkeit auf der einen Seite. Und dort die anderen, die sogenannten Unwissen-

den, die Dummen, die Benachteiligten, die Unanständigen, die Stilllosen, die Namenlosen.

Der Elite gehörte schon aus moralistischen Gründen der vorausgesagte Sieg. Dass die anderen gewinnen könnten, galt als ausgeschlossen. Dann kam alles ganz anders: Trotz ihrer Überlegenheit verloren die «Guten» die Präsidentenwahl in den USA, das Brexit-Referendum in Grossbritannien, die Europa-Abstimmung sowie die Abstimmungen über die Masseneinwanderung, die Ausschaffungs- und Minarettinitiative in der Schweiz.

Die wahre Elite

Im breiten Volk ist «Elite» zu einem Schimpfwort geworden: «Ja, er ghört halt zur Elite!», «Er isch au gar en elitäre Cheib!». Was ist hier los?

«Elite» bedeutet gemäss Duden «eine Auslese darstellende Gruppe von Menschen mit besonderer Befähigung, besonderen Qualitäten». Nach meiner Erfahrung werden solche besonders befähigte Personen von den «Leuten» hochgeachtet. Ihnen wird vertraut, in Unternehmen, in Vereinen, im Staat. Jedermann weiss, die Gesellschaft braucht Persönlichkeiten, die herausragen – wegen ihrer be-

sonderen Fähigkeiten und Eigenschaften, führen und die Richtung angeben zu können.

Vor allem in schwierigen Zeiten.

Die Elite hat deshalb auch meist eine besondere Stellung, das heisst mehr Macht, um sich durchzusetzen, aber auch mehr Lohn und mehr Privilegien. Solange die besondere Fähigkeit Ursache dieser Stellung ist, hat niemand etwas dagegen einzuwenden.

Falsche Eliten

Doch alle wissen: Nicht jeder und jede in höherer Stellung ist dank besonderer Fähigkeiten und Tüchtigkeit dorthin gelangt. Allzu oft sind Freundschaften, Beziehungen, Protektion und Korruption Triebfedern solcher «Beförderungen». Dieser Missstand hat sich in den letzten Jahrzehnten in Politik und Wirtschaft weltweit ausgebreitet. Auch in der Schweiz. Jeder, der aufgrund seiner Stellung in Beruf, Politik oder Kultur etwas zu sagen hat, zählt sich heute zur Elite, vom Nationalrat über den Beamten, den Manager, den geförderten Kulturschaffenden bis zum Journalisten. Es wimmelt von Experten – ob sie es sind oder nicht. Man will sich von der breiten Masse, von der als bieder empfundenen Nor-

malität abheben und etwas «Besseres» sein. Man grenzt sich ab. Eine vermeintliche Überlegenheit wird daraus abgeleitet.

Vertrauen schwindet

Gerade sogenannte einfache Menschen haben ein Gespür dafür, was echt und was unecht ist. Im eigenen Industriebetrieb stellte ich fest, dass vor allem die Berufsarbeiter diesbezüglich ein wesentlich besseres Gespür haben als akademisch Gebildete. Und weil sich die Scheinelite in den letzten Jahren ausgebreitet hat, schwindet das Vertrauen in die «Klasse der Elitären», die jetzt vornehmlich aus der Scheinelite besteht.

Fehlleistungen, Falschbeurteilungen bringen es an den Tag. Man vergleiche die falschen Wahlvoraussagen der «renommiertesten» (auch so ein Wort) Meinungsforschungsinstitute.

Die Präsidentenwahl in Amerika zeigt dies deutlich. Ich kenne weder Clinton noch Trump und verfolgte die Wahlen nur durch die hiesige Presse. Ich las und hörte, mit Hillary Clinton stehe eine Kandidatin zur Wahl, die hoch begabt, erfahren und überlegen sei. Und sie stehe gleichsam einem «Trottel» gegenüber. Dieser sei unerfahren, unmoralisch, ein sexistischer Lügner, ein Pleite-Unternehmer und ähnlich Schreckliches mehr. Als zentrale Wahlbotschaft von Trump ist mir in Erinnerung: «Die Gegenkandidatin ist korrupt, sie vertritt die Korrupten. Man darf sie nicht wählen. Basta!»

Offenbar stand er damit nicht alleine, sonst wäre das Wahlergebnis nicht möglich geworden.

Auf der anderen Seite unterstützten plötzlich alle Mainstream-Medien – im eifrigen Bestreben, auch dazuzugehören – das «Elitäre». Es galt flächendeckend als zum guten Ton gehörend, gegen Trump, gegen den Brexit, gegen die Ausschaffungs- und gegen die Masseneinwanderungsinitiative zu schreiben und Kommentare zu senden. Von der Berichterstattung fielen die Journalisten in eine Kampagne, ihre eigentliche Aufgabe ging plötzlich vergessen.

Bezeichnend war der Bericht auf NZZ online am Tag nach der Trump-Wahl. Der Titel hiess «Der falsche Präsident». Die Parteilichkeit wird offensichtlich. Man merkt die Absicht und ist verstimmt. Und misstraut allen weiteren Zeilen und Sendungen, ja den Medien insgesamt.

Die Schweiz

Obwohl die schweizerische Staatsform für einen «Basis-Elite-Konflikt» weniger anfällig ist, ist der Verlust des Vertrauens in die Elite auch in der Schweiz nicht zu leugnen. Zwar ist die schweizerische Verfassung darauf ausgelegt, dass die Elite – die unechte, aber leider auch die echte – nicht viel Macht bekommt. Weil die Verfassung die Bürger als Gesetzgeber bestimmt, ist ein Korrektiv vorhanden. So hat

die Schweiz die Problematik der EU, der Zuwanderung, der Scheinasylanten, des Islam früher bemerkt und offener zur Sprache gebracht als andere Staaten – dank der direkten Demokratie.

Diese direkte Mitbestimmung – zusammen mit dem Föderalismus und der Gemeindeautonomie – führt zur Pulverisierung der Macht, aber auch zu weniger Machtmissbrauch. Das passt vielen, die sich zur Elite zählen, nicht. Sie versuchen, sich trotzdem durchzusetzen. So bahnt sich eine verhängnisvolle Entwicklung an.

Entmachtung des Volkes

Die vermeintlichen Eliten beginnen sich zu verselbständigen und von der übrigen Bevölkerung abzugrenzen. Dadurch nehmen sie nur noch einen beschränkten Teil der Realität wahr.

Wie sonst wäre es möglich gewesen, dass ein Bundesrat kurz vor der Abstimmung über die Masseneinwanderungsinitiative, die von Volk und Kantonen später gutgeheissen wurde, seinen ausländischen Kollegen verkündete, sie könnten ganz sicher sein: Das Schweizer Volk werde der Masseneinwanderungsinitiative nie zustimmen! Woher kommt diese falsche Sicherheit, woher eine solche krasse Fehlbeurteilung? Fehlt der Kontakt zu den Menschen? Oder ist die Selbstüberschätzung der Grund?

Falsche Eliten schaffen sich eben eigene Realitäten, in denen sie ihre eigenen Interessen optimieren. Diese Interessen kollidieren jedoch von Fall zu Fall mit jenen der einfachen Bürgerinnen und Bürger, der Arbeiterinnen und Arbeiter, mit denjenigen des Gros der Angestellten, Gewerbler und Landwirte. Die einfachen Leute sind nicht dumm. Sie sehen: Die vermeintlichen Eliten werden auch in einer globalisierten Wirtschaft ihre Jobs behalten, sie werden von internationalen Förderprogrammen profitieren, in Gremien von europäischen Behörden sitzen und an Kongresse reisen.

Nicht weil sie dazu besonders befähigt wären, aber weil sie Bestandteil einer einflussreichen Gruppe sind oder eine bestimmte Funktion innehaben. Damit zählen sie sich zur Elite. Dagegen sind Selbstbestimmung der Bürger, Unabhängigkeit des Landes, Neutralität, Sicherheit oder Zuwanderung die Sorgen des gemeinen Volkes. Es sind Sorgen des Versicherungsvertreters, der Verkäuferin, der Coiffeuse, des Mechanikers, des Bauern, der Hausfrau, des Lehrlings, kurz der Bürger des Alltags! Bürokratische Monster, hohe Abgaben, Gebühren, Steuern sind die handfesten Sorgen der Bürger. Doch wenn sie anders

stimmen, als die Elite es will, werden sie als dumm bezeichnet!

Von der Abgehobenheit zur Diktatur

Heute ist die «Elite» daran, sich zu verselbständigen, sich jeder Kontrolle zu entziehen und sich in Richtung Diktatur zu verschieben. Die Kontrolle über die «Elite» soll beseitigt und damit die Herrschaft der Bürger abgeschafft werden.

So werden von Volk und Ständen gutgeheissene Volksbegehren – das heisst verbindliche Verfassungsnormen – durch Verwaltung, Regierung und Parlament nicht mehr beachtet, nicht umgesetzt, ja sogar ins Gegenteil verkehrt! So unverschämt, so verfassungsbrecherisch wie bei der Umsetzung des Masseneinwanderungsartikels hat sich noch nie eine Regierung und noch kein Parlament über das Recht hinweggesetzt.

Da wird in elitärer Überheblichkeit und unverschämter Dreistigkeit erstmals in der Schweizer Geschichte das internationale Recht über das von den Bürgern beschlossene Recht gestellt und dieses somit missachtet. Und zwar durch alle drei Organe: das Parlament, die Regierung und neuerdings gar durch das Bundesgericht.

Das ist ein Staatsstreich besonderer Art. Es gibt keinen einzigen Staat auf der Welt, der das internationale Recht über die eigene Verfassung stellt. Die schweizerische



Sie nehmen nur noch einen beschränkten Teil der Realität wahr.

Scheinelite entreisst dem Volk und den Kantonen gesetzgeberische Staatsgewalt! Die verheerenden Folgen werden den Bürgern erst nach und nach bewusst werden. Hoffentlich wird die Reaktion darauf nicht allzu revolutionär sein.

Der Staatsstreich von oben – oder von unten

Leider sind die Eliten nicht in der Lage, die Lehren aus ihrer entrückten Abgehobenheit zu ziehen. Die anhaltenden Reaktionen nach der Präsidentenwahl in den USA, nach dem Brexit-Entscheid in Grossbritannien oder nach den obgenannten Abstimmungen in der Schweiz zeigen das. Vielmehr klammern sie sich an ihre Macht, flüchten in Abwehrkämpfe, verunglimpfen die politischen Gegner und stellen die Kompetenz der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger in Frage. Sie riskieren damit früher oder später noch grössere Verwerfungen.

Ihre Verantwortung wahrnehmen würden die Eliten in der heutigen Zeit, wenn sie als Reaktion auf die Entwicklungen ihre Legitimation hinterfragten. Von einer wünschenswerten Elitendämmerung, von der noch kaum etwas sichtbar ist, bis zur Rückkehr zum eigenen Auftrag, bis zur Einsicht, dass leitende Leute mehr für ihre Gemeinschaft als von der Gemeinschaft leben sollten, ist es noch ein weiter Weg.

Christoph Blocher ist Unternehmer und SVP-Politiker. Er war von 2004 bis 2007 Bundesrat.

Personenkontrolle

Aeschi, Gössi, Fluri, Müller, Meyer, Herzog, Jans, Levrat, Sorg, Leuenberger, Keller, Arz de Falco, Stahl, Bischofberger

Sonntags gibt es Enten: SVP-Nationalrat **Thomas Aeschi** sei ein «Spesenritter» und habe womöglich unrechtmässig Geld für eine Auslandsreise eingestrichen, insinuierte die *Sonntagszeitung* aus dem Hause Tamedia. Am folgenden Tag musste der *Tages-Anzeiger* aus demselben Haus einräumen, Aeschi habe sich nichts zuschulden kommen lassen. So weit, so peinlich. Offen blieb die Frage, wer die Geschichte in die Medien getragen hatte. Aus dem Bundeshaus verdichten sich die Hinweise, dass es kein politischer Widersacher war, sondern ein Kollege aus den eigenen Reihen. Aeschi reise zu viel in der Weltgeschichte herum und verdiene «einen Schuss vor den Bug», hiess es in SVP-Kreisen. Wieder einmal bestätigt sich die alte Politikerweisheit: «Feind, Todfeind, Parteifreund». (gut)

Rätselraten um **Petra Gössi**: Hat die neue FDP-Präsidentin ihren Laden im Griff? Oder führt die Schwyzer Nationalrätin die freisinnige Männerriege – von **Kurt Fluri** bis **Philipp Müller** – an allzu langer Leine? Jedenfalls zeigt die einzige Frau an der Spitze einer Bundesratspartei im parteipolitischen Infight ordentlich Zähne. Das wiederum passt **Frank A. Meyer** nicht. Der Chefmoralist des Ringier-Verlagshauses findet, die FDP-Präsidentin teile allzu unflätig aus. «Gössi gibt die Göre», urteilt Meyer in seiner jüngsten *Sonntagsblick*-Kolumne. Das klingt nach einer Retourkutsche. Der selbsternannte oberste Citoyen Helvetiens urteilt, Gössi wirke irgendwie so, «als käme sie gerade von der Rutschbahn, der Schaukel oder dem Klettergestänge auf den Pausenplatz». Darf man solche verbalen Entgleisungen als sexistisch taxieren, als frauenfeindlich gar? Man darf. (rz)

Niemand in der SP Schweiz versteht mehr von der Unternehmenssteuerreform III (USR III) als die Basler Finanzdirektorin **Eva Herzog**. Sie arbeitete von Anfang an bei der Vorlage mit, weil sie wusste, dass das rot-grüne Basel nur so weiterhin gut von Roche und Novartis leben kann. Deshalb macht ihre Partei die Expertin nieder. Ein Streitgespräch mit dem Basler Nationalrat **Beat Jans** in der *Tageswoche* konnte nicht erscheinen, weil sich die beiden Genossen während des Gesprächs und vor allem danach beim Gegenlesen zerstritten. Und offenbar tat weh, dass Eva Herzog im Interview mit dem *Blick* sagte, Parteipräsident **Christian Levrat** habe die Vorlage nicht verstanden. Parteisprecher **Michael Sorg** giftete auf Twitter: «Kaum be-



Widersacher in der Partei: Nationalrat Aeschi.



Zerstrittene Genossen: Regierungsrätin Herzog.



«Dritter Pfeiler»: Professorin Keller.

schliesst der SP-Parteitag einstimmig die Nein-Parole zur USR III, wird die Mediensprecherin von Roche und Novartis nervös.» (sär)

Der Langsamverkehr – Gehen, Wandern, Velofahren – sollte sich zum «gleichberechtigten dritten Pfeiler des Personenverkehrs» entwickeln: Bundesrat **Moritz Leuenberger** forderte es 2001. Staatsrechtsprofessorin **Helen Keller** fand allerdings in einem 141-seitigen Gutachten keine Verfassungsgrundlage dafür. Trotzdem üben sich im Bundesamt für Strassen (Astra) immer noch ein halbes Dutzend Leute in Langsamkeit. Und jetzt sollen Fussgänger und Velofahrer Schub bekommen. Die Parlamentarische Gruppe Langsamverkehr führt am nächsten Mittwoch eine Veranstaltung durch. Ihren Auftritt hat dort auch **Andrea Arz de Falco**, Vizedirektorin des Bundesamtes für Gesundheit: «Das tut der Bund.» (Schafft er endlich eine Verfassungsgrundlage?) (sär)

Am 29. November eröffnete Nationalratspräsident **Jürg Stahl** den Sitzungstag mit einem historischen Verweis: Vor fünfhundert Jahren



Historischer Verweis: Nationalratspräsident Stahl.



Retourkutsche: Publizist Meyer.

schloss die Eidgenossenschaft einen Vertrag mit Frankreich, der als «Ewiger Friede» in die Geschichte einging. Dass es sich dabei nur um ein Stück Papier beziehungsweise ein Stück Pergament handelte, war der NZZ offenbar nicht bewusst, als sie auf der ersten Seite von einem «Ewigen Frieden mit Frankreich» schrieb. 1798 eroberten französische Armeen die alte Eidgenossenschaft und richteten dabei in Nidwalden ein Massaker an, dem fünf Prozent der Bevölkerung zum Opfer fiel. (kep)

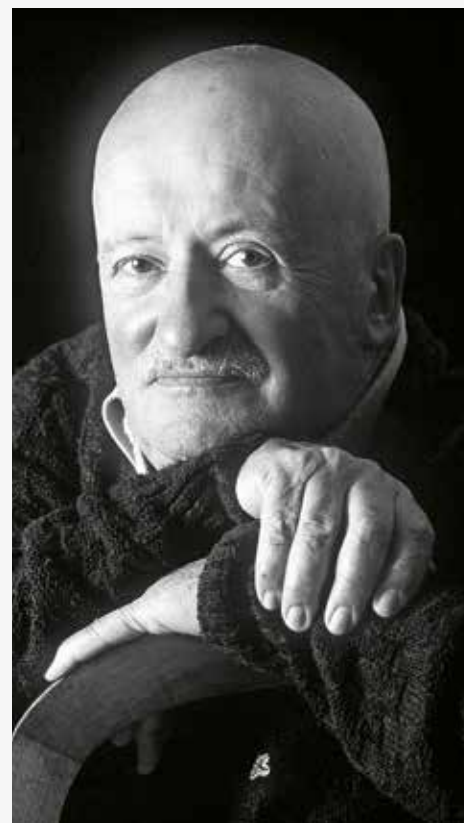
«Meine Damen und Herren, lesen Sie die *Weltwoche*!» Das empfahl im Ständerat niemand anderer als **Philipp Müller** (FDP) – anlässlich der Ausgabe von letzter Woche, bei der er das Cover zierte. Denn diese «weltberühmte Zeitung» erkläre genau, was mit dem Inländervorrang in der Masseneinwanderungsinitiative gemeint sei; schliesslich handle es sich dabei um «die Bibel der SVP». Das trug dem Ständeratsneuling eine Rüge von Präsident **Ivo Bischofberger** (CVP) ein: Im Stöckli gibt es nur Repräsentanten von Kantonen, nicht von Parteien – es ist deshalb verpönt, Parteinamen zu nennen. (sär)

Nachruf

Giovanni Orelli (1928–2016) — Die Lust am feinen, aber boshaften Spott, die Gabe zu geistreichem, aber demaskierendem Schalk wurde am deutlichsten in seinem Roman «Il giuoco del Monopoly» (1980), der 1986 deutsch unter dem Titel «Monopoly» erschien. Bereits mit diesem dritten Buch lief der Tessiner Schriftsteller Giovanni Orelli zur Vollform auf. Mit einer Karikatur des liebsten Familienspiels des Schweizlers, des Monopolys, enttarnte er den Spieltrieb als verbiesterte Geldgier, das familiäre Gemeinschaftserlebnis als Vorbereitung auf den lebenslangen Kampf um Besitz, Neid und spielerisch geschönte Habgier. Giovanni Orelli war ein politischer Autor, aber in der Literatur verbrämte er seinen aufklärerischen Antrieb durch Witz, Fantasie und Originalität. Sein Erstling, «L'anno della valanga» (1965), (deutsch 1966: «Der lange Winter») machte ihn auf einen Schlag bekannt.

Orelli, der im Bedretttotal aufgewachsen war, beschrieb die ständige Bedrohung der Bergbewohner durch die Lawinen mit Nüchternheit und Lakonie, so dass die Erfahrung des Unbezähmbaren, Unheim-

lichen unmittelbar spürbar wurde. Der Erstling wurde noch als Manuskript mit dem renommierten Veillon-Preis ausgezeichnet. Seither war der 1928 geborene und in einfachen Verhältnissen aufgewachsene Orelli, der bereits als Zehnjähriger die Kühe und Ziegen des Vaters hüten musste, ein literarisch anerkannter Romancier, der sich aber auch mit seiner Lyrik einen Namen machte. Nach dem Studium der Literaturwissenschaft an den Universitäten Milano und Zürich zog er nach Lugano, wo er am Gymnasium als Lehrer für italienische Literatur unterrichtete. Zehn Jahre moderierte er literarische Gespräche am Tessiner Fernsehen. Sein Hang zum gesellschaftlichen Engagement zeigte sich in seiner politischen Arbeit: Von 1995 bis 1999 vertrat Giovanni Orelli die Tessiner Sozialdemokraten im Kantonsparlament. Dass er seinen literarischen Nachlass als erster Tessiner Autor dem Berner Literaturarchiv und nicht der Universität Pavia oder der Biblioteca Cantonale in Lugano vermachte, war ein letzter kulturpolitischer Akt: Der Tessiner wollte dazu beitragen, die Sprach- und Mentalitätsgrenzen zu überwinden. Giovanni Orelli starb am 3. Dezember in Lugano. *Pia Reinacher*



Die Erfahrung des Unbezähmbaren: Orelli.

Anlage für unsichere Zeiten: ZKB Gold ETF

Anlage der Stunde: +15,46%*

Mehr Informationen auf zkb.ch/etf

Unsicheres Marktumfeld und aktuelles Tiefzinsumfeld verlangen nach Alternativen für Ihr Portfolio. Investieren Sie deshalb jetzt in den grössten Gold ETF der Schweiz. ZKB Gold ETF: 100% Swiss Made Asset Management.

* ZKB Gold ETF AA CHF: +15,46% seit 1.1.2016. Stand 17.11.2016. Die vergangene Performance ist keine Garantie für die künftige Entwicklung.

Die nahe Bank



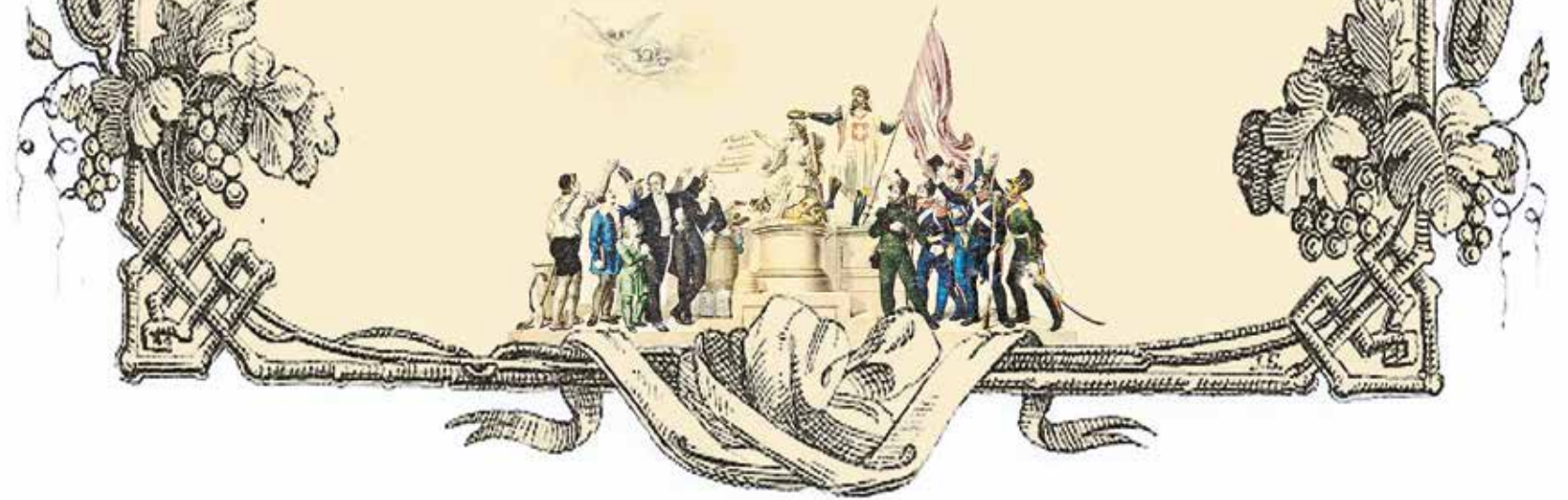
Zürcher
Kantonalbank

Diese Angaben dienen ausschliesslich Werbezwecken und stellen keine Anlageberatung oder Offerte dar. Alleinverbindliche Grundlage für den Erwerb sind die jeweiligen veröffentlichten Dokumente (Fondsverträge, Vertragsbedingungen, Prospekte und/oder wesentliche Anlagerinformationen sowie Geschäftsberichte). Diese können kostenlos bezogen werden unter www.zkb.ch, www.swisscanto.ch sowie in Papierform bei der Swisscanto Fondsleitung AG, Bahnhofstrasse 9, 8010 Zürich, sowie in allen Geschäftsstellen der Kantonalbanken in der Schweiz und der Bank Coop AG, Basel. Die auf dieser Website angebotenen Produkte, Dienstleistungen, Informationen und/oder Unterlagen sind Personen mit Wohnsitz in bestimmten Ländern möglicherweise nicht zugänglich. Bitte beachten Sie die geltenden Verkaufsbeschränkungen für die entsprechenden Produkte oder Dienstleistungen.

Politik

Rückkehr der Nationen

Von Christoph Mörgeli — Der Nationalstaat wird schlechtgeredet. Zu Unrecht. Denn er ist ein Werk von Liberalen und verkörpert Freiheit, Gewaltenteilung, Demokratie und Rechtsstaat.



Den Beginn des 21. Jahrhunderts kennzeichnet ein bemerkenswerter Überdruß der Menschen angesichts internationaler Gebilde, Staatengemeinschaften und länderübergreifender Zusammenschlüsse. Die Leute haben genug von der rhetorischen Selbstüberhöhung etwa der Brüsseler EU-Bürokraten, die ihre offensichtliche Fehlkonstruktion als alternativloses Friedenskonzept anpreisen.

Zunehmend scheint es in den Köpfen zu dämmern: Der Nationalstaat hat keineswegs abgewirtschaftet, sondern stellt ein hochmodernes Konzept dar, um die meisten Probleme der Menschen zu lösen. Politische Verantwortung kann nur in begrenztem Rahmen wahrgenommen werden. Wo sich alle für alles zuständig erklären, ist niemand für etwas zuständig. Demgegenüber deckt der Nationalstaat zwei sich scheinbar widersprechende menschliche Grundbedürfnisse am zweckmässigsten ab: Er befriedigt das ausgeprägte Bedürfnis nach Sicherheit vor Übergriffen aller Art, Raub, Gewalt und Massenzustrom von Fremden. Und er garantiert andererseits die freiheitliche Entfaltung des Einzelnen, seine individuelle Lebensgestaltung, kurz: das Streben nach Glück.

In letzter Zeit äussern die Bürgerinnen und Bürger bei Wahlen und (sofern es ihnen gestattet ist) bei Sachabstimmungen auffallend oft ihren Überdruß an Zentralismus, Bürgerferne

und Abgehobenheit der Eliten. Soeben haben es sechzig Prozent der Italiener abgelehnt, ihre zweite Parlamentskammer zugunsten der Zentralregierung in Rom zu schwächen – unter bewusster Inkaufnahme des Rücktritts ihres EU-freundlichen Ministerpräsidenten.

In Frankreich wagt der unfähige sozialistische Staatspräsident schon gar keine zweite Kandidatur; die Franzosen haben jetzt nur noch zwischen rechts und rechts aussen zu entscheiden. In Österreich erreichte der Kandidat der «Populisten» bei den Bundespräsidentenwahlen fast 50 Prozent. In Deutschland drängt eine neue bürgerliche Protestpartei gegen Zuwanderung und EU einstmals mächtige Traditionsparteien an den Abgrund der Bedeutungslosigkeit.

Aufstand von unten

Die Vereinigten Staaten sind mit der Wahl von Donald Trump und seines «America First»-Programms vom Kurs der sozialdemokratischen Internationalisten Obama und Clinton abgerückt. Der Brexit markierte diesen Sommer den nicht für möglich gehaltenen Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union. Schon früher verweigerten sich die Franzosen, Niederländer und Iren anlässlich von Volksabstimmungen der immer weiter ausgreifenden europäischen Integration.

Anderswo geschah dies einzig aus dem Grund nicht, weil man die Bevölkerung gar nicht abstimmen liess. Autokratische, aber demokratisch legitimierte Machthaber wie Putin oder Erdogan frönen ungestört und teilweise ungehemmt ihrem Nationalismus.

Überhaupt triumphieren an den Wahlen gegenwärtig Parteien, die dem Nationalstaat die Lösung vieler Probleme eher zutrauen als irgendeiner überstaatlichen Zentrale. Die um ihre Macht fürchtenden Politiker diffamieren diesen Aufstand von unten als Rückkehr zu dumpfem Chauvinismus, rücksichtslosem Egoismus der Einzelstaaten, ja sie beschwören sogar das Gespenst eines längst überwunden geglaubten Sozialdarwinismus aller gegen alle. Ihre Entmachtung, behaupten diese Verlierer, sei gleichbedeutend mit dem Untergang von Völkerrecht, Demokratie und überstaatlicher Zusammenarbeit. Hier handelt es sich um den gewaltig aufgeblähten Popanz eines durchaus gewollten Missverständnisses. Denn der Anfang der Nationalstaaten in Europa und Nordamerika liegt

In Frankreich wagt der sozialistische Staatspräsident schon gar keine zweite Kandidatur.

in deren liberalen Wurzeln. Die Bestrebungen zur Unterdrückung und Auflösung von Nationalstaaten erinnern indessen an die Despotie früherer Monarchen.

Im 19. Jahrhundert haben die Liberalen für den Nationalstaat gekämpft, weil sie in dessen Rahmen Freiheitsrechte, Gewaltenteilung, Demokratie und Rechtsstaat verwirklichen wollten. Es waren die Aufklärer, die sich für den Nationalstaat einsetzten und in dessen Grenzen ihre Ideen verwirklichten. Und es waren die Monarchen und Fürsten, die diese Nationalstaaten bis aufs Blut bekämpften und nationalstaatliche Bestrebungen allzu oft auch erfolgreich niederschlugen.

Die heutigen Nationalstaatsgegner befinden sich eben gerade nicht in der liberalen Tradition, sondern in gewisser Weise in der monarchistischen, die in Europa immer sehr stark war. Sie bildete letztlich – anders als in der Schweiz – eine dominierende Konstante der europäischen Geschichte und war weit mehr Ursache der blutigen Weltkriegskatastrophen als die Nationalstaaten.

Einheit von Staat und Volk

Im absolutistischen Zeitalter konnte es den Menschen so ziemlich gleichgültig sein, in welchem Staatsgebilde sie ihr Leben fristeten. Über ihnen herrschte ohnehin ein gekröntes, vermeintlich dem lieben Gott allein verantwortliches Oberhaupt. Erst die Aufklärer des 18. Jahrhunderts riefen nach einer Beschränkung der königlichen Allmacht durch Parlamente, was nach der Französischen Revolution von 1789 vorübergehend gelang. Indem die Heere des Kaisers von Österreich, des Königs von Preussen und des Zaren von Russland gegen diese Revolution ankämpften, bestärkten sie Frankreich im Zusammengehörigkeitsgefühl einer grossen, ja grossartigen Nation, welche die Freiheit und die Rechte des Volkes verteidigte. In der Marseillaise singen die Franzosen bis heute davon, wie sie mit starker Hand ihre Ketten sprengen und das liebe Vaterland in einer Art heiligem Krieg vor minderwertigen Despoten errettet haben. Vom Ruhm dieser grossen Vergangenheit und von den der Freiheit dargebrachten Opfern zehrt der französische Nationalismus bis heute.

In machtpolitisch vielfältig zersplitterten Gebieten wie Deutschland oder Italien wurde die gemeinsame Sprache zum Element, das für den nationalen Verbund sorgte. Die Stärke Frankreichs in napoleonischer Zeit wurde dort als freiheitsfeindlich und bedrückend empfunden. Deutsche und Italiener interpretierten die Glorie der Franzosen als Folge von deren nationaler Einigung – und wollten es ihnen gleichtun. Der Nationalstaat schien das geeignete Mittel zum Abschütteln der verhassten Fremdherrschaft. Volk und Staat sollten eine Einheit bilden, was nur funktionierte, wenn dieses Volk im Staat auch etwas zu

sagen hatte. Darum waren die Anhänger des Nationalstaates in der Regel zugleich Liberale.

Doch am Wiener Kongress von 1814/15 obsiegt die Monarchen und enttäuschten nationale wie liberale Hoffnungen. Auch wenn die Zersplitterung in absolutistische Fürstentümer fort dauerte, liessen sich die Nationalgefühle nicht auf Dauer unterdrücken. Das Streben nach in Freiheit geeinigten Vaterländern dauerte an und ergriff auch die Gebiete Osteuropas. Die verschiedenen Sprachgruppen fühlten sich jeweils einer Nation zugehörig und führten einen Freiheitskampf gegen die Fremdherrschaft durch den habsburgischen Kaiser, den russischen Zaren oder vom türkischen Sultan.

Freiheit als Grundlage

Auch der Schweiz brachte der Wiener Kongress vorerst einen Rückschlag für die nationalen Einigungsbestrebungen. Doch das seit den Kriegszügen der alten Eidgenossen lebendige Nationalgefühl lebte weiter. Nicht in einer gemeinsamen Sprache ruhte hierzulande die Grundlage und innere Rechtfertigung der Nation, sondern im vereinten Streben nach Freiheit. Das gemeinsame Vaterland sei da – so



«America First»: Donald Trump.

dichtete der liberale Thurgauer Politiker und Pfarrer Thomas Bornhauser –, wo der Schweizer für seine Freiheit kämpfte, sterbe und siegte.

Und auch für Gottfried Keller bestand der Nationalcharakter der Schweizer einzig in der «Liebe zur Freiheit», welche durchaus auch Ausländer teilen könnten, die dann ebenso gute Schweizer seien wie jene, deren Vorfahren schon bei Sempach gekämpft hätten. Die liberale Einigung zum Bundesstaat vollzog sich in der Schweiz in einer Zeit, in der mehrere Herrscher Europas um ihren Thron bangten. Manche Revolutionäre des Auslandes nahmen das schweizerische *nation building* und den vorangehenden Sonderbundskrieg zum Vorbild: «Im Hochland

fiel der erste Schuss», dichtete etwa der Freiheitskämpfer Ferdinand Freiligrath.

Zwar scheiterten freiheitlich-nationale Aufstände 1848 in Frankreich, Deutschland und Italien. Immerhin verhinderten diese revolutionären Unruhen, dass gekrönte Häupter des Auslandes die Arbeiten an einer liberalen Schweizer Bundesverfassung unterbinden konnten. Doch in Europa misslang die Schaffung liberaler Nationalstaaten – zweifellos

In Europa misslang die Schaffung liberaler Nationalstaaten – zum Nachteil der späteren Entwicklung.

zum grossen Nachteil der späteren Entwicklung. In Frankreich konnte sich die demokratische Republik nur kurz halten; die liberalen Verfassungen in zahlreichen deutschen Fürstentümern waren ebenfalls nicht von Dauer, und auch dem Abfall von Tschechen und Ungarn von der habsburgischen Krone war nur eine begrenzte Zeit beschieden.

USA, Grossbritannien, Schweiz

Einzig in der Schweiz gelang 1848 mit der neuen Bundesverfassung die im Wesentlichen noch heutige Grundlage des modernen Bundesstaates, seiner ausgedehnten Freiheits- und Bürgerrechte und seines Erfolgsmodells, das dem Armenhaus Europas den Aufstieg zu einem der wohlhabendsten Länder der Welt ermöglichte. Diese Bundesverfassung war die erste, die sich die Schweizer selber gaben. Mit der Verfassung von 1848 wurde unser Land zu einer demokratischen, republikanischen Insel inmitten von europäischen Monarchien.

Gewiss, die Wunden des Sonderbundskriegs verheilten nicht augenblicklich. Die katholisch-konservative Bevölkerung verharrte trotz bemerkenswerter föderalistischer Zugeständnisse gegenüber dem liberalen Nationalstaat vorerst in skeptischer Ablehnung. Doch die Verfassungsrevision im Jahre 1874, welche direktdemokratische Elemente einbaute, sowie die Einführung des Initiativrechts und der Einzug des ersten katholisch-konservativen Bundesrats in die Landesregierung ermöglichten die allmähliche Identifikation auch der Sonderbund-Verlierer mit der schweizerischen Nation – selbst mit deren liberalen Ursprüngen.

Zweifellos ist es kein Zufall, wenn sich gegenwärtig erfreulicherweise drei Nationalstaaten am intensivsten auf ihre liberalen Ursprünge zurückbesinnen, nämlich die USA, Grossbritannien und die Schweiz. Es wäre zu hoffen, dass diese drei Staaten eingedenk ihrer grossen Geschichte ihre nationalen Interessen selbstbewusst vertreten und dabei genau das in Kauf nehmen, was Georg Christoph Lichtenberg so formulierte: «Eine Nation, die allen gefallen will, verdient, von allen verachtet zu werden.» ○

«Idee der Volkssouveränität»

Von Philipp Gut — Die EU schwäche den Nationalstaat und fördere so den radikalen Nationalismus, sagt der in Oxford lehrende Schweizer Historiker Oliver Zimmer. Das Nationale bleibe als Raum der Zusammengehörigkeit attraktiv.

Herr Zimmer, europäische Spitzenpolitiker gratulieren den Österreichern zur Nichtwahl des freiheitlichen Norbert Hofer und bedauern das Nein zum Referendum in Italien. Brüssel warnt unablässig vor einem neuen Nationalismus in Europa.

Die Italiener haben sich gegen eine weitere Beschneidung der Demokratie entschieden, das nennt man dann «Populismus». Wenn man die Nationalstaaten weiter so schwächt, wie man das in den letzten Jahren frisch-fröhlich getan hat, wird der hässliche Nationalismus auch in Europa neue Urstände feiern. Das schiefe Geschichtsbild vieler führender Politiker in Europa und der Schweiz gibt diesbezüglich wenig Anlass zu Hoffnung.

Die EU gefährdet also, was sie zu schützen vorgibt?

Die Schaffung einer einheitlichen Währung und die Einführung der Personenfreizügigkeit – mithin das, was die EU heute tut – waren die klassischen Mittel des Nationalismus im 19. Jahrhundert, um den Nationalstaat zu befestigen. Die EU versucht damit den Nationalstaat in die Knie zu zwingen. Sie hat vor Maastricht auch viel Gutes geleistet, aber jetzt unterminiert sie die demokratischen Grundlagen und gefährdet mit ihrer Ideologie einer Welt ohne Grenzen die liberalen Demokratien. Das probateste Mittel gegen radikalen Nationalismus und Xenophobie ist nicht, die Nationalstaaten durch noch mehr Globalisierung zu schwächen, sondern, den Nationalstaat institutionell wieder zu stärken.

Sie attestieren der EU selbst nationalistische Tendenzen?

Eine Art EU-Nationalismus zeigt sich etwa beim Arbeitsmarkt: Die Mitglieder des EU-Binnenmarktes können ihren Mangel an Fachkräften nur begrenzt durch die Anstellung von Nichteuropäern decken, weil das gegen EU-Regeln verstösst. Gleichzeitig wandern Millionen von Europäern mit geringen Qualifikationen in Länder mit höherem Wohlstandsniveau. Das ist *nation building* à la EU.

Woran liegt die anhaltende Attraktivität des Nationalen?

Bei der Globalisierung geht es um die Ausdehnung wirtschaftlicher, rechtlicher und



«Imaginierte Orte»: Historiker Zimmer.

institutioneller Räume mittels Verträgen. Nationen sind von den emotionalen Bedürfnissen her, die sie befriedigen, mit Orten vergleichbar. Selbstverständlich sind es imaginierte Orte, denn moderne Nationalstaaten sind komplex. Viele Menschen kennen einander nicht, und dennoch bilden sie sich ein, zusammenzugehören. Das ist der Grund für die Attraktivität des Nationalen. Es ist auch der Grund, weshalb Nationen den meisten Menschen mehr bedeuten als ein institutio-

«Das schiefe Geschichtsbild vieler Politiker in Europa und der Schweiz gibt wenig Anlass zu Hoffnung.»

nelles Raumschiff wie die EU. Viele Leute identifizieren sich mit ihrem Land und mit Aspekten der europäischen Kultur. Aber das ist nicht dasselbe wie die EU. Die Radikal-Globalisierung mit ihrer Entgrenzung nationalstaatlicher Räume senkt das Risiko radikalnationalistischer Aufwallungen nicht: Sie erhöht dieses Risiko.

Was ist das Besondere am Nationalstaat Schweiz?

Das Besondere an der Schweiz ist, dass sie ein Land mit verschiedenen Sprachen ist. Das haben andere Länder auch bewundert. Interessant sind die Spannungen zwischen der liberalen und der demokratischen Nationalstaatsideologie. Die demokratisch-republikanische Bewegung prägte den Nationalstaat stark. Sie verstand die nationale Selbstbestimmung in einem doppelten Sinn: gegen innen als Steigerung der demokratischen Mitbestimmung und Beseitigung von ständischen Hierarchien und gegen aussen als Selbstbestimmung. Die Idee der Volkssouveränität war zentral. Denken Sie nur an die Landsgemeinde, diese Tradition wurde für das Selbstverständnis der demokratischen Bewegung des 19. Jahrhunderts wichtig. Natürlich waren das nicht moderne Demokratien, aber die Vorstellung, dass man in den Landsgemeinde-Kantonen mehr Mitbestimmung hatte, war ausgeprägt und auch plausibel. Die nationale Ideologie der liberalen Eliten – François Guizot in Frankreich, Alfred Escher in der Schweiz – war dagegen ein Reformnationalismus. Es ging um Wirtschaft, Infrastruktur, Eisenbahnen. Die Demokratie war für sie nicht prioritär. Sie hätten lieber eine rein repräsentative Demokratie gehabt.

Welche Rolle spielt der Föderalismus für das schweizerische Nationalbewusstsein?

Die Schweiz ist keine ethnische, sondern eine politische und eine Willensnation, aber das hätte nie gereicht. Das wäre zu abstrakt gewesen. Man musste auch als authentische Nation erscheinen. Aus Sicht von Sprachnationalisten wie Giuseppe Mazzini waren wir gar keine echte Nation, sondern ein aus Sprachgruppen zusammengeflacktes Gebilde. Wichtig wurden dann die Natur, die Landschaft, die Alpen. Auf der anderen Seite war man überzeugt, dass das Authentische und Organische in der Schweiz in den Kantonen liegt. In dieser Verschiedenheit sah man das typisch Schweizerische.

Winston Churchill sagte von der Schweiz, deren Patriotismus sei nicht zu verwechseln mit aggressivem Nationalismus. Wie stark ist die Verbindung zwischen Nationalstaat und überbordendem Nationalismus überhaupt?

Es gibt per se keinen Link zwischen dem Nationalstaat und nationalistischen Exzes-

sen. Es gibt Faktoren, die radikale Nationalismen produzieren können, etwa die Vorstellung einer ethnischen Einheit. Radikale Nationalisten konnten sich in der Schweiz nie durchsetzen. Man darf nicht vergessen: Es waren immer nationale Bewegungen, die die liberalen Demokratien geschaffen haben. Der Nationalismus ist von diesen demokratischen Bewegungen nicht loszulösen.

Die Historiker, die es eigentlich besser wissen müssten, haben da wenig Gegensteuer gegeben.

Bis Ende des Zweiten Weltkriegs war die nationalistische Interpretation vorherrschend, diese wurde dann durch eine

«Radikale Nationalisten konnten sich in der Schweiz nie durchsetzen.»

postnationalistisch-kosmopolitische abgelöst. Beide Interpretationen sind vom Erkenntniswert her gleichermaßen limitiert. Es geht um den guten gegen den schlechten Nationalstaat. Für die Geschichtsschreibung des 19. Jahrhunderts musste der Nationalstaat gross und stark sein, nachher war er einfach schlecht. Die postnationalistische Ideologie von heute tritt mit dem Anspruch auf, Erkenntnis zu sein und Wahrheit abzubilden, aber sie ist eben auch eine Ideologie. Die Triebkräfte beider Interpretationen sind klar: Im 19. Jahrhundert waren es der Nationalismus und die Nationalstaatsbildung, vor allem auch der Sprachnationalismus der grossen Länder. Die Triebkraft der postnationalistischen Interpretation sind die EU-Integration und die Globalisierung.

Es geht den Forschern also weniger um Erkenntnis als um Politik?

Im angelsächsischen Bereich war die Forschung immer schon weiter, analytischer. Im deutschsprachigen Raum war es verpönt, Nationalismus und Nationalstaat überhaupt zu erforschen. Die Schweizer Historiker sind auf Deutschland fixiert, und die deutschen Historiker haben den Nationalstaat aus der Erfahrung des Nationalsozialismus heraus meist nur als politisches Phänomen angeschaut.

Oliver Zimmer ist Geschichtswissenschaftler in Oxford und gehört zu den international bekanntesten Forschern des europäischen Nationalismus.

Kartelle

Kungeleien von oben

Für Politik und Verwaltung sind die Anreize gross, immer mehr Angelegenheiten unter sich abzusprechen.

Wie kommt es, dass die Schweiz heute ihr Steuersystem so umbauen muss, wie es das Ausland befiehlt? Bund und sogar Kantone müssen ihre Unternehmensbesteuerung umkrepeln, weil man im Klub der reicheren Staaten, in der OECD, keine Länder haben will, die Menschen und Firmen mit allzu günstigen Steuersätzen anlocken. Regierungen von Hochsteuermächtern sprechen deshalb ihre Steuerpolitik untereinander ab, wie in einem Kartell, um zu verhindern, dass ihre Bürger und Firmen die Möglichkeit zur Flucht in günstigere Länder haben. Den Nachteil, dass die Politik zwar lokal gebunden ist, Steuerzahler aber mobil sind, gleichen die Regierungen dadurch aus, dass sie sich gegenseitig beim Einfangen der Flüchtenden helfen – wie es in der Fabel die Igel tun, die immer schon da sind, wenn der Hase ausser Atem am Ende der Furche ankommt.

Die internationale Koordination und Harmonisierung der Politik dient den Regierungen nicht nur als wirksames Mittel gegen Steuerwettbewerb, sondern auch gegen Konkurrenz in der Geld-, Finanz- oder Sozialpolitik. Die Europäische Währungsunion wurde unter Spitzenpolitikern ausgeheckt und beschlossen, ohne dass zum Beispiel die deutschen Bürger, denen eigentlich der Erfolg der D-Mark gehörte, gefragt wurden. Der Wettbewerb zwischen europäischen Notenbanken mit dem Aufzeigen unangenehmer Leistungsunterschiede war ein Ärgernis, das die Politiker durch Vereinheitlichung von oben aus der Welt räumten. Und viele Staaten haben sich so fahrlässig hoch verschuldet, weil man sich in der EU finanzielle Disziplinlosigkeit immer wieder gegenseitig verziehen hat.

Klub der Einflussreichen

Für Politik und Verwaltung in den Hauptstädten sind die Anreize gross, immer mehr Angelegenheiten unter sich abzusprechen und internationales Recht zu beschliessen, denn so entgeht man der Kontrolle durch die Stimmbürger. In den vergangenen vierzig Jahren hat die internationale Koordination der Politik einen enormen Aufschwung

erfahren. Die Vorläufer der G-7- oder später der G-20-Gipfel entstanden Mitte der siebziger Jahre, als der deutsche Kanzler Helmut Schmidt und der französische Präsident Giscard d'Estaing eine Art Klub der Einflussreichen etablierten, nach Schmidts Worten «ein privates, informelles Treffen derjenigen, die in der Welt wirklich etwas zu sagen haben».

«We, the Leaders»

Von «privat» ist heute keine Rede mehr, gesagt wird von der G-20 aber viel, etwa zur Koordination der Finanzmarktregulierung, Steuerpolitik oder Wirtschafts- und Handelspolitik. Wer nicht spurt, kommt auf eine schwarze Liste. Diese Organisation sieht sich nach eigenen Formulierungen verantwortlich für fast zwei Drittel der

Weltbevölkerung, für mehr als vier Fünftel des weltweiten Bruttoinlandsprodukts und für drei Viertel des Welthandels. Und wenn die G-20-Politiker an ihren Gipfeln Botschaften in die Welt hinaussenden, beginnen sie, wie diesen Herbst, mit der Floskel: «We, the Leaders of

the G20, met in Hangzhou, China on 4-5 September 2016.» Es heisst also nicht «We, the people», nein, mit ihren Völkern haben die Regierungen bei derartigem internationalem Zusammenwirken wenig zu tun.

Ist die Schweiz, da nicht Mitglied der G-20, weniger anfällig für Kungeleien der Politiker gegen das Volk? Die direkte Demokratie hat es bisher verhindert, dass Spitzenpolitiker ihren Neigungen zum Kooperieren mit ihren Kollegen auf internationaler Ebene ausgiebig nachleben konnten. Das Volk sagte meistens nein zur Delegation von Befugnissen «nach oben». Aber die Neigungen sind menschlich und vorhanden.

Was tun kantonale Finanzchefs, wenn sie gerne mehr Handlungsspielraum und Geld hätten? Sie treffen sich in der Finanzdirektorenkonferenz und bestimmen als Gruppe die Bundespolitik, und zwar ohne demokratische Kontrolle. Was tun kantonale «Bildungsminister», wenn sie mehr Harmonisierung wollen? Sie hecken in der Erziehungsdirektorenkonferenz neue Bildungsmodelle aus und wollen diese dann dem Land aufdrängen.

Beat Gygi



Experiment gegen die Wirklichkeit.

Europa

Es gibt nur den Exit

Von Thierry Baudet — Zwischen den Extremszenarien eines europäischen Bundesstaats und einer Auflösung der EU beherrschen Realisten die Debatte. Doch ihr Pragmatismus kann nur scheitern. Brüssel zu reformieren, ist unmöglich. Man kann es bloss ersetzen.

Einleitung — Am vergangenen Sonntag gingen sowohl die Österreicher als auch die Italiener zur Urne. Auch wenn es bei beiden Urnengängen schlussendlich um Angelegenheiten der nationalen Politik ging, wurde die Debatte doch von der europäischen Dimension geprägt. Die Problematik der offenen Binnengrenzen und die dadurch verursachte Migrationskrise bestimmten den Ton in der österreichischen Bundespräsidentenwahl, und das italienische Referendum kann man nicht losgelöst von der europäischen Haushaltsdisziplin betrachten – diese ist wegen des Euro notwendig und von der Europäischen Kommission und der EZB erzwungen.

Seit die Briten am 23. Juni für einen Brexit stimmten, ist die Debatte über die Zukunft der Europäischen Union eigentlich überhaupt nicht mehr zur Ruhe gekommen. Wie soll nun die Zukunft des kontinentalen Zusammenarbeitsverbundes aussehen? Auf welchem Weg werden uns Frieden, Wohlfahrt und weltweiter Einfluss garantiert – ohne dass wir in unnötiger Bürokratie, endloser Immigration und desaströsen Sparmassnahmen ertrinken? Auch in den kommenden Monaten werden wir diesen Fragen auf der Agenda wieder begegnen – bei

den deutschen Bundestagswahlen im Herbst, den niederländischen Parlamentswahlen am 15. März und den französischen Präsidentschaftswahlen am 7. Mai kommenden Jahres.

Ich garantiere Ihnen einstweilen das eine: Alle Parteien und alle Kandidaten werden sich lautstark darüber verbreiten, was in der Europäischen Union schief läuft. Kein einziger Kandidat wird das heutige Funktionieren von Brüssel verteidigen. Sozusagen jedermann ist heute «Euroskeptiker» geworden. Diese Skeptiker – faktisch also alle Teilnehmer an dieser Debatte – kann man in drei Kategorien einteilen. Zuerst die «Exitisten». Sie glauben, dass die EU rettungslos verloren ist und dass die einzige Art, in Europa zu einer sinnvollen, konstruktiven Zusammenarbeit zu kommen, ausserhalb der bestehenden EU-Strukturen sein muss. Dann gibt es die «Föderalisten», welche glauben, dass man es weiterhin packen und einen vollwertigen, föderalen Kontinentalstaat nach dem Modell der Vereinigten Staaten von Amerika aufbauen muss. Und zum dritten die «Realisten» – leider zurzeit die dominante Strömung. Und ich sage «leider», weil ihre Position vor allem von intellektueller Trägheit zeugt.

Die Realisten — Wir begegnen den Realisten in den Führungsgremien der weitaus meisten grossen Parteien in Europa – von den Christ- und Sozialdemokraten bis hin zu den Liberalen, aber auch auf Universitäten, zuoberst in den Ministerien, in den Chefredaktionen von Zeitungen und in Talkshows am Fernsehen. Nach ihrer Sicht der Dinge wird die Diskussionshoheit über die Zukunft der EU durch machtlüsterne Träumer (die Föderalisten) und erklärte Gegner (die Exitisten) in Beschlag genommen. Diese sogenannten Realisten wollen nicht akzeptieren, dass es nur die Wahl zwischen einer Auflösung der EU und einem grossen Sprung nach vorne gibt. Sie machen es sich zur Aufgabe, eine «Zwischenlösung» zu finden: pragmatisch ans Werk zu gehen ohne «Fernsichten», wie es der niederländische Premier Mark Rutte einst formulierte.

Just dieser «realistische» Standpunkt ist jedoch unrealistisch. Was diese angeblich Gemässigten wollen, geht nicht. Es ist unmöglich, die EU zu reformieren und die Zentralisierung rückgängig zu machen. Der wichtigste Ausgangspunkt der Europäischen Union, nämlich die gemeinsame Währung, die offenen Binnengrenzen und der Ehrgeiz, «wie ein Block» auf dem internationalen Par-

kett aufzutreten, kann ohne politische Union niemals dauerhaft realisiert werden.

Seien wir uns im Klaren: Es gibt keine monetäre Union ohne politische Union, weil finanzielle Misswirtschaft in südlichen Mitgliedstaaten direkte Konsequenzen für alle anderen Mitgliedstaaten hat. Damit führt der Euro zwingend zu einer europäischen Budgetdisziplin und damit zu einem europäischen Finanzminister, der allen mit grossen Ausgaben verbundenen Vorhaben einen Riegel schieben kann – zum Beispiel, wenn es um den Hypothekenabzug geht, um das Sozialsystem und um die Renten. Unterdessen macht der Unterschied der Zinsen, welche die Länder für Anleihen auf dem Kapitalmarkt bezahlen müssen, Euro-Obligationen wünschbar. Länder könnten sich dadurch nämlich viel besser von den asymmetrischen Erschütterungen erholen, die die unvermeidbare Folge der Einheitswährung sind. Sie könnten die jeweilige Leistungsfähigkeit benützen, um wieder Investoren anzuziehen. Die Einführung von Obligationen würde jedoch auch bedeuten, dass Brüssel einen eigenen Haushalt bekäme und durch die Ausgabe von Obligationen eingenommenes Geld ausgeben könnte, ohne dass nationale Parlamente dazu noch etwas zu sagen hätten. Ein Bundesstaat ist dann Tatsache.

Auch die offenen Binnengrenzen zwingen zu Föderalismus. Nationale Immigrations- und Asylpolitik wird dadurch nämlich unmöglich. Wer in einem Land zugelassen ist, kann frei in ein anderes Land weiterreisen. Früher oder später ruft dies nach einer europäischen Immigrations- und Asylpolitik. Das bedeutet, dass Brüssel beschliesst, wie viele Menschen pro Jahr zugelassen und welchem Land sie zugewiesen werden. Ferner machen offene Binnengrenzen auch eine gemeinsame Verteidigung der Ausseengrenzen notwendig, was kollektive Grenzbeobachtung umfasst – letzten Endes in der Form eines gegenüber Brüssel loyalen Militärapparates. Die Konsequenz ist ein europäisches Verteidigungsministerium. Ebenso erfordern die offenen Binnengrenzen eine europäische Politik der inneren Sicherheit. Sonst gleiten kriminelle Banden von einem Land ins andere, um der Strafverfolgung zu entkommen. So ziehen offene Binnengrenzen ein europäisches Innenministerium und einen europäischen Justizminister nach sich – eine Art europäisches FBI. Typisch wiederum für einen Bundesstaat.

Und zum Schluss: Ohne eine zentrale Aussenpolitik kann man auch nicht «wie ein Block» auf dem internationalen Parkett auftreten. Es gibt bereits eine Hohe Vertreterin der EU für Aussen- und Sicherheitspolitik, welche die Beziehungen mit anderen Mächten unterhält. Man ist sodann schwer beschäftigt mit der Integration von nationalen Botschaften in EU-Ambassaden, die früher oder später zentral gesteuert werden müssen. Damit ist ein europäischer Minister für auswärtige Angelegenheiten in Sicht. Konsequentes Weiterdenken bedeutet also auch hier: Bundesstaat.

Über kleine und scheinbar pragmatische Schritte führt die EU unvermeidbar zu einem Bundesstaat. Es gibt kein Entkommen. Das Funktionieren der EU ist instabil, stets wird die Übertragung weiterer Befugnisse notwendig, auf Euro-Krisen folgen Migrationskrisen, ein Konflikt mit der Türkei nötigt zu «gemeinschaftlichem Auftreten»: Man kann das Szenario problemlos weiter ausmalen. Die Probleme zwingen uns, immer neue Souveränitätsübertragungen zu akzeptieren, bis die Endstation erreicht ist: die Bildung eines neuen Staates.

Ich habe diesen Artikel mit der Feststellung begonnen, faktisch jedermann sei heute euroskeptisch. Mit der heutigen EU ist niemand zufrieden. Aber die im Moment dominante Strömung – das gemässigte und nuancierte Denken, der «Realismus» – ist intellektuell inkonsistent und auf Dauer unhaltbar. Die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung, die Führer der grossen Parteien, die Zeitungsleser und Professoren für europäische Studien und Politologen, all die Regierungsbeamten und Journalisten, all die Menschen, welche sich zu ihrem «Realismus» und ihrem «Differenzierungsvermögen» und ihrer fortgeschrittenen Einsicht in die Komplexität der Dinge beglückwünschen – es fehlt ihnen die Übersicht, und sie durchschauen nicht, was vor sich geht.

Die Föderalisten — Die EU kann gar nicht anders, als ein Bundesstaat zu werden, sonst implodiert sie. In diesem Sinn haben die Föderalisten also recht.

Aber sie übersehen, dass ein solcher Kontinentalstaat unmöglich funktionieren kann.

Die kulturellen, wirtschaftlichen, religiösen, sprachlichen, historischen und geostrategischen Unterschiede sind dafür viel zu gross. Eine Immigrationspolitik für all die unterschiedlichen Länder unseres Kontinentes? Wobei zwischen Schweden und Spanien, Polen und Frankreich Einigkeit herrscht? Eine europäische Sicherheitspolitik und bald ein europäisches Innenministerium? Mit Bürokraten aus Rumänien und Polizisten aus Sizilien? Eine zentrale Budgetkontrolle und fiskalische Transparenz in Südeuropa? Mit Eurobonds, welche Brüssel die Mittel gäben, jede gewünschte Politik mit eigenen Schuldpapieren zu finanzieren, ohne noch abhängig zu sein von der Zustimmung der Mitgliedstaaten? Und eine Aussenpolitik, bei welcher die Tschechen und Portugiesen, die Bulgaren und die Finnen am selben Strick ziehen? Mit einem geteilten Sitz im Sicherheitsrat der Uno?

Natürlich kann das alles nie funktionieren, und es wird auch nie geschehen. Wegen der vie-

len in Europa gesprochenen Sprachen kann es darüber hinaus keine öffentliche Debatte geben und damit auch keine öffentliche Meinungsbildung. Eine europäische Politik kann daher nie repräsentativ sein. Es wird auf europäischer Ebene nie eine «Volksstimme» geben können. Ein europäischer Bundesstaat wäre, ausser funktionsunfähig, korrupt, schwerfällig und unregierbar zu sein, auch noch undemokratisch, nämlich ohne irgendeine Legitimation durch die Bevölkerung. Zu den Debatten mit Dolmetschern, Wahlen mit Kandidaten, die einander nicht begreifen und sich gegenüber den Stimmbürgern nicht verständlich machen können, kommt die fundamentale Unmöglichkeit, auch auf gesellschaftlicher Ebene miteinander zu diskutieren. Die unvermeidbaren Kompromisse würden in einer Politik resultieren, welche in niemandes Interesse ist und keiner einzigen Agenda dient. Es wäre eine grosse Aneinanderreihung von Missverständnissen, von Unverständnis und fundamentalen, unüberbrückbaren Differenzen in Erkenntnis, Kultur und persönlicher Ethik. Die Unterschiede sind zu gross, eine politisch-regierungsmässige Einheit wird Europa schlichtweg nicht werden.

Die Unterschiede sind zu gross, eine politisch-regierungsmässige Einheit wird Europa schlichtweg nicht werden.

Schlussfolgerung — Darum ist die einzige Alternative eine geordnete Auflösung der EU. Selbstverständlich können Absprachen über Freihandel und ehrliche Konkurrenz bleiben, aber kein Urwald von Harmonisierung und Richtlinien. Daneben erhalten die Staaten die Kontrolle über ihre Grenzen zurück, wird die gemeinsame Währung zerlegt – und eine

uniforme auswärtige Politik gibt es nicht. Es ist vielleicht schade, dass man es so sagen muss, aber die einzigen Realisten sind im Moment die Exitisten.

Die EU ist – leider – ein Experiment gegen die Wirklichkeit, und die Wirklichkeit neigt dazu, früher oder später zurückzuschlagen. Lasst uns den Briten folgen, und machen wir uns auf die Suche nach einer Alternative. Das Brüsseler System ist reif für einen Ersatz und nicht für eine Reform.

Thierry Baudet, 33, promovierte als Jurist an der Universität Leiden. Er publizierte mehrere Bücher («Konservativer Fortschritt», «Der Angriff auf den Nationalstaat», «Für Europa und daher gegen die EU»). 2015 gründete Baudet den unabhängigen Think-Tank «Forum für Demokratie». Zusammen mit Gleichgesinnten erzwang er ein Referendum über den Assoziationsvertrag der EU mit der Ukraine. Die Stimmbürger lehnten den Assoziationsvertrag am 6. April 2016 mit 61 Prozent Nein-Stimmen ab.

Aus dem Niederländischen von Christian Huber



Betreut

Von Henryk M. Broder —
Ungute Nachrichten werden dem Zuschauer vorenthalten.



In der Nacht auf Sonntag postete die Redaktion der ARD-«Tagesschau» diese Erklärung auf ihrer Facebook-Seite: «Der Fall der getöteten Studentin in Freiburg hat aus folgenden Gründen keinen Eingang in die heutige 20-Uhr-Ausgabe der <Tagesschau> gefunden: Bei aller Tragik für die Familie des Opfers hat dieser Kriminalfall eine regionale Bedeutung. Die <Tagesschau> berichtet überregional, als Nachrichtensendung für ganz Deutschland. Darüber hinaus haben die Ermittlungsbehörden die Presse von der Festnahme eines Tatverdächtigen in Kenntnis gesetzt. Es gilt die Unschuldsvermutung. Da es sich bei dem Verdächtigen um einen 17-Jährigen handelt, ist bei jeglicher Berichterstattung der besondere Schutz von Jugendlichen und Heranwachsenden zu beachten – unabhängig von deren Herkunft.»

Eine junge Frau wird überfallen, vergewaltigt und in einem Fluss ertränkt. Alle Medien, auch die «Tagesschau» der ARD, berichten über die Tat, als aber der mutmassliche Täter nach aufwendiger Suche festgenommen wird, fällt der Redaktion plötzlich ein, dass es sich um einen Fall «von regionaler Bedeutung» handelt und dass die Unschuldsvermutung und das Alter des Verdächtigen der Berichterstattung im Wege stehen. In der 20-Uhr-Ausgabe der «Tagesschau» vom 3. Dezember wurde unter anderem über eine Protestaktion der Sioux-Indianer im Bundesstaat North Dakota gegen den Bau einer Öl-Pipeline berichtet. Diese regionale Geschichte war der «Tagesschau» einen Beitrag von mehr als zwei Minuten wert. Betreutes Fernsehen dieser Art zeichnet sich dadurch aus, dass man dem Zuschauer ungute Nachrichten vorenthalten will. Nach der Kölner Silvesternacht hatte es drei Tage gedauert, bis der WDR das zum Thema machte, was sich vor seiner Tür zugetragen hatte. Im Fall der «Tagesschau» vom 3. Dezember war es die «Herkunft» des mutmasslichen Täters, eines jungen Afghanen, der als «Flüchtling» eingereist war und gut betreut in einer deutschen Familie lebte. So etwas zu erwähnen, grenzt bereits an Rassismus. Und: Man muss die Taten im gesellschaftlichen Kontext sehen. Mit den Worten der stellvertretenden CDU-Vorsitzenden, Julia Klöckner: «Solche Grausamkeiten werden leider von In- wie Ausländern begangen, das ist leider kein neues Phänomen.»

Blind für Chancen

Von Silvio Borner — Unter Aussenminister Didier Burkhalter ist das legendäre Verhandlungsgeschick der Schweizer Diplomatie verlorengegangen.

Viele Trends in der Schweizer Politik werden kontrovers diskutiert: der Verlust an Konkordanz, das Fehlen unabhängiger Führungspersönlichkeiten, die Initiativenflut, die Regulierungswut oder die Bürokratenbrut. Dabei wird übersehen, dass eine traditionelle Stärke der Schweiz dahingeschmolzen ist: das diplomatische Verhandlungsgeschick.

Dass wir als kleine offene Volkswirtschaft so erfolgreich geworden sind, beruht nicht nur auf unserer unternehmerischen Dynamik, sondern auch auf den erfolgreichen Verhandlungen mit anderen Nationen und internationalen Organisationen. Es ist kein Zufall, dass die Welthandelsorganisation (WTO) ihren Sitz im schweizerischen Genf hat oder dass nach dem Zweiten Weltkrieg die drohende Abstrafung durch die USA für unsere Kooperation mit den Nazis ins Gegenteil verkehrt werden konnte. Denn die Schweiz verfügte über eine starke Elite mit Verhandlungsgenies, die in der Aussenpolitik das Sagen hatten. Zum Beispiel im Bundesamt für Aussenwirtschaft, das längst in einem binnenwirtschaftlich dominierten Seco untergegangen ist.

Verhandlungen sind dann effizient, wenn am Schluss nichts mehr auf dem Tisch liegt, das zum gegenseitigen Vorteil gereichen könnte, und wenn klar ist, wer wie viel vom Verhandlungsgegenstand bekommt. Geschickte Verhandler erreichen, dass nichts mehr auf dem Tisch zurückbleibt und dass ihr Land dabei möglichst gut wekommt.

Freisinnig-sozialistische Lösung

In der Vergangenheit hat ein liberaler und kollegialer Bundesrat mit professionellen Diplomaten eine äusserst erfolgreiche Aussen- und Wirtschaftspolitik geführt, die uns Schweizer zu grossen Gewinnern der Globalisierung gemacht hat. Doch seit Anbeginn der Europadiskussion ist dieser Erfolgskurs passé. Wir haben einen Aussenminister, der mit seinen Egotrips vom Ural bis zu den Anden mediale Wirbel entfacht, aber in der zentralen Europafrage kläglich versagt, weil er keine Verhandlungsprofis mehr hat und selber die wesentlichen Punkte der Verhandlungstheorie entweder nicht kennt oder missachtet. Diese sind:

- 1 — Was ist das Ziel? Was ist mein Auftrag?
- 2 — Was ist die Position der Gegenpartei?
- 3 — Wo liegen die gemeinsamen Interessen?

Die Masseneinwanderungsinitiative hat klare Zeichen gesetzt. Wir wollen die überbordende Zuwanderung wieder eigenständig kontrollieren. Wenn weniger als die Hälfte der Einwanderer via den Arbeitsmarkt einreisen, muss man erst das heimische Potenzial voll ausschöpfen, was ohne Verletzung der Personenfreizügigkeit unilateral möglich ist. Stichwort: Barrieren beim Eintritt in den attraktiven Sozialstaat.

Die Position der EU ist ebenso klar. Diese kann angesichts des Brexit und der EU-internen Widerstände gegen unkontrollierte Einwanderung der Schweiz keine offiziellen Zugeständnisse machen, die eine wachsende Anzahl von Mitgliedsländern gerne hätte. Also muss man darüber gar nicht verhandeln. Eine krasse Dummheit des schweizerischen Vorgehens ist die Anerkennung des Europäischen Gerichtshofs in vertraglichen Streitfällen – aber nicht als Urteil, sondern als «Gutachten», das wir dann

umsetzen oder eben halt nicht. Und drittens hätte die Betonung der gemeinsamen Interessen zur Erkenntnis führen müssen, dass eine einseitige Schutzklausel mit Kontingenten die EU niemals dazu veranlasst hätte, die Bilateralen von sich aus zu kündigen. Es gibt wohl kein anderes Land in Europa, das das EU-Recht so pingelig genau umsetzt wie die Schweiz. Die

Schweiz hätte Folgendes klarmachen sollen:

- 1 — Die direkte Demokratie hat uns den Auftrag gegeben, die Einwanderung wieder eigenständig zu handhaben.
- 2 — Natürlich respektieren wir die Bilateralen, aber wir erwarten von der EU Verständnis für eine nicht buchstabengetreue Umsetzung der Freizügigkeit.
- 3 — Natürlich muss die EU das nicht offiziell anerkennen, sondern nur tolerieren – wie übrigens Tausende von Ausnahmen im angeblich vollkommenen Binnenmarkt.

Stattdessen haben wir angsterfüllt eine freisinnig-sozialistische Lösung gewählt, die weder unser Ziel erreichen wird noch die offizielle Zustimmung der EU-Bürokratie gewinnen kann. Wir haben es verpasst, gar nicht zu verhandeln – eine einseitige Lösung eines demokratisch legitimierten Auftrags wäre für uns und die EU viel besser gewesen. Der Verhandlungstisch war von Anfang an leer. Aber das war die Chance und nicht das Problem.



Züge im Nebel

Von Thilo Sarrazin — Die etablierten Parteien in Deutschland haben die Botschaft der amerikanischen Wahlen bisher nicht verstanden.



Das Ergebnis der amerikanischen Präsidentschaftswahlen hat eine Grundgewissheit der politischen Moderne als Wunschdenken entlarvt, nämlich die Annahme, in reifen Industriegesellschaften gebe es grundsätzlich eine Mehrheit der «fortschrittlichen» gegen die «beharrenden» Kräfte. Zu den «fortschrittlichen» Kräften zählen in dieser Betrachtung alle jene, die den Nationalstaat für überholt und mehr Einwanderung kulturell Fremder für grundsätzlich positiv halten. Dazu zählen ferner die Grünen, die Feministen, die Freunde der Homo-Ehe und die Anhänger der Gender-Ideologie.

Trump hat gezeigt, dass sich jenseits dieser Gruppen gesellschaftliche Mehrheiten organisieren lassen. Alle Hinweise darauf, was für eine unmögliche Person Donald Trump sei, welche absurden Positionen er vertrete und dass er sich durch seine Beschimpfungen der Presse und der politischen Gegner selber disqualifiziere, vergrössern seinen Triumph noch: Welche Erfolge müsste er erst haben, wenn man diese Schwächen nicht gegen ihn ins Feld führen könnte? Jene grossen Gruppen in der amerikanischen Gesellschaft, die von Globalisierung und Einwanderung nicht profitieren oder diese ganz einfach nicht mögen, können zusammen mit den Wertkonservativen eine politische Mehrheit erringen – und dies ist ihnen auch gelungen. Das ist die Botschaft der amerikanischen Präsidentschaftswahlen. Die Parallele zum Brexit-Votum ist nicht zufällig.

Die etablierten Parteien in Deutschland machen bislang nicht den Eindruck, als ob sie diese Botschaft verstanden hätten, ganz im Gegenteil:

— Obergrenzen für illegale Einwanderer und Flüchtlinge soll es weiterhin nicht geben.

— Weniger als ein Prozent aller illegalen Einwanderer und Flüchtlinge erhalten nach Abschluss aller Verfahren ein Recht auf Asyl. Aber über 90 Prozent aller illegalen Einwanderer und Flüchtlinge können gleichwohl in Deutschland bleiben, das auf diese Art mehr und mehr zum Sozialamt Afrikas sowie des Nahen und des Mittleren Ostens wird.

— Es gibt keine Ideen dazu, wie man den zu erwartenden Massenzustrom aus Afrika vorbeugend abwehren will oder wie man den Diktator Erdogan als Grenzwächter Europas ab-

lösen kann.

— Ein absolutes Tabu ist die Debatte darüber, dass die ethnische und kulturelle Herkunft auch Integrationswillen und Leistungsbereitschaft von Einwanderern dauerhaft beeinflusst.

Die politische Einigung von Union und SPD auf Frank-Walter Steinmeier als künftigen Bundespräsidenten und die Ankündigung von Angela Merkel, erneut als Spitzenkandidatin der CDU/CSU anzutreten, haben für 2017 immerhin einige Verfahrensfragen ge-



Was, wenn Trump als Präsident erfolgreich politisiert?

klärt. Das Establishment spielt damit auf Zeit:

— Ein Bundespräsident Steinmeier könnte 2022, wenn er dies wollte, erneut kandidieren und bis 2027 Präsident sein. Dies würde ihm niemand streitig machen. Politisch ist er zu trittsicher, als dass sich Ereignisse wie bei Horst Köhler oder Christian Wulff wiederholen könnten.

— Eine bis Herbst 2021 gewählte Bundeskanzlerin Angela Merkel könnte sogar noch eine vierjährige Amtsperiode von Donald Trump überdauern.

— Alle Parteien, ausser der Linken und der AfD, überschlagen sich geradezu in Koali-

tionsangeboten an die Union. Angela Merkel kann wählen, und eine erneute grosse Koalition im Herbst 2017 ist die wahrscheinlichste Lösung. Es ist aber auch ziemlich egal, wer unter Angela Merkel mitregiert. Es wird immer eine ähnliche Politik dabei herauskommen.

Die eigentlichen Herausforderungen werden in Faktoren liegen, die sich dem deutschen Zugriff weitgehend entziehen.

— Was bedeutet es, wenn die Briten ihren Brexit zu einem wirtschaftlichen und politischen Erfolg machen?

— Wie entwickelt sich die Situation in Afrika und dem Nahen und dem Mittleren Osten?

— Was bedeutet das absehbare Scheitern der internationalen Klimapolitik?

— Wie reagiert man, wenn es Trump gelingt, die Einwanderung aus Mittel- und Südamerika mit Erfolg zu drosseln, und er so beweist, dass Mauern eben doch helfen?

— Wird die Bundeswehr neue Divisionen bekommen, wenn Trump das militärische Engagement in Europa drosselt?

Entlastung von unvermuteter Seite

Diese Liste allein wird dazu führen, dass viele jener Wähler Angela Merkel unterstützen werden, die eigentlich eine andere Politik wollen. Auch das ist jedoch keine Gewissheit, wie das amerikanische Beispiel eindringlich vor Augen führt.

Gegenwärtig gibt es in der deutschen Politik nur zwei inhaltliche Alternativen zu Angela Merkel: Sahra Wagenknecht oder Frauke Petry.

Damit sind wir beim Drama der SPD: Niemand braucht eine Ich-auch-Partei wie die SPD, wenn das Original sozialdemokratischer Politik von Angela Merkel repräsentiert wird. Der tiefe Fall der SPD ist noch nicht vorüber. Das ganze Dilemma zeigt sich darin, dass Sigmar Gabriel gegenwärtig mit drei denkbaren sozialdemokratischen Kanzlerkandidaten jongliert, darunter auch er selbst. Die anderen beiden sind Martin Schulz und der Bürgermeister von Hamburg, Olaf Scholz. Der war aber gar nicht gefragt worden, ehe er genannt wurde.

Entlastung für die etablierten Parteien in Deutschland könnte von unvermuteter Seite kommen: Der Spitzenkandidat der französischen Republikaner, François Fillon, hat die Vorwahlen mit einem Programm gewonnen, das für französische Verhältnisse geradezu radikal ist. Er hält traditionelle Familienwerte hoch und hat sich zu Abtreibungsfragen kritisch geäussert. Dem Front national könnte er einen Teil von dessen konservativen Wählern abspenstig machen und so die französische Präsidentschaftswahl gewinnen. Mal sehen, wie die stets bewegliche Angela Merkel darauf regiert.

Thilo Sarrazin ist ehemaliger deutscher Bundesbanker und Bestsellerautor. Er schreibt einmal pro Monat exklusiv für die *Weltwoche* über die deutsche Politik.

Krampfhaft kampfhaf

Von Christoph Mörgeli

Letzten Samstag hat die SP Schweiz ihr neues Wirtschaftspapier verabschiedet. Sie fordert den Klassenkampf, die Überwindung des Kapitalismus, die staatliche Planwirtschaft sowie den Mitbesitz der Angestellten an den Firmen und deren Produktionsmitteln. Das sind exakt dieselben Rezepte, wie sie die SPD 1948 für Deutschland verlangt hat. Nicht auszudenken, welche wirtschaftliche und soziale Katastrophe über Deutschland hereingebrochen wäre, wenn sich damals diese SPD-Rezepte statt der Marktwirtschaft von Ludwig Erhard durchgesetzt hätten.

Doch was kümmern unsere Sozis die Erfahrungen der Lebenswirklichkeit? Sie setzen auf staatliche Preisbindungen, die freie Menschen der Bürokratie, ja dem totalitären Zwang ausliefern. Sie schreien nach Rezepten, die Waren und Güter vom legalen Markt in den Schwarzmarkt verdrängen würden. Die SP-Grössen fordern all dieses nicht, um ihre Mitmenschen glücklicher zu machen. Sondern um ihre Macht auszuweiten und über uns Bürgern die Peitsche zu schwingen. Es wäre die radikalste Vernichtung der Freiheit des Einzelnen. Es wäre die Übertragung der vollen Macht an Regierende, Funktionäre und Gewerkschafter. Der gemütliche Ludwig Erhard wurde bei solch diktatorischen Klassenkämpfen ungemütlich. Er nannte sie fallweise «negative Elemente», «traurige Gestalten» oder «Pinscher».

SP-Präsident Christian Levrat behauptet, er sei durch seine Wahlbeobachtungen in den USA in seinen Rezepten bestärkt worden. Die Antwort auf die Trump-Wahl heisse Klassenkampf. Levrat hätte bei seinem von uns Steuerzahlern finanzierten Trip besser Abraham Lincoln verinnerlicht: «Ihr werdet keine Brüderlichkeit schaffen, indem ihr den Klassenhass schürt. Ihr werdet den Armen nicht helfen, indem ihr die Reichen ausmerzt. Ihr werdet die Schwachen nicht stärken, indem ihr die Starken schwächt.»

Und die Bürgerlichen? Statt der gefährlichen Anmassung der Sozis entschlossen entgegenzutreten, kuschen sie. Und sorgen für ständig noch mehr «flankierende Massnahmen» auf Kosten des liberalen Arbeitsmarktes. Die Bürgerlichen züchten so bedenkenlos kleine Stalins, Castros und Lulas heran – kommunistische Wutkleinbürger, die den Gewinn teilen wollen, ohne die Verantwortung für Verluste zu tragen. An der SP-Spitze sitzen gefährliche Geisterfahrer. Sie finden das Klassenlose klassisch. Und das Kostenlose köstlich.

Der Autor ist Historiker und ehemaliger SVP-Nationalrat.

C wie Cameron und Caroni

Von Peter Bodenmann — Cameron provozierte eine unnötige Abstimmung. Wie Renzi. Beide verloren.



Die «Lex Müller Highlight» braucht keinen Appenzeller zum Verdauen: Ständerat Caroni.

Eigentlich ist das politische System der Schweiz nicht so kompliziert.

Wer eine Volksinitiative lanciert, kann diese mehr oder weniger trennscharf formulieren. Und die direkte Anwendung der geforderten Massnahmen mit reinpacken. Oder alles etwas im Unklaren und Ungenauen belassen.

Wenn es zur Umsetzung einer bewusst schwammig formulierten Volksinitiative ein Gesetz braucht, sind in erster Runde National- und Ständerat am Drücker. Sie machen ein Gesetz.

Dabei geht es nicht immer buchstabengetreu zu und her. Die Alpeninitiative wurde europakompatibel und intelligent umgesetzt. Aus der Lex Weber machte die SVP einen schlecht gereiften Emmentaler Käse.

Es gibt in der Schweiz kein Verfassungsgericht, das die Frage prüft, ob ein Gesetz dem Verfassungstext entspricht oder diesen ritzt. Dies, weil das Volk gegen jedes Gesetz das Referendum ergreifen kann. Das hat sich bewährt.

Eine neue Verfassungsbestimmung braucht zu ihrer Annahme die Mehrheit des Volkes und die Mehrheit der Kantone. Bei Referenden gegen Gesetze braucht es das Ständemehr nicht. Das Volksmehr reicht. Die konservativen Kleinkantone – unsere *swing states* – haben keine Extrawürste zugute.

Verglichen mit den Offside-Regeln beim Fussball, ist das alles relativ schnell und einfach zu begreifen.

Der overschlaue David Cameron liess die Briten konsultativ über den Brexit abstimmen. Obwohl das Volk gar nicht zuständig war und ist. Er wollte mit einer Konsultativabstimmung sich die rechte Konkurrenz vom Hals schaffen. Das hat ihn seinen Hals gekostet. Der nicht minder overschlaue Andrea Caroni will, dass wir die Verfassung ändern, damit diese mit der von National- und Ständeräten nächstens absehbar verabschiedeten «Lex Müller Highlight» kompatibel ist.

Dies, obwohl die Ausgangslage für die verbündeten Freisinnigen und Sozialdemokraten ohne unnötige Verfassungsänderung so komfortabel wie ein Sofa ist. **Sofa 1:** Die Initiative der SVP ist widersprüchlich formuliert. Bewusst und vorsätzlich. Man kann sie so oder anders interpretieren. **Sofa 2:** Die Zuwanderung hat sich – wegen der Politik von Thomas Jordan – faktisch bereits halbiert. So wie dies Adrian Amstutz und This Jenny selig gefordert haben. **Sofa 3:** Die SVP wird gegen die «Lex Müller Highlight» nie und nimmer das Referendum ergreifen. Und wenn, würde sie dieses in Zeiten hoher Unübersichtlichkeiten verlieren. Wie Hofer die Wahl in Österreich. **Sofa 4:** Die Rasa-Initianten werden ihre Initiative zurückziehen. So oder so.

Caroni ist – vorerst noch – schwerbelehrbar. Der Gipser muss dem Juristen Nachhilfeunterricht erteilen.

Der Autor ist Hotelier in Brig und ehemaliger Präsident der SP Schweiz.

Fake News zu Fake News

Von Kurt W. Zimmermann — Man muss nicht jeden Medienfuzz glauben. Das gilt besonders für den Fuzz von den «Fake News».

Wenige Wochen nach den US-Wahlen wissen wir es nun. Letztlich haben die sogenannten Fake News die Wahl für Donald Trump entschieden.

Die Fake News waren Falschmeldungen im Internet. Sie vermeldeten etwa, Papst Franziskus unterstütze Trump.

«Im US-Wahlkampf hat Donald Trump stark von Fake News profitiert», wusste die *Sonntagszeitung*. Über «Propagandahelfer zum Wahlsieg», schrieb der *Spiegel*. Auch im «Medienclub» des Schweizer Fernsehens debattierte man ausgiebig über Fake News und ihre Folgen.

Zuerst einmal bleibt es rätselhaft, warum Hunderttausende in entscheidenden Staaten wie Michigan, Ohio und Iowa deswegen plötzlich Trump gewählt haben sollen. Sie taten es, weil ein gewisser *Mr. Pope in Rome, Italy*, für ihn gewesen sein soll? Michigan, Ohio und Iowa sind zutiefst evangelisch.

Egal, mit solchen Finessen mochten sich die Medien nicht abgeben. Sie griffen nach jedem Strohalm, der ihr kollektives Versagen rund um die US-Wahlen erträglicher machte.

Noch rätselhafter aber ist, wie die Story über die Fake News überhaupt zustande kam.

Als Erstes berichtete BuzzFeed über das Fake-News-Phänomen. BuzzFeed ist das Online-Portal, das mit seinen Katzenvideos bekannt wurde. BuzzFeed schrieb, in der mazedonischen Kleinstadt Veles sei eine Fake-News-Industrie entstanden. Dort würden «mindestens 140 politische US-Websites» betrieben, unter Namen wie *Worldpoliticus.com* und *Trumpvision365.com*.

Betrieben würden die Sites von mazedonischen Teenagern, die dort Falschmeldungen im Sinne Trumps produzierten, um an ein bisschen Werbegeld heranzukommen. BuzzFeed zitierte dazu etwa einen anonymen «16-jährigen Mazedonier». Echte Belege für die steile These gab es nicht.

Egal, sofort stürzten sich alle Journalisten auf die Geschichte, schrieben sie bei BuzzFeed ab und schickten sie um die Welt. Natürlich überprüften sie die Story in keiner Weise. Auch die Schweizer sprangen auf. Mit ihren «Falschmeldungen zum Wahlkampf», fabulierte etwa die *NZZ* über die jugendlichen Mazedonier, «generierten sie ein beträchtliches Einkommen».

Dann machten sich immerhin ein paar Reporter nach Veles auf. Dummerweise stiessen sie auf keine Teenager, die Trump-Stories fälschten. Stattdessen fanden sie heraus, dass



Steile Thesen.

in Veles das Internet nicht richtig funktionierte.

Der US-Sender ABC fand in Veles schliesslich einen anonymen «Alex». Der erzählte, er habe mit seinen Fake News ein paar hundert Dollar an Google-Werbegeldern bekommen. Die BBC spürte einen anonymen «Goran» auf. Er erzählte davon, dass er mit Fake News zu etwas Geld gekommen sei, das er «in Kleider und Drinks» investiert habe. Channel 4 spürte einen anonymen «Viktor» auf. Als der Reporter ihn auf offener Strasse anging, stellte sich blöderweise heraus, dass Viktor kein Wort Englisch sprach.

Wenn man die Methoden der Medien kennt, dann kann man vom Naheliegenden ausgehen. Die Teenager Alex, Viktor und Goran sagten in Mazedonien aus einem simplen Grund genau das ins Mikrofon, was die angereisten Reporter hören wollten. Sie bekamen dafür ein Taschengeld.

Um die Story aus Veles mangels Beweisen doch noch zu retten, verfielen die Medien nun auf eine neue Verschwörungstheorie. Die Fake-Sites aus Veles würden nach der Wahl schnell wieder verschwinden, um keine Spuren zu hinterlassen. Auch das war falsch. Seiten wie *Worldpoliticus.com* und *Trumpvision365.com* gibt es immer noch. Sie sind als konservative US-amerikanische Blogs deklariert.

Das meiste an den News von den Fake News aus Veles waren Fake News.

Vergessen

Von Beatrice Schlag — Das Kreuz mit den Namen.

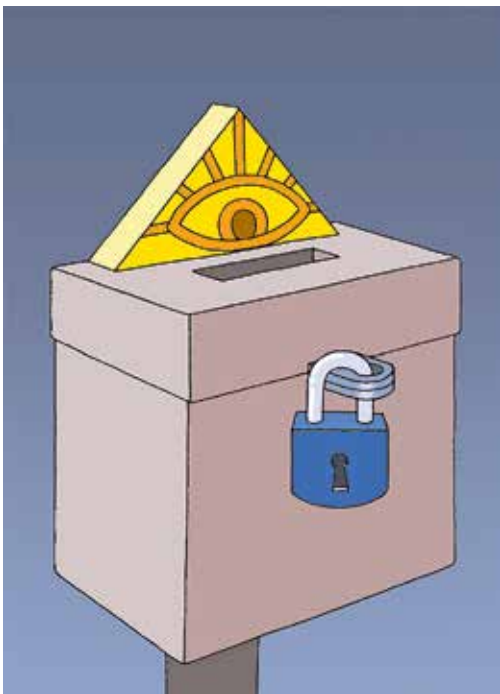
So um vierzig begann meine Mutter, mich abwechselnd Papi, Meni, Nico, Marco oder Nella zu nennen, bevor ihr mein Name einfiel. Mit den andern fünf, alle zum familiären Kern gehörend, war es das Gleiche. Wir hielten es für einen netten Tick. Die Angst vor Demenz klebte noch nicht in jedem Hirn. Nach meinem Umzug in die USA erzählte ich einer amerikanischen Freundin, dass mich im Supermarkt auch wildfremde Menschen grüssten, was in der Schweiz nicht so ist. Sie runzelte die Stirn. Aber auch, als wir zusammen einkaufen gingen, wurde ich häufig von Unbekannten gegrüsst. Sie erklärte mir den Grund: Es sei in den USA unhöflich, Unbekannten länger als eine Sekunde ins Gesicht zu sehen, der Blick müsse unverzüglich weiterschweifen. «Du schaust zu lange. Sie grüssen, weil sie glauben, sie müssten dich kennen. Aber es kommt ihnen kein Name in den Sinn, nur die Angst vor Alzheimer. Also grüssen sie hastig, um ihre vermeintliche Vergesslichkeit zu tarnen.»



Inzwischen hat jeder Angst vor Alzheimer. Das Wort fällt in jeder Runde von Leuten über vierzig mehrmals an einem Abend. Und es sind die vergessenen Namen, die einen als Erstes in Panik versetzen. Wer spielte die Blonde mit der Augenklappe in «Kill Bill»? Wie hiess der Kollege, der im Büro schräg gegenüber sass? Wie die kürzlich weggezogene Nachbarin, die man nun wirklich gut kannte? Ab 45 wird das Gedächtnis schlechter, sagen die Wissenschaftler, wegen Multitasking, Stress, Medikamenten, Schlafmangel, Infektionen, Bluthochdruck oder Diabetes. Auf wen trifft nicht irgendetwas davon zu? Der Satz «Moment, es fällt mir gleich ein» ist leider eine Illusion, weil der Name frühestens auf dem Heimweg plötzlich wieder da ist. Es bedeutet meist nicht Alzheimer, sondern einfach Alter. Es hat einem nur keiner gesagt, dass es so früh anfängt damit und dann mit keinem Training zurückzuholen ist. Dass mit dem Gehirn ernsthaft etwas nicht stimmt, sagen die Wissenschaftler, erkenne man unter anderem daran, dass Menschen zornig werden, wenn man sie auf ihr Gedächtnis anspreche. Das kann nicht sein. So viel Alzheimer gibt es nicht wie Leute fern der Rente, die richtig verbissen nach Namen fahnden, die ihnen fast, aber eben nur fast auf der Zunge liegen.

Darf man das?

Leser fragen, die *Weltwoche* antwortet



Darf man im Beichtstuhl ein moderates Trinkgeld hinterlassen, wenn die auferlegte Busse milder ausgefallen ist als befürchtet?

Marcus H. Bühler, Zug

Trinkgelder für Pfarrer und Pfarrerinnen sind nicht üblich. Im Beichtstuhl würden sie zudem einen falschen Anreiz setzen. Der Beichtvater würde vielleicht versuchen, durch milde Bussen hohe Trinkgelder herauszulocken. Er könnte sogar auf die Idee kommen, sich auf Schwerverbrecher zu spezialisieren, weil bei denen die milde Busse am meisten wert ist. Damit wäre der Ablasshandel wieder voll im Gange. Ihre Dankbarkeit für die milde Busse können Sie jedoch mit einer Spende zum Ausdruck bringen. Geeignet wäre ein diakonisches Werk fernab Ihrer Beichtkirche, damit die Linke nicht weiss, was die Rechte tut. Das gilt übrigens auch für Protestanten. Sie beichten öfter direkt zu Gott, und der Allmächtige nimmt ja auch kein Trinkgeld.

Peter Ruch, ev. Pfarrer, Küssnacht am Rigi

Ihre Fragen zum modernen Leben mailen Sie uns bitte an darfmandas@weltwoche.ch. Oder schreiben Sie an Redaktion *Weltwoche*, Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich. Jede veröffentlichte Zuschrift wird mit einem *Weltwoche*-Abonnement honoriert. Nicht veröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

Leserbriefe

«Es ist Aufgabe des Staates, den Bürger vor Gefahren zu schützen, aber nicht, ihn von seiner Verantwortung zu befreien.» Dr. Alfred Ribi

Anspruch und Glaubwürdigkeit

Nr. 48 – «Alles Müller oder was?»; *Weltwoche*-Autoren über den FDP-Präsidenten

Die Frage, ob man Philipp Müller als Alfred E. Neumann karikieren dürfe, ist vermutlich falsch gestellt. Wäre es nicht wichtiger gewesen zu fragen: «Wie wirkt das?» Für den neutralen Betrachter nämlich in erster Linie ziemlich pubertär. Bei diesem *Weltwoche*-Titelblatt ist nicht ganz klar, welche Aussage damit gemacht werden soll, ausser dass Philipp Müller doof ist und dass die Redaktion sich das *Mad* zum Vorbild nimmt. Da man annehmen sollte, dass der Anspruch an den Inhalt sowie das Zielpublikum der beiden Zeitschriften grundlegend verschieden sind, untergräbt dieses Cover eher die Glaubwürdigkeit der *Weltwoche*, als dass die Provokation inhaltlich greift. Wie dem auch sei: Auch mir ist natürlich klar, dass man diese umwerfend gut gelungene Karikatur auf irgendeiner Frontseite platzieren musste. Danke, dass sich die *Weltwoche* für solche Blödeleien hergibt!

Reto Lamprecht, Zürich

Es ist leider so, dass es unter Politikern, unabhängig von Links-rechts-Klischees, zu wenige authentische und mit Weitsicht ausgestattete Persönlichkeiten gibt. Deshalb werden unsere Entscheidungsgremien von geschwätzigen Politbürokraten und Parteisoldaten dominiert, die uns auf ein ideologisches Glatteis führen. Georg Smehil, Vaduz

Das ganze Theater um die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative hat klar zu Tage gefördert, dass sich die FDP zu einer ganz gewöhnlichen Linkspartei entwickelt hat. Sie vergisst dabei, dass die Bürger dann doch lieber das Original, sprich die SP, wählen. Mit anderen Worten: Die FDP Schweiz wird den Weg der deutschen FDP gehen und zu einer Marginal-Partei absteigen.

Meinrad Lacher, Wangen

Unpassende Verehrung

Nr. 48 – «Der letzte Caudillo»; Alex Baur über Kuba und den Castro-Clan

Fidel Castro hat zwar einen brutalen Diktator gestürzt, ist danach aber selber zu einem geworden. Statt wie versprochen aus Kuba eine Demokratie zu machen, hat er eine sozialistische Diktatur geschaffen. Deshalb verstehe ich die Verehrung, welche ihm von Demokraten nach seinem Tod nun zuteil wird, in keiner Weise. Kuba war – wie jede Diktatur – ein Unrechtsstaat. Pascal Merz, Sursee



«Ziemlich pubertär»: *Weltwoche*-Titel.

Kein Leben ohne Risiko

Nr. 47 – «Wenn der Staat die Banken führt»; Beat Gygi über die Finma

Wo ist die Finanzmarktaufsicht (Finma) gewesen, als 2008 eine Bankenkrise ausbrach? Niemand hat diese vorhergesehen! Man kann sich also nicht einfach bis ans Lebensende vor einem Risiko schützen und sich in Sicherheit wiegen, sondern man muss sich des Risikos bewusst sein und es ertragen, aushalten. So ist es im ganzen Leben.

Das Bundesamt für Gesundheit versucht, die Bürger vor Krankheiten zu schützen. Das ist eine Fehllhaltung, denn jeder Bürger ist für seine Gesundheit selber verantwortlich. Die Aufgabe des Bundesamtes ist es, die Bürger auf Gefahren aufmerksam zu machen, etwa wenn Epidemien ausbrechen könnten, aber es muss nicht die Zuckerwürfel halbieren, damit die Bevölkerung weniger Zucker zu sich nimmt, und so ein Programm zur Prävention von Diabetes machen. Wir kommen nicht darum herum, dem Bürger in einem Staat die Verantwortung für seine Entscheidungen zu überlassen. Wir dürfen sie ihm nicht wegnehmen, ihn damit nicht infantil machen, sondern müssen ihm zutrauen, dass er sich seiner Risiken bewusst ist, denn der Sinn des Lebens ist ja, dass wir bewusster werden.

Es ist Aufgabe des Staates, den Bürger vor Gefahren zu schützen (Armee, Polizei), aber nicht, ihn von seiner Verantwortung zu befreien.

Dr. Alfred Ribi, Spezialarzt für Psychiatrie und Psychotherapie FMH, Erlenbach

Unbequem, aber nötig

Nr. 48 – «Falsches Jobwunder»; Beat Gygi über die Personenfreizügigkeit

Wann endlich merken die Menschen, dass der Markt von Angebot und Nachfrage lebt? Auch der Arbeitsmarkt notabene. Wenn Arbeitsstellen rar sind und Arbeitssuchende in grosser Zahl auftreten, sinken die Löhne und werden ältere Arbeitnehmer durch billigere junge ausgetauscht. Dank Personenfreizügigkeit und unbeschränkter Zuwanderung ist dies möglich. Umgekehrt, wenn die Stellensuchenden rar sind und das Stellenangebot gross ist, so steigen die Löhne, und es braucht man die älteren Mitarbeiter so lange als möglich. Die Unternehmen sind gezwungen, in Produktivitätssteigerung und Innovation zu investieren. Es macht die Wirtschaft zwangsläufig fitter. Natürlich wandern dann Produktionsunternehmen ins billigere Ausland ab. Es ist aber nur eine Frage der Zeit, bis auch sie merken, dass sie besser in die Produktivitätssteigerung und Innovation investiert hätten. Sie werden über kurz oder lang den effizienteren und fitteren Unternehmen unterlegen sein. Das Ziel der Unternehmen in hochindustrialisierten Staaten mit Wohlstand und Sozialnetzen muss die Erhöhung des erzeugten Mehrwerts sein. Dies erreicht man durch Effizienzsteigerung und Innovation im Bereich neue Begehrlichkeiten. Das setzt vor-

aus, dass wir uns vom Herstellen des Notwendigen verabschieden und es jenen Ländern überlassen, welche das Notwendige erst einmal ihrer Bevölkerung garantieren müssen. Deshalb ist es auch absurd, in Hochlohn- und Hochpreisländern das Notwendige mittels Subventionen herzustellen und es dann noch möglicherweise jenen Ländern verbilligt anzubieten, welche dies mit ihrer eigenen Wirtschaft erfüllen sollten. Dieser falsche Freihandel erzeugt Armut und Emigration. Es wäre gut, wenn die Schweiz mit ihrer Masseneinwanderungsinitiative die Weichen anders stellen würde und der Wirtschaft damit den richtigen Weg aufzwingen könnte. Das mag unbequem sein. Aber gerade mit dieser Herausforderung können sich die wahren Unternehmer von den bequemen unterscheiden. Die Verbilligung der Produkte ist noch kein Garant für höheren Mehrwert. Es ist die höhere Begehrlichkeit, welche höhere Preise erzielt. Wir können aber auch abwarten, bis uns die Chinesen das vormachen, was von uns zu erwarten wäre. *Werner Abt, Basel*

Realitätsverweigerung

Nr. 47 – «Das Ende der Aussenantennen»; Kurt W. Zimmermann über die SRG

Die zwangsgebührenfinanzierte SRG passt sich immer mehr dem Trend in der EU an, tendenziösen und oberflächlichen Boulevard-Journa-

lismus zu betreiben. Es gibt nur noch Symptombekämpfung, den Ursachen der politischen Entwicklung wird nicht mehr nachgegangen. Die Denkweise wird vorgegeben, und wer davon abweicht oder gar Kritik übt, wird rasch als Populist verunglimpft. Gerade elitäre Kreise reklamieren für sich Anstand und «europäische Werte» wie Weltoffenheit, Meinungsfreiheit und Respekt vor dem Andersdenkenden, sind aber selbst nicht bereit, diese Werte auch vorzuleben. Dies zeigt auf, wie abgehoben und weit entfernt vom Volk diese Elite und ihre Medien sind, mehr Realitätsverweigerung geht nicht. *Sophie und Josef Stuber, Buonas*

Leserbriefe

Wir freuen uns über Ihre Zuschriften. Je kürzer Ihr Brief, desto grösser die Chance, dass er veröffentlicht wird. Darüber hinaus muss er sich klar auf einen in der *Weltwoche* erschienenen Artikel beziehen. Die Redaktion behält sich vor, Kürzungen vorzunehmen. Leserbriefe ohne Angabe von Name und Wohnort werden nicht publiziert. Postadresse: Redaktion *Weltwoche*, Förllibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich.
E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch

HUBLOT



**CLASSIC FUSION
AEROFUSION MOONPHASE**



HUBLOT

BOUTIQUES
GENEVE • GSTAAD • LUZERN
ZURICH • ZERMATT



Der Reiz des Kraftausdrucks: Müller, Gössi.

Rechts blinken, links abbiegen

Nicht alle Freisinnigen kommen mit dem wendungs- und windungsreichen Kurs der Parteiführung klar. Erleben wir bei der FDP eine Fahrt ins Irre oder einen Schleuderkurs der Selbstfindung?

Von Hubert Mooser

Es gibt seltsame Zufälle: Als Philipp Müller vom Regionalsender Tele M1 zu seinem Widerstand gegen die CVP-Lösung bei der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative (MEI) befragt wurde, meinte der Aargauer Ständerat: Mit dieser Lösung passiere gar nichts, weil sie erst einsetze, wenn die Zuwanderung einen hohen Schwellenwert überschritten habe. Und er präziserte: «Das ist eine Volksverarschung.» Letzten Samstag eiferte die neue Parteichefin Petra Gössi ihrem früheren Mentor in einem Interview mit dem *Tages-Anzeiger* nach und sprach, ebenfalls auf den Vorschlag der CVP bezogen, wie Müller von einer «Verarschung» des Souveräns.

Wenn es noch einen Beweis brauchte, wer in der FDP derzeit die Fäden zieht, dann haben ihn Müller und Gössi jetzt definitiv erbracht. Müller gibt holzschnittartig und in seinem leidlich bekannten Baustellenslang den Kurs vor, und seine gelehrige Schülerin Gössi übernimmt Wortwahl und Tonalität und unterstützt jede politische Pirouette Müllers. Eine

kleine Differenz gibt es doch: Gössi lacht häufig und gerne, wenn sie mit Journalisten redet, auch wenn das Gespräch gar nicht lustig ist, wie in ihren Erklärungen gegenüber der *Weltwoche* zur übertriebenen Attacke gegen die harmlose CVP. Nicht alle hätten das Konzept der FDP verstanden, sagt Gössi, es sei darum wichtig gewesen, dass sie dieses noch einmal erklärt habe.

Arbeitslose aus der EU

Was um Himmels willen soll an Müllers Konzept schwerverständlich sein? Der frühere Parteichef will, entgegen früheren Ankündigungen, den neuen Verfassungsartikel 121a, der eine selbständige Steuerung der Zuwanderung verlangt, nicht umsetzen – obwohl in Müllers Heimatkanton Aargau dieser Verfassungsartikel mit 55 Prozent, in Gössis Kanton Schwyz sogar mit über 63 Prozent Ja-Stimmen deutlich angenommen wurde. Aber die Parteispitze tut so, als habe es nie ein Ja zur MEI gegeben.

Nach dem Beschluss des Nationalrats unter Führung des linksorientierten Freisinnigen

Kurt Fluri, auf Steuerungsmassnahmen zu verzichten und stattdessen nur eine freiwillige Stellenmeldepflicht einzuführen, hat der Ständerat unter der Ägide Müllers die Vorlage zum Bürokratiemonster aufgeblasen – mit einer Begründungspflicht für Unternehmen, wenn sie die Anstellung eines vom Regionalen

Selbst mit Fantasie kann man sich nicht vorstellen, wie die Regelung die Völkerwanderung stoppen soll.

Arbeitsvermittlungszentrum (RAV) zugewiesenen Stellensuchenden ablehnen. Aus dem Inländervorrang konstruierte Müller mit seinen neuen linken Freunden einen Arbeitslosen- und Ausländervorrang. Auch Stellenbewerber aus EU-Staaten dürfen sich bei den RAV melden und werden von diesen präferenziell vermittelt.

Letzten Montag hat der Nationalrat für eine etwas mildere Form von Müllers Vorschlag

gestimmt. Er hat die Begründungspflicht gestrichen. Der Inländervorrang, der kein Inländervorrang mehr ist, soll zudem nur für Berufsgruppen mit erheblicher Arbeitslosigkeit gelten – bei einer Arbeitslosenquote von 10 bis 15 Prozent, wie FDP-Fraktionssprecher Matthias Jauslin betonte. Und die Massnahmen sind zudem zeitlich beschränkt.

Selbst mit viel Fantasie kann man sich nicht vorstellen, wie eine Regelung, die Tür und Tor öffnet für Arbeitslose aus dem gesamten EU-Raum, die Völkerwanderung in Richtung Schweiz stoppen soll. Unter Müllers Zepter ist aus dem Verfassungsartikel, der die Zuwanderung aus den EU-Staaten in Richtung Schweiz abbremsen wollte, ein Wiederbeschäftigungsprogramm geworden für Arbeitslose aus dem ganzen EU-Raum. «Die freisinnigen Vorarbeiter haben die Vorstellungen der Gewerkschaften emsig und beflissen umgesetzt», sagt SVP-Nationalrat Gregor Rutz. Oberste Maxime ist bei der angeblichen MEI-Umsetzung ein gutes Einvernehmen mit den EU-Technokraten in Brüssel.

Dass sich ausgerechnet die FDP an vorderster Front zusammen mit den Gewerkschaften für bürokratische Leerläufe starkmacht, irritiert nicht bloss Vertreter der SVP. Das MEI-Nichtumsetzungskonzept widerspricht diametral allem, was die FDP und ihr langjähriger Präsident Müller bisher vertreten haben. Und wäre die Begründungspflicht für Unternehmer im Differenzbereinungsverfahren nicht gestrichen worden, es hätte FDP-intern wohl mehr als ein bisschen rumort.

«Es ist fast schon spektakulär»

Eigentlich hätte die Partei auch so schon alle Ingredienzen beisammen für eine existenzielle Krise: Die FDP ist bei wichtigen Entscheiden wie eben bei der Umsetzung der MEI oder bei der Energiestrategie durch diffuse Positionen konturlos geworden. Sie hat nur schon in der parlamentarischen Beratung dreimal ihr Konzept abgeändert. Sie hat zwar seit den Wahlen 2015 mit Petra Gössi eine neue Präsidentin, aber nach wie vor schielen alle auf den früheren Präsidenten Philipp Müller. Und dann hat sich die Partei mit einer aus Sicht der FDP schrecklich linken SP von Chefgenosse Christian Levrat verbündet. Das reichte normalerweise für einen parteiinternen Bürgerkrieg. Aber die Vertreter der Wirtschaftspartei lassen sich brav von ihrem früheren Präsidenten unter der Knute halten. «Es ist fast schon spektakulär», sagt ein Nationalrat der Grünen, «wie es die Partei unter Müller und Gössi bisher geschafft hat, dass ihr Zickzackkurs keine negativen Auswirkungen zur Folge hatte.»

Aber rechts blinken und links abbiegen, wie das zurzeit bei der MEI von der Parteispitze praktiziert wird – damit kommen nicht alle FDPler klar. Der Aargauer Nationalrat Thierry Burkart hätte lieber eine Umsetzung, die näher

an den ursprünglichen Zielen der Verfassung liegt. Mit der gegenwärtigen Lösung, wie sie der Nationalrat am Montag beschlossen hat, kann er nicht viel anfangen. Auf gleicher Linie politisieren der Genfer Benoît Genecand oder der St.Galler Walter Müller. Auch der Zürcher Hans-Peter Portmann ist unzufrieden. «Es wäre ehrlicher, wir würden dem Stimmvolk zwei Varianten unterbreiten: Zuerst ein verfassungsnahes Umsetzungsgesetz, und in einem zweiten Schritt eine Abänderung des Verfassungsartikels, bei dessen Annahme der Weg frei für ein Gesetz würde, ohne vertragsbrüchig werden zu

Die FDP-Vertreter machen inklusive der sonst eher konservativen Gössi gute Miene zum bösen Spiel.

müssen.» Ständerat Andrea Caroni hat Einwände, weil der Vorschlag zu weit weg von der Verfassung ist, wie er schon mehrfach betonte.

Dann gibt es andere, die zwar Bedenken haben, aber die gleichzeitig finden, «diese Kröte müsse man jetzt schlucken», wie die Aargauer Nationalrätin Corina Eichenberger. Mit diesem Umsetzungsvorschlag könne man der EU den Wind aus den Segeln nehmen und die Forschungszusammenarbeit mit der EU, «Horizon 2020», sicherstellen. Der Direktor des Schweizerischen Gewerbeverbandes, Hans-Ulrich Bigler, kann mit der Umsetzungsvorlage Müller leben, nachdem die Begründungspflicht für Unternehmen wieder gestrichen worden ist.

Mit anderen Worten: Die FDP-Vertreter machen inklusive der sonst als liberal und eher konservativ geltenden Präsidentin Gössi gute Miene zum bösen Spiel. Denn noch befindet sich die Partei im elektoralen Aufschwung. Bei den Parlamentswahlen im Oktober 2015 erzielte sie leichte Zugewinne, bei den bisherigen kantonalen Wahlen konnte sie ihre Positionen festigen und teilweise ausbauen. Dann wirkt noch das eiserne Regime der früheren Fraktionschefin Gabi Huber nach. Die Innerschweizerin setzte eine strikte Parteidisziplin durch. Allerdings ging es damals gegen linke Abweichler und nicht gegen jene Kreise, die einen offiziellen liberalen und vor allem wirtschaftsfreundlichen Kurs fahren.

Diffuse Positionen

Bei der Glaubwürdigkeit ist die Partei dagegen im Abschwung. Mit Petra Gössi hat die Partei zwar eine junge Parteipräsidentin, die sich aber nicht aus dem Schatten ihres Vorgängers lösen kann. Und dieser hält mit seinen politischen Pirouetten Parteispitze und Partei in Geiselschaft. Ein Beispiel: Als Parteichef gab Müller immer dann Gas, wenn es gegen seine damaligen politischen Hauptgegner, die SP, ging. «Wir haben es in der Schweiz verbal und inhaltlich mit der linksten Sozialdemokratie in Europa zu tun», pflegte Müller zu sagen. Und als der frü-

here CVP-Parteipräsident Christophe Darbellay allzu offensichtlich mit Levrats SP kuschelte, rieb er diesem bei jeder sich bietenden Gelegenheit unter die Nase, er sei für eine parteitaktische Kungelei in der Mitte nicht zu haben.

Jetzt hat sich Müller selber aus Parteitaktik an Levrats Brust geworfen. Mit einer Lebenslüge versuchen die Freisinnigen das parteipolitische Dilemma schönzureden, in das sie Müller gebracht hat: Man müsse die Bilateralen retten, verkünden die Freisinnigen im Chor.

Durchschnaufen können die Freisinnigen nach dem von ihnen fabrizierten MEI-Skandal nicht. Mit der Energiestrategie wartet schon die nächste Belastungsprobe auf Müller und Gössi. Die Positionen der FDP sind ähnlich diffus wie in den letzten Monaten beim helvetischen Psychodrama um die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative. Aus vollen Rohren schossen Freisinnige 2011, als die CVP nach dem Unglück im fernen Fukushima den Atomausstieg beschloss und mit der Linken ein Päckli schnürte. Die Energiestrategie 2050 ist das Resultat dieser Zusammenarbeit – in der bürgerlichen und vor allem freisinnigen Logik ein planwirtschaftliches Projekt zur Lenkung der Energiemärkte. Jedem soliden Vertreter der Wirtschaftspartei müssten sich hier eigentlich die Nackenhaare sträuben.

Aber die Partei taktiert auch hier wieder. Ein Einziger bekennt offen Flagge, Benoît Genecand, der im Referendumskomitee sitzt. «Anfänglich gab das ein bisschen zu reden», sagt der Genfer. Aber er habe von der Parteileitung keine Kritik einstecken müssen. Solange die Parteileitung nicht selber unter Beschuss gerät, werden die Abweichler toleriert. Und im schlimmsten Fall kann man auch hier eine Entlastungsattacke gegen die CVP oder die SVP inszenieren – um von den eigenen Unzulänglichkeiten abzulenken. ○



Streichen!

Nirgends lasse sich in der Bundesverwaltung sparen. Das behaupten der Bundesrat und die Mehrheit des Parlaments. Ein paar Vorschläge, um die Arbeit mit dem Rotstift zu beginnen.

Von Markus Schär

«Sagen Sie uns, worauf Sie tatsächlich verzichten wollen», forderte Bundesrat Ueli Maurer die Nationalräte auf, als sie um das Budget für das nächste Jahr stritten. «Dann können wir diese Stellen einsparen.» Allerdings warnte der Finanzminister – loyal gegenüber dem Bundesratskollegium – gerade seine Parteifreunde von der SVP, die Sparanträge stellten: «Das Kürzungspotenzial ist, wenn man dann das Detail betrachtet, nicht so gross, wie man das auf den ersten Blick vermuten würde.» Der Finanzminister irrt: Wer das Budget durchblättert, entdeckt Millionen von Franken, die sich ohne Schaden streichen liessen, und, wer die Details anschaut, noch vieles mehr. Ein paar Beispiele:

Gleichstellung für Bürokratinnen — «Unnötig, falsch und nervend» fand die Finanzkommission des Nationalrats, dass das Eidgenössische Büro für Gleichstellung mit Stichproben prüft, ob die Zulieferer des Bundes sich an die Lohngleichheit der Geschlechter halten. Sie schlug deshalb vor, das Budget des Büros mit vierzehn Angestellten von 5 auf 4 Millionen Franken zu kürzen. Im Rat sprachen sich die Linke, die CVP und die Hälfte der FDP dagegen aus. Denn so könne das Büro seine Aufgaben nicht mehr erfüllen, also auch nicht mehr gegen die häusliche Gewalt kämpfen. Was macht es denn da eigentlich? Es wendet sich mit Infoblättern dagegen, «Paargewalt als Problem gewisser Nationalitäten oder Kulturen zu erklären». Es fordert gleichzeitig Kampagnen, um «die Sensibilisierung der Migrant/-innen bezüglich der Thematik anzustreben». Und es führt eine «Toolbox Häusliche Gewalt» – mit Dutzenden von Angeboten, von Amnesty International über die Schweizerische Staatsanwältinnen-Konferenz bis hin zu den Beratungsstellen für Opfer oder auch für «Gewaltausübende» (geschlechtsneutral!), die es in allen Kantonen gibt. Das heisst: Das Büro für Gleichstellung macht eine Übersicht, was andere machen. Und wenn es selber etwas macht, dann macht es mehr davon. Sparpotenzial: 5 Millionen.

Beschäftigungstherapie beim Bund — Was geht es den Staat an, ob die Leute Sport treiben? Die Verfassung sieht nur vor, dass der Bund Vorschriften über den Jugendsport erlassen kann.

Und im Entwurf für ein Sportförderungsgesetz von 2009 wies der Bundesrat darauf hin, dass er bei den Erwachsenen am «Primat des privaten Engagements» festhalte. Trotzdem forscht das Bundesamt für Sport (Baspo), ob sich die Menschen hierzulande genug bewegen. (Ja, «die Schweizer Bevölkerung ist sportlich»; schon mehr als die Hälfte treibt mehrmals wöchentlich Sport, und dieser Anteil nimmt weiter zu.) Und ein Breitensportkonzept, das jährlich 32 Millionen Franken kosten soll, eifert: «Für alle Altersgruppen und Bevölkerungsgruppen sind spezifische Angebote für niederschwellige Sport- und Bewegungsangebote zu schaffen» (als ob es nicht in jedem Dorf Turnhallen, Laufstrecken, Fussballplätze, Schwimmbäder gäbe), selbstverständlich auch «spezifische Förderstrukturen für besonders vulnerable Bevölkerungsgruppen» wie Migrantinnen aus anderen Kulturkreisen. Diesmal trifft aber die Bundesverwaltung keine Schuld am Aufblähen des Staates (von ihrem Lobbyieren beim Parlament mal abgesehen). Das Fördern des Erwachsenensports – koste es, was es wolle – forderte 2013 die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrats. Der Bundesrat wehrte sich gegen die Motion; der Nationalrat setzte sie mit 169 zu 5, der Ständerat gar mit 40 zu 0 Stimmen durch. Sparpotenzial: 10 Millionen (aktuell) – 30 Millionen (budgetiert).



Ueli Maurer.

«Sagen Sie uns, worauf Sie tatsächlich verzichten wollen».

Beamte unter Naturschutz — «Vor 150 Jahren gab es in der Schweiz keine Rothirsche, Steinböcke und Wildschweine mehr», schreibt Franziska Schwarz, Vize-Direktorin des Bundesamtes für Umwelt (Bafu), im amtseigenen Magazin *Umwelt*. «Die Biber und sämtliche Grossraubtiere waren ausgerottet.» Diese «massive Biodiversitätskrise in der Schweiz» liess sich in den letzten Jahrzehnten überwinden, «dank Engagement des Bundes» – heute kämpft die Politik mit den Folgen von zu vielen Bibern, Wölfen oder Wildschweinen. Doch offenbar nützte alles Engagement des Bundes nichts, denn das Bafu schlägt auf seiner Website Alarm: «Die Hälfte der Lebensräume und ein Drittel der Arten sind bedroht.» Das müssen sie sein, sonst geht dem Bundesamt die Arbeit aus. Der Bundesrat schickte letztes Jahr eine «Strategie Biodiversität Schweiz» in die Vernehmlassung, die jährlich 210 Millionen

Franken kosten würde. Die Kantone lehnten die teuren Pläne rundweg ab. Aber statt die Abteilung zu schliessen, stellte das Bundesamt die Lobbyisten von Furrerhugi an, um bei Parlamentariern zu weibeln. Das Magazin *Umwelt*, das pro Ausgabe 180 000 Franken kostet, soll es, mit einem Budget von 1,3 Millionen Franken, künftig auch online geben – zusätzlich. Sparpotenzial: 10 Millionen (aktuell) – 200 Millionen (budgetiert).

Energiesparen, leichtgemacht — Wohin mit den Brennstäben aus den Atomkraftwerken? 1972 gegründet, kümmert sich die Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle (Nagra) darum, Standorte für Endlager zu suchen. Aufgrund des Kernenergiegesetzes, das seit 2005 gilt, muss der Bund dieses Entsorgungsprogramm prüfen und an den Standorten, die seit 2008 als geeignet gelten, für die «regionale Partizipation» sorgen. Daran werkelte seit zehn Jahren Michael Aebersold mit der Sektion «Entsorgung radioaktive Abfälle» – eine Lösung ist nirgends in Sicht. Immerhin konnte der Bürokrat dank ruhiger Staatsstelle mit hohem Lohn seine Politkarriere fördern; seit 2012 führte er die SP-Fraktion im Berner Grossen Rat (und Stefan Jordi, Leiter Regionale Partizipation, trat seine Nachfolge als Präsident der SP Stadt Bern an). Jetzt schaffte Michael Aebersold die Wahl in die Stadtberner Exekutive, den Gemeinderat. Die Lücke, die er hinterlässt, ersetzt ihn. Sparpotenzial: 5 Millionen.

Ernährungsberatung vom Staat — Was taten die Schweizer, bevor sie der Bund das richtige Essen lehrte? Die Abteilung Lebensmittel und Ernährung im jüngsten Bundesamt, jenem für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (BLV), teilt sich auf in vier Fachbereiche. «Marktzutritt» kümmert sich um den Import, «Lebensmittelhygiene» macht Vorschriften, und «Lebensmittelüberwachung» gibt die Erkenntnisse der kantonalen Kontrolleure weiter: Ein dreiköpfiges Medienteam warnt alle paar Tage vor Pestiziden in asiatischen Gewürzen, vor Brandgefahr bei Kinderkostümen für die Fasnacht oder vor nichtdeklarierten Milchproteinen in Marzipankugeln und Kürbiskernen. Am wichtigsten aber ist «Ernährung»: Der Fachbereich «leitet die Erarbeitung und die Umsetzung der Schweizer Ernährungsstrategie, fördert damit die gesunde Ernährung mit sicheren Lebensmitteln und trägt zur Verbesserung der Ernährungssituation in der Schweiz bei». Wie



Sparpotenzial: 70 Millionen Franken – bitte, gern geschehen.

tut er das? Er rät zu einer «ausgewogenen und abwechslungsreichen Ernährung» gemäss der Lebensmittelpyramide und lehrt den täglichen Bedarf an Proteinen, Kohlehydraten und Fetten – beziehungsweise er weist auf die Website der Schweizerischen Gesellschaft für Ernährung hin, wo das alles steht. Dieses Jahr tat sich das Bundesamt nur mit einer Kampagne hervor, mit der es das richtige Grillieren lehrte. In seinem Budget finden sich 12 Millionen Franken für «Überwachung, Früherkennung und Erkenntnisgewinn». Sie fliessen auch für die nationalen Präventionsprogramme in Sachen Tabak und Alkohol – zuständig dafür ist eigentlich das Bundesamt für Gesundheit, aus dem die Lebensmittelsicherheit vor zwei Jahren ins neue BLV kam. Sparpotenzial: 20 Millionen.

Heisse Luft gegen Klimawandel — Die Schrecken, die der Schweiz aufgrund des Klimawandels drohen, treiben ein Dutzend Bundesämter um, vom Bundesamt für Gesundheit (Hitzewellenalarm in Altersheimen!) bis zum Bundesamt für Sport (Zeckengefahr beim Orientierungslauf!). Da müssen auch die landwirtschaftlichen Forschungsanstalten von Agroscope beim Retten der Welt mitmachen – ihr erstes Leistungsziel lautet: «Das Potenzial von Massnahmen zur Anpassung an den Klimawandel bzw. zur Reduktion der Treibhausgas-Emissionen ist für

die Schweizer Landwirtschaft abgeschätzt.» (Die Viehzucht ist weltweit als eine der wichtigsten Quellen für Treibhausgase berüchtigt – aber davon will die Politik nichts wissen.) Dabei stellen die Forscher fest, wie sie im *Schweizer Bauer* meldeten: «Frühlingswetter hatte schon immer seine Launen.» Wichtigere Schwerpunkte sind die Risiken gentechnisch veränderter Pflanzen (die in der Schweiz absehbar nie angebaut werden) oder die Qualität von Lebensmitteln, vor allem von Käse; ihnen fliessen 17 beziehungsweise 20 Prozent des Budgets zu. Für die Forschung zum Klimawandel bleiben nur 5 Prozent – aber das sind immerhin 5 Prozent von 191 Millionen Franken: 10 Millionen Franken für heisse Luft. Sparpotenzial: 10 Millionen (Agroscope) – 30 Millionen (Bundesverwaltung).

Bundesamt ohne Zweck — «Seit ich im Bundesdienst bin, wollte man das Bundesamt für Wohnungswesen schon mehrmals abschaffen», sagte der damalige Direktor Peter Gurtner vor zehn Jahren. Er kam 1975 ins Bundesamt, um das Wohnbau- und Eigentumsförderungsgesetz umzusetzen, das in der überhitzten Konjunktur für Wohnraum sorgen sollte. Im gleichen Jahr stürzte die Schweiz aber in die schwerste Krise seit dem Zweiten Weltkrieg; es gab keine Wohnungsnot mehr. «Die grossen Zeiten einer allgemeinen Wohnbauförderung

sind wohl vorbei», sagte der heutige Direktor Ernst Hauri vor fünf Jahren. Sein Bundesamt, nach Grenchen ausgelagert, kostet für das Personal 7 Millionen und für den Betrieb 3 Millionen Franken. Die 47 Beschäftigten vertreiben sich die Zeit damit, an einer Uno-Konferenz die «New Urban Agenda» zu verabschieden, in sechzehn Sprachen, von Arabisch bis Tigrinya, ein Infoblatt zum «Wohnen in der Schweiz» herauszugeben und über Energiesparlotsen, subjektive Wahrnehmung von Schall oder Biodiversität im urbanen Siedlungsraum nachzudenken. Man sollte wieder einmal über das Abschaffen reden. Für das Verwalten der Darlehen zur Wohnbauförderung tut es eine Stelle im Finanzdepartement. Sparpotenzial: 10 Millionen.

Wie bei diesen wenigen Vorschlägen fänden sich – wenn denn jemand hinschauen würde – in allen Ämtern und Abteilungen des Bundes aufgeblähte Stäbe, unnötige Kommunikatoren und überflüssige Berater, Leistungen, für die es keine Gesetzesgrundlage gibt, Doppel- und Mehrspurigkeiten, die nur zu Koordinationsaufwand führen, oder Forschungsaufträge, die sich Hunderte von Doktoranden wünschten – dies alles zu den höchsten Löhnen des Landes. Aber allein mit diesen sieben Beispielen liessen sich 70 Millionen Franken sparen. Bitte, gern geschehen. ○

Abgang eines Realisten

Korpskommandant André Blattmann übergibt diese Woche das Kommando über die Schweizer Armee an Philippe Rebord. Der Abtretende ist in einem Vielfrontenkampf standhaft geblieben. *Von René Zeller*

Unter widrigen Umständen trat André Blattmann im August 2008 interimistisch an die Spitze der Armee. Sein Amtsvorgänger, Korpskommandant Roland Nef, hatte Charakter Schwächen offenbart, die ihn zur Fehlbesetzung stempelten. Erschwerend kam hinzu, dass der amtierende Verteidigungsminister Samuel Schmid kurz darauf ebenfalls das Handtuch warf. Blattmann stand allein im Wind, verantwortlich für eine Armee, die Perspektiven suchte, materielle Sorgen beklagte und querbeet kritisiert wurde.

Als der Bundesrat auf Anfang März 2009 den gelernten Betriebsökonom HWV und langjährigen Instruktionsoffizier offiziell zum Chef der Armee ernannte, übertrug er einem neuen militärischen Typus die Verantwortung für die Landesverteidigung. Anders als seine Amtsvorgänger – Christophe Keckeis, Roland Nef – ist André Blattmann kein glühender Troupiere. Sein Auftreten erinnert an einen abwägenden Kopfmenschen, seine Physiognomie jedenfalls nicht an eine Kriegsgurgel. Im Stab des Ostschweizer Feldarmeeekorps 4, wo er von 2001 bis 2003 als Stabschef gewirkt hatte, bildete er das Alter Ego zum feurigen Motivator Ulrico Hess. Als gewissenhaft und umsichtig galt Blattmann schon damals, als der Sache und nicht sich selber dienend. Diese Fähigkeiten sollten ihm helfen, die anstehenden turbulenten Jahre zu bewältigen.

Aufräumen mit Ueli Maurer

Scharf gegen das Verteidigungsdepartement und die Armee schoss zunächst die SVP. Einem «Sauladen» stehe der (nach Blochers Abwahl in Ungnade gefallene) Samuel Schmid vor, hiess es. Das nahm der neue SVP-Verteidigungsminister Ueli Maurer zwar nicht für bare Münze. Aber er machte sich auf, den Laden aufzuräumen.

Rasch zeichnete sich ab, dass Bundesrat Maurer und Korpskommandant Blattmann am gleichen Strick zogen. Das Duo verordnete der Armee eine parentiefe Mängelanalyse. Eklatante Lücken in Ausrüstung und Infrastruktur kamen zum Vorschein. Das führte zu folgender Arbeitsteilung: André Blattmann

benannte das Malaise in drastischen Worten («Die Kasernen drohen zu verlottern», «von 20 Bataillonen können wir gerade noch 2 ausrüsten»). Ueli Maurer stoppte derweil vorerst die milliardenschwere Beschaffung neuer Kampfflugzeuge. Angesichts der misslichen Finanzlage müsse die Armee jetzt terrestrische Prioritäten setzen, hiess es 2009.

Der Kampf um das Armeebudget sollte Blattmanns gesamte Amtszeit begleiten. Die Kampfzone dazu bildete das Konzept Weiterentwicklung der Armee (WEA). In schroffem Widerspruch zum Duo Maurer/Blattmann stand der Bundesrat, der das Militärbudget partout nicht aufstocken wollte. Schützenhilfe leisteten die bürgerlichen Fraktionen im Parlament. Auf Geheiss des Ständerats rechneten Blattmanns Armeepaner vor, dass eine integrale Umsetzung der WEA jährlich 5,4 Milliarden Franken erfordern würde. Das war realpolitisch ausser Reichweite, aber partiell weichgeklopft wurde der Bundesrat trotzdem. Als die Armeereform im Frühjahr 2016 parlamentarisch unter Dach war, konnte André Blattmann zufrieden konstatieren, dass die Armee wenigstens unter einem 5-Milliarden-Franken-Kostendach weiterentwickelt werden kann.

Hat der Mann, der während fast acht Jahren als Chef der Armee gewirkt hat, die Interessen seiner Institution hartnäckig genug verfochten? Gewisse Armeefreunde verneinen das. André Blattmann habe zugelassen, dass der Sollbestand der Armee zur Kriegsuntauglichkeit halbiert worden sei (von 200 000 auf 100 000). Das militärische Stationierungskonzept komme ebenfalls einer Kapitulationserklärung gleich. Solche Anwürfe von Milizverbänden zwangen Blattmann definitiv in einen Vielfrontenkampf. Darauf reagierte er mitunter dünnhäutig, zum Ende seiner Amtszeit manchmal auch gereizt. Den Kompass verlor er auf seinem steinigen Reformweg gleichwohl nicht. Seine Devise lautete: «Wir brauchen ehrliche Lösungen.» Blattmann war Realist, nicht Fantast.

Nicht verhindern konnte der scheidende Armeechef, dass das Image der Institution in seiner Amtszeit gelitten hat. Tiefpunkt war die



Tiefpunkt war die Abfuhr des Kampffjets Gripen an der Urne.



Debatte versachlicht: Armeechef Blattmann.



Abfuhr des Kampffjets Gripen an der Urne. In diesem Abstimmungskampf agierte das armeerfreundliche Lager, als sei es in einem Hühnerstall zusammengewerfelt worden. Relativierend liesse sich anfügen, dass zwei andere militärpolitische Volksabstimmungen in Blattmanns Amtszeit – Waffen ins Zeughaus (2011), Abschaffung der Wehrpflicht (2013) – abgeschmettert wurden. Doch das Gripen-Grounding hallt nach. Die Linke betrachtet die Landesverteidigung unverändert als Steinbruch. An bürgerlichen Sicherheitspolitikern, die energisch gegensteuern, herrscht Mangel.

Neue Verteilkämpfe

Die hervorstechende Leistung des obersten Schweizer Militärs besteht darin, dass er trotz multipletem Gegenwind Kurs gehalten hat. Man kann Blattmann vorhalten, dass er die Interessen der Armee behutsam statt imperativ verfochten hat. Handkehrum hat er – im Gleichschritt mit Bundesrat Ueli Maurer – eine tiefgreifende Armeereform ins Ziel gebracht, mehr Finanzmittel herausgeholt und die Debatte versachlicht. Dass der am Murtensee wohnhafte Blattmann zwischen den Landesteilen vermittelte und zudem den Dialog zwischen Armee und Wirtschaft intensiviert, ging im bundespolitischen Gefechtslärm oftmals unter.

Ende Jahr macht der sechzigjährige Blattmann Platz. An Arbeit wird es seinem um ein Jahr jüngeren Nachfolger nicht mangeln. Die mit der Armeereform verknüpfte Schrumpfkur wird nicht nur die Truppenkörper beanspruchen. Von Philippe Rebord wird erwartet, dass er den markanten Überhang in den Generalsrängen

Dem Nachfolger Philippe Rebord steht rüstungspolitische Herkulesarbeit ins Haus.

und der Militärverwaltung auf ein vernünftiges Mass zurechtstutzt. Daneben steht rüstungspolitische Herkulesarbeit ins Haus. Im Fokus der Öffentlichkeit steht die Luftwaffe. Doch nicht nur der Kauf neuer Kampffjets und einer zeitgemässen Boden-Luft-Verteidigung (Bodluf) ist vordringlich. In der nächsten Geländekammer (2020 bis 2030) muss die Artillerie modernisiert werden, müssen kampffeldtaugliche Schützenpanzer für die Infanterie und anderes Schlüsselmaterial beschafft werden.

Diese hochsensible Mittelfristplanung hat André Blattmann noch initialisiert. Doch durchschnaufen können die Armeepaner nicht. Neue Verteilkämpfe sind programmiert. ○

Sozialdemokratie

Fünf Minuten Ruhm

Die SP inszenierte mit Ständerätin Pascale Bruderer ein Scheingefecht um ihr Wirtschaftspapier.

Sie hat einen gewissen Sinn für rauschende Auftritte, und beim letzten SP-Parteitag in Thun durfte sich Ständerätin Pascale Bruderer wieder einmal als Kritikerin des neuen SP-Wirtschaftspapiers in Szene setzen – «für fünf Minuten Ruhm», wie sich Juso-Präsidentin Tamara Funicello in ihrer Rede etwas später mokierte. Denn der Rückweisungsantrag, den Bruderer vor der Basis vertrat, lehnte diese wie erwartet hochkant ab. Bruderer zieht die soziale Marktwirtschaft der neuen SP-Wirtschaftsdemokratie vor, die zum Beispiel Arbeitnehmervertreter in den Verwaltungsräten grosser Konzerne vorsieht. «Dieses Papier ist weit weg von der Lebensrealität vieler SP-Wähler», findet die Aargauerin. Sie vermisst darin auch eine Auseinandersetzung mit der fortschreitenden Digitalisierung der Wirtschaft. Aber der grosse Showdown um das von Parteichef Christian Levrat vollmundig mit «Klassenkampf» in Verbindung gebrachte Wirtschaftspapier der SP war das nicht. Seit sie im Frühjahr 2002 für Nationalrat Hans Zbinden nachrutschte, ist Bruderer sehr diskret unterwegs – abgesehen von ihrem Jahr als Nationalratspräsidentin. Politisch Substanzielles hört man selten von ihr. Im Aargau zerreisst man sich derweil das Maul darüber, ob ihre Beziehung noch intakt sei.

Dennoch wird Bruderer jeweils glänzend wiedergewählt. Dafür haben Freund und Feind eine einfache Erklärung. Ein halbes Jahr vor den Wahlen beziehe sie bei spektakulären Geschäften Position gegen die offizielle SP-Linie und werde dafür mit bürgerlichen Panaschierstimmen belohnt. Komme sie einmal, wie jetzt beim Wirtschaftspapier, zwischendurch aus der Deckung, dann nur im Gefolge und im sicheren Schutz etablierter SP-Grössen wie Daniel Jositsch. Bruderer ist innerhalb der SP deshalb als Opportunistin verschrien, und ausgerechnet sie schickten die Kritiker des Wirtschaftspapiers vor den Parteitag, um einen angeblichen internen Klassenkampf auszutragen.

Hubert Mooser



Werte

Rettet die solidarische Schweiz

Die Eidgenossenschaft ist 1848 als Solidargemeinschaft entworfen worden. Doch gerade der ausgebauten Sozialstaat gefährdet diese. Wir brauchen neue Formen des Gemeinsinns.

Von Wolf Linder

Beförderung der gemeinsamen Wohlfahrt der Eidgenossen» lautete einer der «Zwecke» des Bundes in der Verfassung von 1848. Das war für die Gründer des Bundesstaats selbstverständlich, vielleicht gerade weil es damals noch keinen Sozialstaat gab. Heute nun werden AHV, IV oder Krankenversicherung nur noch selten als «Solidarwerke» bezeichnet. Und wenn es etwa um die steigenden Kosten im Gesundheitswesen geht, dann finden wir statt der Solidarität nur noch eigennützig handelnde Gruppen von Ärzten, Versicherern und Spitälern, die sich gegenseitig den Schwarzen Peter zuschieben. Auch die Versicherten wechseln sofort «ihre» Kasse, wenn sie bei Comparis im Internet einen günstigeren Tarif entdecken.

Sind uns also das Bewusstsein einer Solidargemeinschaft sowie der Sinn für die Gemeinsamkeit unserer Wohlfahrt abhandengekommen?

Markt ohne Grenzen

In der Familie sehen wir das älteste Band der Solidarität. Einst sorgte die Familie für fast alles. Im Bauern- oder Gewerbebetrieb hatte jeder seine Aufgabe. Wer sie erfüllte, konnte auf die Hilfe der Familie auch in Notlagen zählen: die Verunfallten, die Witwen und Waisen. Da es noch keine AHV gab, sorgten die Jungen für ihre Alten. Daher war den Eltern nicht gleichgültig, ob sie ihre Tochter einem tüchtigen Berufsmann oder einem Taugenichts zur Ehe anvertrauten. «Blood is thicker than water» – dieser Satz gilt bis heute in traditionellen Gesellschaften. Nicht mehr bei uns. Mit dem Sozialstaat sind familiäre Bindungen grossteils entfallen. Die ledig gebliebene Tochter, welche ihre Eltern pflegt, braucht es nicht mehr, die Jungen sind frei in Berufs- und Partnerwahl. Familiäre Solidarität ist nicht mehr verbindlich.

In ähnlicher Weise ging auch der Sinn für Solidarität unter Gleichgesinnten zurück. In den Dörfern von Kulturkampfkantonen kauften die Katholiken einst beim katholischen Metzger ein. Der Kauf eines Bratens war mehr als ein Tausch von Geld gegen Ware: Er signalisierte Loyalität mit dem eigenen Metzger und Solidarität zur religiösen Gemeinschaft. Der Kauf war zudem eine Investition in das Netzwerk sozialer Beziehungen, die sich nicht schon morgen, aber irgendwann und irgendwie zum Wohle beider Seiten erweisen würde.

Konfessionelle Milieus haben sich überlebt, damit auch die alte Milieu-Solidarität. Als moderne Menschen und rationale Konsumenten kaufen wir bei dem, der das bessere Fleisch billiger anbietet: neuerdings lieber bei Lidl oder Aldi, bei welchen zwei der reichsten Familienclans in Deutschland den Profit einstreichen, als bei Migros oder Coop – immerhin einst genossenschaftliche Gründungen. Vor Jahren lobte Bundesrat Schneider-Ammann, am Einkaufstourismus über die Grenze zeige sich das «Gute am Markt». Seit dieser Einkauf einen Betrag von über zehn Milliarden Franken erreicht, warnt derselbe Bundesrat, dass der Schweiz damit eine erhebliche Wertschöpfung verlorengelange. Wohl vergebliche Worte: In einem Markt

ohne Grenzen hat territoriale Solidarität anscheinend nichts mehr verloren.

Und bei Dürrenmatt?

Dennoch gibt es in Dörfern und Städten eine Form von Solidarität, die weder an Familie noch an gleicher Gesinnung anknüpft, sondern auf dem Bewusstsein eines lokalen Gemein- oder Bürgersinns beruht. Eine Studie aus den 1990er Jahren zeigte: Bei Entscheidungen über lebenswichtige Lawinenverbauungen für gefährdete Bergdörfer stimmten die Kantonsbürger in den Talböden von Uri ebenso stark zu wie in den bedrohten Dörfern, obwohl die Bewohner im lawinenfreien Flüelen oder Altdorf nur Kosten zu tragen hatten, aber keinen Nutzen erwarten konnten. Ging es hingegen um «Wunschpro-



«Besuch der alten Dame»: Aussenminister Burkhalter in Beirut.

jekte» wie etwa eine Mehrzweckhalle, so zeigt sich eher ein eigennütziges Stimmbürger: Je weiter vom Standortquartier entfernt, desto weniger kann er einen Nutzen erkennen, findet das Projekt zu teuer und legt ein Nein in die Urne. Solidarität ist also keineswegs immer zu erwarten, aber es gibt sie in der Politik regelmässig unter bestimmten Bedingungen. Das widerspricht der ökonomischen Theorie des eigennützig handelnden Individuums und belegt wie viele weitere Studien, dass Stimmbürger in ihrer lokalen Gesellschaft durchaus altruistisch oder solidarisch handeln.

Solidarität gibt es auch über die lokale Gesellschaft hinaus. So hat der Ökonom Bruno Frey in den 1990er Jahren die Bereitschaft der Stimmbürger in der Gemeinde Wolfenschiessen erkundet, dem Nagra-Projekt zur Endlagerung von radioaktiven Abfällen auf ihrem Gebiet zuzustimmen. Erstaunlicherweise zeigte sich rund die Hälfte der befragten Stimmbürger bereit, eine solche Solidaritätsleistung im Interesse der gesamten Schweiz ohne jede Gegenleistung zu erbringen. Wurde nun in der Befragung den Stimmbürgern eine individuelle Entschädigung für das Sonderopfer angeboten, so stieg entgegen der Erwartung die Zustimmung für den Bau des Endlagers nicht, sondern sank auf die Hälfte: Nur noch jeder Vierte hätte sich hinter das Projekt gestellt. Die Bürger empfanden die Geldzahlung als Bestechungsversuch, was der Ehre des Einzelnen und dem Bürgersinn der Gemeinde widersprach. Dürrenmatt zeigt im «Besuch der alten Dame» freilich, dass es auch anders ausgehen kann: Die Güllener verkauften das Leben ihres Dorfkönigs. Immerhin war die Zerstörung des Gemeinns durch das Geld der alten Dame von Skrupeln begleitet und bildete das Ende einer langen Geschichte.

Kurzfristiger Egoismus

In unserm Alltag gibt es nach wie vor viele Situationen, in denen wir Solidarität erwarten. Eltern vertrauen bei einem gemeinsamen Kinderhütendienst darauf, dass sich alle an die vereinbarten Einsätze halten. Wenn einzelne Mitglieder dieser Gemeinschaft allzu oft fehlen, lautet die scheinbar einfache Lösung: Bussgeld! Untersuchungen zeigten aber, dass genau das Gegenteil von dem passiert, was sich die Gemeinschaft erhofft: Statt weniger gibt es mehr Ausfälle zu beklagen. Die Mitglieder sagen: «Ich bezahle ja dafür, dass ich nicht gekommen bin.» Das Beispiel steht für viele: Die Monetarisierung sozialer Lebensbereiche zerstört die alltägliche Solidarität.

Solidarität wird also verdrängt – durch Geld, den Verlust von sozialen Bindungen, zunehmende Mobilität und die Auflösung von Grenzen. Steuern wir denn auch auf das Ende einer solidarischen Schweiz hin? Einiges deutet darauf hin. Genossenschaften, echte Personenvereinigungen, in denen das Stimmrecht der Person, nicht dasjenige des Kapitals regiert, sind im Wirtschaftsleben selten geworden. Die fami-

liäre Solidarität, in der die Jungen für die Alten zu sorgen hatten, ist gesetzlichen Regelungen des Sozialstaats gewichen, die das individuelle Risiko von Alter, Krankheit oder Erwerbslosigkeit versichern. Das eröffnet, genauso wie der Markt oder die Befreiung des Individuums aus den Fesseln des innerfamiliären Generationenvertrags, neue Freiheiten und Lebenschancen. Die «Solidarwerke» des Staates werden nicht mehr als solche empfunden, sondern bestenfalls als blosser Versicherungen, die auf Gegenseitigkeit beruhen: «Ich habe mit zu bezahlen, um an der Leistung teilhaben zu können.»

Hier nun zeigt sich der Unterschied zur kommerziellen Versicherung: Staatliche Versicherungen sind mit einem sozialen Ausgleich verbunden. Das ist eine der vielen Solidaritätsleistungen der Politik, zu denen etwa die Leistungen an die Bauernschaft, der Ausgleich zwischen Stadt und Land oder zwischen Mittelland und Berggebieten gehören, um nur einige zu nennen.

Solidarität unterscheidet sich fundamental von einem kurzfristigen und engen Egoismus. Zu erwarten ist diese Solidarität aber nur unter Menschen, die einander zumindest symbolisch verbunden sind und die den Blick aufs Ganze haben. Der Name Schweizerische Eidgenossenschaft drückt dies treffend aus. In der Vergangenheit hat sich die Solidarität der Eidgenossen im Innern durch die Demokratie bewährt, gegen aussen freilich auch in einer oft auch bedenkenlosen Vorteilnahme auf den Weltmärkten. Heute, im Zeitalter grenzenloser Globalisierung, sorgen wir uns zu Recht um unsere wirtschaftliche, kulturelle und politische Eigenständigkeit. Sie als blossen Nationalismus und als kollektiven Egoismus einer «Schweiz AG» zu praktizieren, wäre freilich kurzsichtig.

Der Blick aufs Ganze verlangt den weiteren Blick; einen über die Grenze hinaus. So geht es bei der Süd-Nord-Migration weniger um kurzfristige Solidarisierung mit den Menschen Afrikas, die hier gelandet sind, sondern mehr darum, zu besseren Lebenschancen für jene beizutragen, die dortgeblieben sind. Also etwa: Entwicklungszusammenarbeit in Form von Berufsbildung, Zusammenarbeit mit Schweizer KMU, die sich in die Märkte Afrikas vorwagen, um dort Start-ups zu fördern, Handelsverträge, welche die Arbeitsproduktivität dieser Länder steigern. Wir kommen nicht darum herum: Entweder werden die armen Länder reicher, oder die Armen kommen in die Länder der Reichen. Wollen wir das Zweite vermeiden, müssen wir für das Erste etwas tun. Kurz: Es braucht Investitionen in die Zukunft unseres Landes in einer grösser gewordenen Welt. Man kann diese Option als einen intelligenten Egoismus erachten oder aber – wie früher – einfach «Solidarität» nennen.

Wolf Linder ist emeritierter Professor für Politikwissenschaften an der Universität Bern. Von 1974 bis 1982 sass er für die SP im Thurgauer Parlament. Er gehörte neben Simonetta Sommaruga zu den Mitautoren des 2001 publizierten Reformpapiers «Gurten-Manifest».

Zuwanderung

Ferienvorrang

Warum werden so viele Portugiesen über Weihnachten arbeitslos?

Seit 45 Jahren betreibt Andreas Grossniklaus das Hotel «Post Hardermannli» bei Interlaken mit einem halben Dutzend Angestellten. Traditionell stammen die meisten von ihnen aus Portugal. An sich schätze er die Portugiesen als «gschaffige» und ehrliche Leute, sagt Grossniklaus. Doch seit mit der Personenfreizügigkeit alle Schranken gefallen seien, stelle er eine massive Zuwanderung in den Sozialstaat fest.

Tatsächlich ist die Sockelarbeitslosigkeit bei den Portugiesen mit sechs Prozent auffällig hoch. Über die Weihnachtszeit schnell die Zahl sogar auf über zehn Prozent. Gewiss, viele Portugiesen arbeiten auf dem Bau, und viele Baufirmen bauen im Winter Personal ab. Aber nicht nur. Im Tourismus, wo ebenfalls viele Portugiesen beschäftigt sind, herrscht gerade über die Weihnachtszeit Hochsaison.

Nach den Erfahrungen von Grossniklaus ist es aber fast unmöglich, vor Saisonbeginn Anfang Dezember portugiesisches Personal zu finden. Bei den Regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) wären zwar Arbeitslose gemeldet. Doch diese signalisieren oft Desinteresse und stellen bei der Bewerbung Bedingungen, die kein Hotelier akzeptiert. Erst ab Mitte Januar, wenn der Festtagsboom vorüber ist, melden sich die Portugiesen wieder scharenweise – frisch ausgeruht vom verlängerten Heimaturlaub auf Kosten der Arbeitslosenkasse.

Die hitzigen Debatten im Bundeshaus über den mehr oder minder erzwungenen RAV-Vorrang sind für den Praktiker Grossniklaus politische Spiegelfechtereien, die vom Problem ablenken. Die Tatsache, dass man bei Schweizer Sozialversicherungen ein Mehrfaches von dem kassieren kann, was man zu Hause mit harter Arbeit verdient, lockt die falschen Zuwanderer an.

«Viele Portugiesen kennen sich heute in unserem Arbeitsrecht besser aus als jeder Patron», erklärt der Hotelier. Und sie optimieren ihre Bezüge entsprechend. Die Namen der Ärzte – nicht selten selber Zuwanderer –, die besonders grosszügige Krankheitszeugnisse ausstellen, sind bekannt und machen in der einschlägigen Szene schnell die Runde. Und das nervt nicht zuletzt auch fleissige Portugiesen. Zum einen fürchten sie um ihren Ruf, zum andern zahlen auch sie – wie alle andern – für die Schmarotzer. *Alex Baur*

Wer hat Angst vor dem Freihandel?

Seit dem Brexit-Entscheid in Grossbritannien und der Wahl Donald Trumps ist die Idee des Freihandels unter Druck geraten. Aber nicht alles ist Freihandel, was so heisst. Der politische Widerstand der Bürger wird weiter zunehmen. *Von Beat Gygi und Dorian Stroligo (Illustration)*

Die wirtschaftliche Globalisierung – linkere Ökonomen reden von Hyperglobalisierung – habe abgewirtschaftet, so ist zurzeit von allen Seiten zu hören. In tausend Formen zeige sich nun in weiten Bevölkerungskreisen eine zunehmende Abneigung gegen offene Grenzen und freien Warenverkehr. Die Gewinne aus Globalisierung und Freihandel hätten sich allzu ungleich auf die verschiedenen Bevölkerungsgruppen verteilt, und die Gewinner hätten es versäumt, sich genügend um die andern zu kümmern, die im Zuge des Strukturwandels ihre Stelle, ihr Einkommen oder Vermögen verloren hätten.

Beliebte Parolen

Ist dem wirklich so? Es ist unbestritten, dass der rege Welthandel mit der zunehmenden Spezialisierung von Firmen und Menschen auch Verlierer hinterlassen hat, die sich im politischen Alltag nach ihren Möglichkeiten zu Wort melden. David Dorn, Ökonomeprofessor an der Universität Zürich, hat zusammen mit Forschungskollegen die amerikanische Wählerschaft mit Blick auf Einflüsse des Ausenhandels untersucht; der Befund war, dass die Stimmbürger in Gebieten, die stark unter chinesischer Importkonkurrenz litten, zur Polarisierung neigten und entweder besonders konservative oder besonders linke Politiker wählten. Trumps Parolen für Protektionismus und gegen Freihandel, vor allem gegen Importe aus China und Mexiko, fanden in Gebieten mit angeschlagener Industrie entsprechend Anklang. In Grossbritannien zeigten sich ähnliche Zusammenhänge.

Der Eindruck, nun gebe es gewaltigen Widerstand gegen den Freihandel, wird untermauert durch die Tatsache, dass Trump die Teilnahme

Für Peter Spuhler ist es unumgänglich, in den USA eigene Fabriken aufzustellen.

der USA an der Transpazifischen Partnerschaft (TPP) mit asiatischen Ländern entgegen Obamas vorheriger Zusage bereits zurückgezogen hat. Ins Bild passt auch, dass die Verhandlungen zwischen EU und USA über eine Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) praktisch blockiert sind, und sozusagen als Tüpfelchen auf dem i hat dieser Tage China das EGA (Environmental Goods Agreement; Einfuhrzölle auf gewissen Umweltgütern)



Wenn der Welthandel nachlässt, ist mehr Wirtschaftswachstum nötig.

blockiert, ein Abkommen unter mehr als vierzig Ländern das Umweltgütern spezielle Zollvorteile hätte bringen sollen.

Und schliesslich: Deutet nicht auch die Tatsache, dass das Handelsvolumen stagniert, in die gleiche Richtung? Die erste Grafik auf Seite 40 zeigt die Summen, die auf den internationalen Märkten zwischen den Ländern hin- und herschoben werden. Die Daten stammen von den Ökonomen Simon Evenett und Johannes Fritz von der Universität St. Gallen, die in ihrer Datenbank Global Trade Alert dem Welthandel periodisch den Puls fühlen. Ihre jüngsten Messungen zeigen, dass sich der Welthandel seit Anfang 2015 in einer Stagnation befindet, was ihrer Ansicht nach eine Ausnahmesituation darstellt. Der Handel entwickelte sich in letzter Zeit langsamer als das Sozialprodukt der Länder.

In der zweiten Grafik auf Seite 40 kommt zum Ausdruck, dass der zweite Weg in auslän-

dische Märkte, die Direktinvestitionen in Firmen an Ort und Stelle, dagegen jüngst etwas reger genutzt worden ist. Direktinvestitionen sind dann manchmal das geeignete Mittel, wenn das Exportieren ins Zielland schwierig ist und man sich stattdessen mit einer eigenen Firma direkt in den Markt setzt, den man beackern will. Ein Beispiel ist etwa der von Peter Spuhler kontrollierte und geführte Zughersteller Stadler Rail, der in vielen Ländern die Auflage hat, dass ein beträchtlicher Teil der Züge aus lokaler Produktion stammen muss – *local content* ist das Stichwort. Da die USA ungefähr 60 Prozent *local content* verlangen, ist es für Spuhler unumgänglich, in den USA eigene Fabriken aufzustellen, wenn er da Züge verkaufen will.

Stagnierende Importe und Exporte, dafür etwas höhere Direktinvestitionen – zeigt das nicht deutlich, dass der Freihandel schon stark unter Druck ist? Tobias Straumann, Wirtschaftshistoriker an der Universität Zürich,

widerspricht und stellt den Freihandel in eine ganz andere Perspektive. In nebenstehendem Interview legt er dar, dass die Freiheit des Welthandels in jüngerer Zeit keineswegs eingeschränkt worden sei. Im Moment sei das Welthandelsvolumen zurückgegangen, weil das Wirtschaftswachstum geringer geworden sei, nicht umgekehrt. Das Wachstum des Welthandels hängt seiner Einschätzung nach nicht so eng mit dessen Liberalisierung zusammen, dass automatisch gleichlaufende Bewegungen entstehen.

Nach Straumanns Worten ist in den neunziger Jahren durch die Welthandelsorganisation (WTO) international ein sehr liberales Regime etabliert worden, das zunächst einmal ein hohes Potenzial geboten habe. Das sei dann ausgeschöpft worden, vor allem auch mit Chinas Eintritt in die WTO 2001, und entsprechend habe der Handel rasant zugelegt, obwohl er nicht zusätzlich liberalisiert wurde. Der Welthandel könne sich auch ohne Liberalisierungsschritte ausdehnen, und er könne umgekehrt schrumpfen, ohne dass Liberalisierungsrückschritte im Spiel seien. Man müsse eben nicht dauernd weiterliberalisieren, um einen wachsenden Welthandel zu haben.

Immer mehr Regeln

Viel wichtiger seien in der Regel die Produktivität und die Technologie der Unternehmen, die ihre Standorte optimierten, Teile auslagerten, die Arbeitsteilung weiter vorantrieben und neue Technologien einsetzten. Ralf Bopp, Direktor der Handelskammer Deutschland–Schweiz, weist darauf hin, dass der Warenhandel zwischen den beiden Ländern seit Jahren immer intensiver werde, und zwar weil die Wertschöpfungsketten immer mehr auseinandergenommen würden: Schritt eins in der Schweiz, Schritt zwei in Deutschland, Schritt drei in der Schweiz, Schritt vier in Deutschland und so weiter. Die zwei Länder seien praktisch zu einer Produktionsregion zusammengewachsen; der gegenseitige Waren- und Dienstleistungshandel hänge schon lange nicht mehr damit zusammen, dass sich jedes Land auf bestimmte Produkte spezialisiere, nein, die Länder seien praktisch miteinander verschmolzen, und die Spezialisierung sei Sache der Firmen.

Wenn der Welthandel nachlässt, ist nach Straumanns Ansicht eben mehr Wirtschaftswachstum nötig. Zentrale Triebfeder dafür sei das Investieren, zu Hause oder im Ausland, und die Politik habe primär die Aufgabe, die Rahmenbedingungen fortlaufend zu verbessern. Ist denn dies nicht genau das, was die Regierungen nun mit TPP, TTIP oder EGA anstreben? Nein, meint Straumann. Wie er auch im Interview antönt, gebe es seit den neunziger Jahren zunehmend neue Freihandelsabkommen, die viel weiter gehen als die früheren Liberalisierungen – ja eigentlich in

Globalisierung

«Konsumenten haben enorm profitiert»

Wie gefährlich sind der Protektionismus und der zunehmende Widerstand gegen den Freihandel? Der Wirtschaftshistoriker Tobias Straumann sagt, was er von neuen Verträgen hält.

Der Freihandel steht immer stärker im Gegenwind. Woher kommt das?

Diese Erscheinung ist schon seit Ende der neunziger Jahre zu beobachten. 1994 war der entscheidende Durchbruch bei der Liberalisierung des Welthandels mit der Gründung der Welthandelsorganisation WTO als Nachfolgeorganisation des Gatt, aber bald darauf kam dieser Prozess zum Stillstand. Der Widerstand gegen weitere Schritte ist seither gross.

Ist die Wirtschaft seither langsamer gewachsen als vorher?

Nein, überhaupt nicht. 2001 ist China in die WTO eingetreten, und das hat einen unglaublichen Schub gegeben. Der Welthandel ist in den Jahren nach 2000 sogar überdurchschnittlich stark gewachsen.

Hat der China-Schub überdeckt, dass der Welthandel an Freiheit einbüsste?

Meiner Ansicht nach ist die grosse Liberalisierung, die 1945 begonnen hatte, Ende der neunziger Jahre mehr oder weniger abgeschlossen worden. Mit zusätzlichen Liberalisierungsschritten lässt sich heute viel weniger herausholen als in der unmittelbaren Nachkriegszeit, als die Zollschranken noch sehr hoch gewesen waren.

Woher kommt der Widerstand gegen neue Verträge hauptsächlich?

Das hat sehr viel mit China zu tun. Die chinesischen Exporte führten vielerorts zu einem enormen Druck auf Löhne und Preise. So kommt der Widerstand vor allem aus Regionen, deren Industrien durch die Konkurrenz aus China am stärksten gelitten haben, etwa aus den USA. Die Schweiz ist davon nur wenig betroffen, da wir viele Branchen haben, die in China erfolgreich sind.

Ist die heutige Abneigung gegen den Freihandel aus Ihrer Sicht besorgniserregend, oder läuft der weltweite Austausch aus eigener Kraft weiter?

Ich bin nicht besorgt, weil das gegenwärtige Handelsregime nicht bedroht ist. Bisher wurden lediglich neue Abkommen blockiert. Und diese Abkommen muss man genauer unter die Lupe nehmen. Sowohl TPP, die transpazifische Partnerschaft, wie auch TTIP, das Abkommen zwischen der EU und den USA, sind nicht wirklich Liberalisierungsvorhaben, da die Zölle ja schon sehr niedrig sind. Viel-

mehr sind die neuen Projekte weitgehend Harmonisierungs-Regelwerke, die tief in die Interessen der betroffenen Länder eingreifen und Bereiche regulieren, die eigentlich nicht direkt mit dem Welthandel zusammenhängen. In dem Sinne finde ich es nicht problematisch, wenn diese Abkommen nicht durchgesetzt werden.

In der Schweiz wäre ja vor allem von der Landwirtschaft grosser Widerstand gegen ein TTIP zu erwarten.

Ja, und mit dem Scheitern der TTIP-Verhandlungen zwischen der EU und den USA entgeht die Schweiz nun wohl einer inneren Auseinandersetzung. Der Preis für ein Freihandelsabkommen mit den USA wäre nämlich eine Liberalisierung der Landwirtschaft. Das wäre im Interesse der Konsumenten, ist aber innenpolitisch wohl nach wie vor nicht mehrheitsfähig.

Denkt man zu wenig an die Interessen der Konsumenten?

Für die Konsumenten hat der Freihandel überwiegend positive Wirkungen. Gerade von Importen aus China haben diese enorm profitiert. Nicht zu vergessen ist, dass dadurch die Kaufkraft gestärkt wurde. Selbst wenn die Löhne vielleicht stagniert haben, so kann man mit dem Geld doch heute viel mehr kaufen als vor fünfzehn Jahren. Aber klar, der politische Prozess läuft wie im Lehrbuch: Produzenten und Exporteure sind in der Regel politisch sehr gut organisiert, während die grosse Gruppe der Konsumenten meistens schlecht organisiert ist und deshalb in der Politik weniger ausrichten kann.

Man hört Warnungen, dass die Globalisierung durch Protektionismus gefährdet werde, ähnlich wie in der Krise der dreissiger Jahre. Sehen Sie Parallelen?

Bis jetzt finde ich die Angst übertrieben, auch weil die Abschwächung des Handels mit geringerem Wirtschaftswachstum zusammenhängt, nicht mit Protektionismus. Eine historische Analogie ist auch schwierig, weil die frühere, sehr erfolgreiche Globalisierungszeit im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert durch den Weltkrieg beendet wurde und nicht durch den Widerstand gegen die Globalisierung.

Tobias Straumann lehrt Wirtschaftsgeschichte an den Universitäten Zürich und Basel.

Interview: Beat Gygi

Fr. 36.-



Fr. 43.-



Fr. 39.-



Fr. 29.90



Fr. 45.-



Fr. 68.-



Fr. 32.-



Fr. 28.-



LUTHY BALMER STOCKER

BUCHHAUS.CH

Aarau · Biel · Grenchen · Solothurn
Sihlcity Zürich · Glattzentrum · Zugerland · Zug
Luzern · Länderpark · Mythen Center Schwyz

die Gegenrichtung, weil sie vieles harmonisieren wollen. Der politische Widerstand gegen solche Verträge hängt seiner Meinung nach auch damit zusammen, dass dadurch die nationalen Gesetze so weit ausgehebelt werden, dass die Bürger gar nicht mehr mitbestimmen können. In solchen internationalen Verträgen stünden zahlreiche Regelungen zu allem Möglichen, und in diesen Werken etwas zu korrigieren, sei praktisch unmöglich, weil man dann meist ein weiteres Dutzend Paragraphen anpassen und neu verhandeln müsse.

In diese Richtung gehen heute viele Vorstösse in der Wirtschaftspolitik. Henrique Schneider, zuständig für Wirtschaftspolitik beim Schweizerischen Gewerbeverband, findet, dass die Neigung zum Protektionismus tatsächlich zunimmt, aber vor allem in der Politik, weniger in der Wirtschaft. Nach seinen Worten befürwortet der Gewerbeverband den Freihandel. Unter Umständen bringe sogar die einseitige Öffnung der Grenzen, ohne von den andern das Gleiche zu verlangen, grosse Gewinne. Dieses Szenario sei aber wenig realistisch. Denn die Politik ticke anders, ein offener oder indirekter Protektionismus sei salonfähig geworden. Es gebe mehr Regulierung an der Grenze, Internetsperren sollen ausländische Anbieter abhalten, bei der Aktienrechtsrevision würden ausländische Aktivitäten von Unternehmen fast automatisch als missbrauchsverdächtig angesehen, etwa im Zusammenhang mit Rohstoffgeschäften, die Exportrisikoversicherung und die Innovationsförderung erinnern an Industriepolitik.

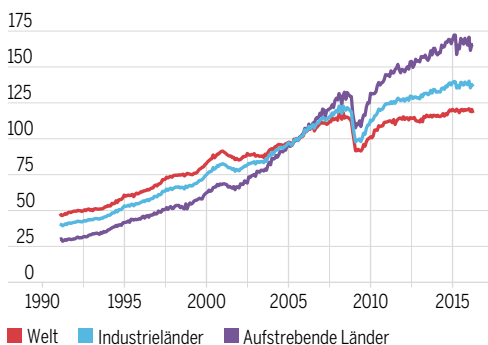
Uniformer statt liberaler

Politiker können solche Neigungen noch stärker ausleben, wenn sie sich mit ähnlich gesinnten ausländischen Kollegen zusammentun, um neue Regulierungen auf internationaler Ebene einzurichten, wo die demokratische Kontrolle schwächer ist. Neue Freihandelsabkommen bieten für zusätzliche Regulierungen ein ideales Spielfeld – pikanterweise sprechen die Politiker vom internationalen *level playing field*, also einem einheitlichen Terrain, natürlich nicht ohne zu beteuern, sie wollten damit die Globalisierung fördern.

Vertragswerke wie die TTIP, also das zurzeit blockierte Vorhaben zwischen der EU und den USA, betreffen zahlreiche Vereinbarungen, die über den Zollabbau hinausgehen. Vorgesehen sind etwa Regelungen zu Direktinvestitionen, also zu Käufen von Unternehmen oder Firmengründungen auf der grünen Wiese im jeweiligen Partnergebiet. Meist sind auch Auflagen für ausländische Beteiligungen, Quoten für einheimische Investoren oder Vorschriften zum Einsatz inländischer Produkte und Vorleistungen zu bereinigen und zu harmonisie-

Abrupte Bremsung

Exportvolumen im Welthandel, indiziert (2005 = 100)

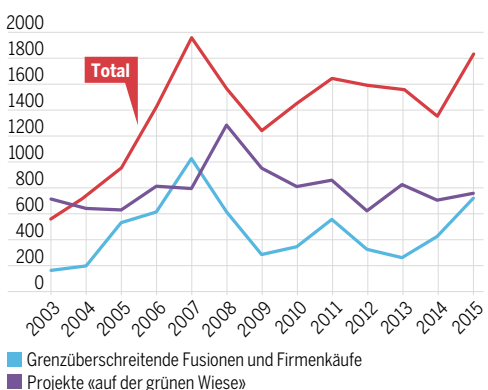


QUELLE: S. EVENETT, J. FRITZ: GLOBAL TRADE ALERT REPORT

Verlangsamter Puls des Welthandels.

Vor Ort investieren statt Waren liefern

Grenzüberschreitende Direktinvestitionen in den Zielländern, in Milliarden Dollar



QUELLEN: BUNDESAMT F. STATISTIK, SCHWEIZ. NATIONALBANK, EIDGEN. FINANZDEPARTEMENT

Lokale Produktion im Aufwind.

ren. Hinzu kommen Regeln zum Investitionsschutz samt Investitionsgericht zur Regelung in Streitfällen.

In der Wettbewerbspolitik soll ein Vertrag wie TTIP zudem möglichst einheitliche Regelungen zu Subventionen, Kartellen, Monopolen, Staatsbetrieben, Spezialregelungen zur Beschaffung oder zur Versorgung des Landes

Die mit Chlor desinfizierten Poulets der USA wurden zu einem zentralen Streitpunkt.

und allgemein zum Verlauf der Trennlinie zwischen privat und staatlich festlegen. Ein weiteres brisantes Thema ist das öffentliche Beschaffungswesen, das in vielen Ländern traditionell auch ein Stück weit im Dienste der Industrie- und Sozialpolitik steht und durch ein Freihandelsabkommen uniformer gemacht werden soll. Des weiteren zielen die Vereinbarungen auf eine möglichst einheitliche Handhabung von Vorgaben zu Umweltschutz und Konsumentenschutz, zu Gesundheitsstandards oder Vorschriften für Arbeitsbedingungen, Arbeitnehmerrechte oder Lohnpolitik.

Etwas überspitzt kann man sagen, dass die Politiker es sind, die den Protektionismus suchen und durch neue Freihandelsabkommen eine Art *nation building* betreiben wollen. Im Stil von Expertengruppe richten sie Spielregeln in den jeweiligen Ländern ein, um die Beteiligten überall möglichst ähnlich zu machen. Das Ergebnis ist davon abhängig, wer bei Verhandlungen und Vertragsformulierungen als Interessenvertreter dabei ist. In den TTIP-Verhandlungen stach ins Auge, wie unterschiedlich man in den USA und in der EU mit der Gentechnologie umgeht oder Lebensmittel behandelt. Die mit Chlor desinfizierten Poulets der USA wurden zu einem zentralen Streitpunkt; die Europäer beharrten auf dem Vorsorgeprinzip, das vieles zum Vornherein ausschliesst, die Amerikaner hingegen pochten auf ihre Strategie der Erfahrungswerte. Und mit Blick auf die Sozialpolitik trat Deutschland mit der Haltung auf: Standardabsenkungen bei Verbraucher-, Umwelt-, Datenschutz- oder Arbeitnehmerrechten darf es auf keinen Fall geben.

Interventionen à la Lagarde

Unter dem Titel Freihandelsabkommen werden somit komplizierte Regeln entworfen, die durch die internationale Koordination der Regierungen gestützt werden. Wirtschaftshistoriker Tobias Straumann kritisiert, dass die neuen Freihandelsabkommen oft nur scheinbar liberal seien. Liberalisieren gelte als offizielles Ziel, aber im Grunde würden solche Vorhaben zu einer regelrechten Regulierungswelle führen. In der EU habe sich gezeigt, wohin das führe, nun sei auf der ganzen Welt Ähnliches geplant.

Es ist nicht erstaunlich, dass sich auch internationale Organisationen wie der internationale Währungsfonds nun auch für dieses Gebiet interessieren. Der von der interventionsfreudigen Französin Christine Lagarde geführte Währungsfonds liess kürzlich durchblicken, dass der Fonds zur Lenkung von Globalisierungsentwicklungen schon bereitstehen würde. Ihre Organisation ist stets auf der Suche nach neuen Aufgaben, schon bei der Euro-Rettung hat Lagarde ihre Kompetenzen überschritten – eine von flankierenden Massnahmen begleitete Betreuung der Globalisierung würde also zu ihrem Geschäftsmodell passen.

Gemäss den Einschätzungen von Tobias Straumann wird der politische Widerstand der Bürger gegen internationale Verträge, welche mit der Idee des Freihandels nicht mehr viel zu tun haben, jedoch zunehmen. Seiner Meinung nach haben viele Stimmbürger nicht deswegen für Brexit oder für Trump gestimmt, weil sie als Verlierer der Globalisierung nicht entschädigt wurden, sondern weil sie zu grundlegenden Fragen wenig zu sagen hatten: nämlich zu Fragen der Souveränität, Demokratie und Identität eines Landes. ○



Wale sind wundervolle und clevere Geschöpfe – doch das sind Schweine auch.

Götter der Meere

Ein skurriler Wikinger bringt die Umweltlobby gegen sich auf, weil er für den Walfang plädiert. Liegt er wirklich so daneben?

Von Alex Reichmuth

Einst galten Wale als Ungeheuer des Meeres, eine Vorstellung, die etwa im Roman «Moby Dick» zum Ausdruck kommt. Doch mit der Entdeckung der Wissenschaft, dass Wale rhythmische, komplexe Lieder von sich geben, kehrte sich auch ihr Image ins Gegenteil. «Aus den Tiefen des Ozeans erklang eine abstrakte Sinfonie, eine Stimme, die uns anzuklagen schien dafür, was wir diesen Tieren angetan hatten», schrieb der britische Schriftsteller Philip Hoare. Das habe zu einer «einmaligen Umkehr des Bildes» vom Wal geführt, «weg vom dummen, zur Ausbeutung bestimmten Koloss, hin zu einem sozialen, intelligenten Wesen». Wale seien «zu einem Symbol für die vom Menschen verursachte

Bedrohung der Unversehrtheit der Natur» geworden, so Hoare.

Welche Kraft diese Symbolik hat, musste Heri Joensen erfahren, Leadsänger der Metal-Band Tyr, die sich dem Wikinger-Rock verschrieben hat. Joensen ist Bewohner der Färöer-Inseln im Nordatlantik, wo das Grindadráp, die Jagd auf Grindwale, eine lange Vergangenheit hat. Der Rocksänger postete ein Bild, das zeigt, wie er aus einem erlegten Grindwal ein Stück Fleisch herausschneidet. Gemäss der Tradition auf der Inselgruppe hat jeder Bewohner Anrecht auf einen Teil der Beute.

Mit der Veröffentlichung des Bildes hat Joensen ein Sakrileg begangen. Militanten Meeresschutzorganisationen wie Sea Shepherd

ist das Grindadráp vor den Küsten der Färöer längst ein Dorn im Auge. Von einem «grauenvoll brutalen Massaker ganzer Schulen wehrloser Grindwale» schrieb etwa Sea Shepherd-Gründer Paul Watson mit Blick auf diese Jagd. Ein regelrechter Shitstorm fegte über Joensen und Tyr hinweg. Es gab Aufrufe, die Auftritte der Band zu boykottieren. Konzerte der Musikband mussten abgesagt werden, so etwa in Hamburg im letzten August.

Einfach nur Fleisch gegessen

Heri Joensen setzte sich zur Wehr – in Form einer launigen Replik im britischen Magazin *Spectator*. «Da mehr als vier Fünftel der Weltbevölkerung Fleisch konsumieren, glaubte



he imprägnieren. Die Jagd brachte zuerst die grössten Walarten an den Rand des Aussterbens. Der Blauwal, das grösste Tier, das jemals auf der Erde gelebt hat, wurde von mehreren hunderttausend Exemplaren auf noch wenige hundert dezimiert. Danach konzentrierte sich die industriell organisierte Bejagung auf immer kleinere Arten: zuerst den Finnwal, dann den Seiwal, dann den Minkwal. Eine Art nach der anderen war der Auslöschung nahe.

Das Umdenken setzte ab den sechziger Jahren ein. Die Internationale Walfangkommis-

Warum Walfang «ein Verbrechen an der Natur» sein soll, ist nicht einzusehen.

sion IWC, der heute 88 Länder angehören, wandelte sich zu einer Organisation zum Schutz der Wale. 1986 setzte die IWC ein weltweites Moratorium für die kommerzielle Jagd auf 34 von insgesamt neunzig Walarten durch, vorwiegend Grosswale. Zudem wurden der Indische Ozean und die antarktischen Meere zu Schutzzonen erklärt. Vom Jagdverbot ausgenommen sind – in engen Grenzen – der Walfang durch Ureinwohner (insbesondere durch Inuit in arktischen Gewässern) und der Walfang aus wissenschaftlichen Gründen.

Der Walfangstopp wird bis heute weitgehend respektiert. Nicht vollständig daran halten sich drei Länder: Norwegen hat vor dem Moratorium der IWC Vorbehalte angebracht und sieht sich nicht daran gebunden. Island hält die Bestände des Zwerg- und des Finnwals vor seinen Küsten als robust genug, um ihn in engen Grenzen zu bejagen. Japan, wo der Walfang eine lange Tradition hat und wo er nach dem Zweiten Weltkrieg existenzielle Bedeutung für die Ernährung der Bevölkerung hatte, jagt heute pro Jahr noch einige hundert Tiere – unter dem Vorwand wissenschaftlicher Tätigkeit. Der Internationale Gerichtshof in Den Haag hat 2014 Japans Waljagd im Südpazifik zwar für illegal erklärt. Doch Japan setzt sich darüber hinweg.

Bestände steigen wieder

Die Wirkung des Walfangmoratoriums blieb dennoch nicht aus. Die Bestände vieler einst fast ausgerotteter Grosswalarten sind seit Jahrzehnten wieder im Steigen begriffen. «Viele Arten befinden sich nun im Erholungsprozess, wenn auch nicht alle», schrieb die Internationale Walfangkommission dieses Jahr

in ihrem Statusbericht. Blauwale gebe es wieder deutlich mehr, obwohl sie noch weit von ihren früheren Beständen entfernt seien. Auch die Finnwale seien weiterhin stark dezimiert. Die Süd- und die Nordkaper, einst besonders stark bejagt, müssten noch immer zu den bedrohten Arten gezählt werden.

Umgekehrt stellt die IWC bei den Buckelwalen eine «starke Erholung» in Richtung natürlicher Bestände fest. Der Bestand der Grauwale habe sich zumindest im Nordpazifik fast vollständig erholt. Auch die Anzahl der Grönlandwale entspreche in gewissen Gegenden wieder jener vor der Bejagung. Weitere Walarten wie der Brydewal und der Antarktische Minkwal bezeichnet die Walfangkommission als «nicht gefährdet».

Umweltverbände reden und schreiben über Wale aber weiterhin so, als sei deren Existenz unverändert bedroht. Die zaghafte bis rasante Erholung vieler Arten ignorieren sie schlicht. Auch eine Unterscheidung zwischen Grosswalen, die stark bejagt wurden, und vielen Arten von Kleinwalen, die nie gefährdet waren, sucht man hier vergebens. Organisationen wie der WWF oder Greenpeace sprechen vielmehr von neuen Gefahren, die die Meeressäuger angeblich bedrohen. Namentlich der Klimawandel soll dazu zählen.

Erstaunlich ist diese starre Haltung nicht. Ähnlich wie die Ablehnung der Atomkraft und die Verweigerung gegenüber der Gentechnik gehört die Verteidigung von Wale zu den Dogmen der Umweltbewegung, an denen nicht gerüttelt werden darf. «Wale zu schlachten, hat in einer fortschrittlichen Gesellschaft keinen Platz», dozierte etwa Sandra Altherr, Mitbegründerin von Pro Wildlife, gegenüber der *Berner Zeitung*. Wale sind gewissermassen zu Göttern der Meere geworden. Emotionen sind gefragt.

Diese dienen nicht selten dem Eintreiben von Spenden: WWF Deutschland etwa wirbt mit einer Patenschaft für Wale, die bis zu 60 Euro monatlich kostet: «Schliessen Sie eine feste Freundschaft mit den Walen.»

Nun wäre es falsch, zum Halali auf Wale zu blasen. Das Jagdverbot macht bei vielen Arten weiterhin Sinn, zumindest vorläufig. Warum aber Walfang generell «ein Verbrechen an der Natur» sein soll, selbst wenn dieser nachhaltig erfolgt, ist nicht einzusehen. Wale sind zwar wundervolle und clevere Geschöpfe. Doch auch Schweine zählen zu den Tierarten, die als besonders intelligent gelten. Wir verarbeiten sie trotzdem zu Fleischprodukten. ○



Sakrileg begangen: Heri Joensen.

ich, es sei in Ordnung, das Bild zu veröffentlichen», hielt er seinen Kritikern entgegen – und warf ihnen Doppelmoral vor. Aus ethischer Sicht könne er keinen Unterschied erkennen zwischen dem Schlachten wildlebender Wale und jenem gezüchteter Kühe. Sicher sei die Jagd auf Grindwale auf den Färöern eine blutige Sache, so Joensen. Aber viele Leute hätten «seltsame Vorstellungen» von Schlachthäusern. Sie glaubten, dort würden die Tiere «bereitwillig und schmerzlos» ihrem Ende entgegengehen. Joensen wies darauf hin, dass die Walart, die die Bewohner der Färöer zur Eigenversorgung jagen, mitnichten bedroht ist. Es gebe Hunderttausende von Grindwalen im Nordatlantik. Deren Bestand sei alles andere als gefährdet.

Dass der Wal ein Symboltier des Artenschutzes ist, hat selbstverständlich einen ernsthaften Hintergrund. Im 19. und 20. Jahrhundert wurden die Säuger gnadenlos gejagt. Die erlegten Tiere dienten einerseits der Ernährung. Andererseits konnte man mit den Ölen, die ihre Fettschichten hergeben, Lampen zum Leuchten bringen, Seifen herstellen oder Schu-

Ansichten eines Clowns

Allein schon der Verdacht auf sexuelle Handlungen mit einem Kind ist tödlich für den Weltstar David Larible. Hinter dem Skandal verbirgt sich eine kafkaeske Geschichte. Doch die Unschuldsvermutung gilt bei Sexualdelikten schon lange nicht mehr. *Von Alex Baur*

Am 2. November erscheint eine Frau zusammen mit ihrer vierzehnjährigen Tochter auf der Urania-Wache der Stadtpolizei Zürich und erstattet Anzeige. Über eine Woche zuvor, am 24. Oktober, so gibt die Mutter zu Protokoll, habe der bekannte Zirkusclown David Larible das Mädchen in ein Zimmer des Hotels «Central Plaza» gelockt; dort habe er Fotos gemacht und ihm gezeigt, «wie ein Zungenkuss funktioniert». Das Kind habe ihr das vier Tage nach dem Vorfall erzählt, habe aber gemeint, das sei «nichts Schlimmes». Sie sei schockiert gewesen, gibt die Mutter zu Protokoll.

Wie das Mädchen den Vorfall selber schilderte, wissen wir nicht genau. Protokolliert wurde nur die Zusammenfassung eines Polizisten: «[Sie] machte auf mich den Eindruck, dass sie nicht wirklich begriffen hat, dass der Beschuldigte etwas Falsches getan hat. Sie erklärte mehrfach, dass sie ebenfalls Schuld am Vorfall habe. Schliesslich hätte sie über das Thema Küssen gesprochen. Auch ist nicht ausgeschlossen, dass sie, trotz meinem Abraten, weiter Kontakt mit dem Beschuldigten hat.»

Ein Teenager mit Liebeskummer

Als das Mädchen am 7. November endlich formell befragt wird, sind bereits zwei Wochen seit dem Vorfall vergangen. Die Vierzehnjährige erzählt, dass sie sich heimlich in den Sohn von Clown Larible verliebt habe, einen Jongleur, der ebenfalls beim Circus Knie gastierte. Sie habe ihre Gefühle dem Vater anvertraut, so sei man auf das Thema Küssen gekommen. Drei Mal habe der 59-jährige Mann sie darauf «richtig geküsst, mit der Zunge»; sie sei überrascht gewesen, wie gelähmt, habe sich nicht gewehrt, aber es sei ihr sehr unangenehm gewesen. Zuerst habe sie einer Freundin vom Vorfall erzählt, danach ihrer Mutter.

Zungenküsse mit einer Minderjährigen bewegen sich im unteren Bereich des Strafbaren. Da Larible keine Vorstrafen aufweist, durfte er mit einer bedingten Geldstrafe rechnen. Der Fall ging trotzdem an die Spezialabteilung für Kapitalverbrechen der Zürcher Staatsanwaltschaft. Immerhin, für einen Clown bedeutet allein schon der Verdacht auf sexuelle Handlungen mit einem Kind ein «berufliches Todesurteil», wie es sein Verteidiger Valentin Landmann drastisch formuliert: «Hätte er eine Bank ausgeraubt, wäre das weniger schlimm.» Kinder lieben Clowns – doch welche Eltern würden ihre Kleinen schon zu einem Clown schicken, der diese als Sexobjekte sieht?



Massive Vorverurteilung: Knie-Clown Larible.

Staatsanwältin Françoise Stadelmann wartete mit Laribles Verhaftung zwei Wochen, bis die Knie-Tournee am 20. November in Lugano beendet war. Der Clown bestritt die Zungenküsse. Nach seinen Angaben war die Vierzehnjährige wohl auf sein Zimmer gekommen. Als sie aber über Intimitäten zu plaudern begonnen habe, versichert er, habe er sich unwohl gefühlt und das Treffen abgebrochen.

Dank den Überwachungskameras ist erstellt, dass Larible und das Mädchen am fraglichen Tag das Hotel um 17.24 Uhr betraten und dieses um 19.05 Uhr wieder verliessen. Doch was in der Zwischenzeit passierte, wissen nur die beiden. Man muss sich notgedrungen an die äusseren Abläufe und Umstände halten, die möglicherweise Rückschlüsse zulassen auf die Vorgänge im Innern.

Unbestritten ist, dass Mutter und Tochter eingeschworene Fans des Larible-Clans waren. Seit der weltweit bekannte Clown Anfang Jahr als Hauptattraktion im Knie-Programm auftrat, sind sie Larible kreuz und quer durchs Land nachgereist. Bereits am 7. Mai lernte man sich am Rande eines Auftritts persönlich kennen und schoss die ersten Selfies. Zuerst via Instagram und später via Whatsapp trat das Mädchen in persönlichen Kontakt mit seinem Idol. Am 11. August lud er es zu einem Mittagessen an der Zürcher Bahnhofstrasse ein, mit dem Einverständnis der Mutter notabene.

Vor Laribles Verhaftung sichteteten die Ermittler die Chats auf dem Handy des Mädchens. Etwas «strafrechtlich Relevantes» entdeckten sie dabei nicht. Die Tatsache, dass ein 59-jähriger Star mit einer Vierzehnjährigen verkehrt, stufen sie als «grundsätzlich fragwürdig» ein. Misstrauen weckt auch eine Botschaft von Larible an seinen Fan: «I love to teach You so many things, life, feelings, relationship and anything You want» (Ich bringe dir gerne viele Dinge bei, Leben, Gefühle, Beziehungen und alles, was du willst). Ist das etwa eine Vorankündigung auf die Küsse? Es kommt darauf an, in welchem Kontext der Satz geschrieben wurde. Doch darüber schweigt sich der Polizeirapport aus.

Gemäss Larible habe das pubertierende Mädchen davon geschwärmt, Sängerin oder Schauspielerin zu werden. Es habe auch geklagt, dass ihm ein Vater fehle. Das Kind habe sehr verloren gewirkt, aus Mitleid habe er es «etwas unter die Fittiche genommen». Kann man einem Clown zum Vorwurf machen, wenn er nicht nur in der Manege ein Herz für Kinder vorgaukelt, sondern sich auch im realen Leben deren Sorgen annimmt? Ist es nicht naheliegend, dass ein Clown im Umgang mit Jugendlichen seine Inspirationen sucht? Liegt das Krankhafte nicht eher bei einer Gesellschaft, die in jeder Affinität zu Minderjäh-



Er versichert, er habe die Tür bewusst einen Spaltbreit offen gelassen.

rigen automatisch einen Übergriff wittert? Denkbar ist alles. Im einen Extremfall hat Larible ein naives Opfer in eine Falle gelockt – im anderen Extremfall ist er selber das naive Opfer, das in eine Falle gelockt wurde. Fahnder sollten in alle Richtungen ermitteln, entlastenden wie belastenden Indizien nachgehen. Bis zum Beweis des Gegenteils gilt die Unschuldsvermutung. Theoretisch. Die Praxis sieht anders aus: Bei sexuellen Anschuldigungen steht in der Schweiz das Opfer von der ersten Sekunde an fest; im Zweifel wird angeklagt, und Zweifel gibt es immer, wenn Aussage gegen Aussage steht. Ein zweifelhafter Freispruch ist das Beste, was ein Ange-

schuldiger erwarten kann. Falsche Anschuldigungen sind in diesem System faktisch nicht vorgesehen. Darüber redet man nicht.

Im Fall Larible war die Vorverurteilung massiv. Nicht nur italienische Medien spekulierten über den angeblich pädophilen Starclown und über Kinderpornografie. Auch für die *Obersee-Nachrichten* war der Fall schnell geklärt: «Knie-Clown: Pädophilie-Anklage». Andere Medien waren etwas vorsichtiger. Bis die *Sonntagszeitung* am 27. November eine vermeintliche Bombe platzen liess: Der Clown, der auf der Knie-Tournee mit seiner Familie in einem Wohnwagen lebt, soll für das Treffen mit dem Mädchen «eigens ein Hotelzimmer in Zürich gebucht haben».

Woher die *Sonntagszeitung* diese Insider-Information hatte, ist unklar. Klar ist nur: Sie ist falsch. Der Fehler versteckt sich im Wörtchen «eigens». Der Circus Knie gastierte damals in Martigny, Larible war geschäftlich in Zürich unterwegs. Bereits zwei Wochen zuvor hatte er zwei Zimmer im Hotel «Central Plaza» für eine Nacht gebucht, eines für sich und eines für eine Fotografin, mit der er ein Buchprojekt besprechen wollte. Weil es spät wurde, blieb er über die Nacht in Zürich. Das Treffen mit der 14-Jährigen wurde erst viel später vereinbart.

Nach seiner Ankunft checkt Larible an jenem 24. Oktober um 14.12 Uhr im Hotel ein. Danach begibt er sich zum Flughafen, um die Fotografin abzuholen. Weil der Flug Verspätung hat, kehrt er ins Hotel zurück, um dort auf die Künstlerin zu warten. Nach 17 Uhr holt er das Mädchen beim nahen Bahnhof ab. Die Mutter ist über das Treffen informiert. Um 17.24 Uhr betreten die beiden die Hotellobby.

Gemäss Larible bat er seinen jugendlichen Fan, in der Lobby auf ihn zu warten; er wollte ein Buch aus dem Zimmer holen. Das Mädchen habe aber nicht allein zurückbleiben wollen und ihn darum begleitet. Im Zimmer habe man sich spontan hingesetzt, um über Gott und die Welt zu quatschen. Larible versichert, er habe die Zimmertür bewusst einen Spaltbreit offen gelassen. Der

Grund: Er habe die Ankunft der Fotografin nicht verpassen wollen, für die das Zimmer nebenan reserviert war. Das Mädchen seinerseits erklärte in der Einvernahme, es wisse nicht mehr, ob die Zimmertür offen gewesen sei. Gemäss den übereinstimmenden Aussagen beider fotografierte Larible das Mädchen im Zimmer. Entgegen den medialen Spekulationen waren es keine erotischen Fotos, sondern simple Porträts. Den Anstoss gab das Mädchen. Es hatte geklagt, es fühle sich hässlich, worauf er entgegnete, es gebe keine hässlichen Menschen, nur schlechte Fotografen.

Im Kern widersprechen sich die beiden nur in einem Punkt: Er bestreitet, das Mädchen geküsst zu haben. Gemäss seiner Aussage komplimentierte er die Vierzehnjährige vielmehr aus dem Zimmer und brachte sie zum Bahnhof, als sie auf Intimitäten zu sprechen kam.

Zur Falschanschuldigung gedrängt?

Unbestritten ist, dass das Mädchen auch nach dem Treffen in Zürich weiter mit Larible über Whatsapp kommunizierte. Doch über den Inhalt dieser Chats schweigt sich der Polizeibericht aus. Gemäss Laribles Erinnerung teilte ihm das Mädchen sinngemäss mit, die Mutter stelle ihr viele Fragen und dränge sie, etwas zu behaupten, was nicht stimme. Bis zu seiner überraschenden Verhaftung habe er diese Botschaft nicht einordnen können. Von Küssen sei im Chat aber nie die Rede gewesen.

Seit der Festnahme ist Laribles Handy beschlagnahmt. Er gab der Staatsanwältin den Code sofort und ohne Umstände. Das vielleicht entscheidende Beweisstück liegt damit in ihrer Hand. Sollte sich Laribles Erinnerung als zutreffend erweisen, muss sich die Polizei eine unangenehme Frage gefallen lassen: Haben die Fahnder einen entlastenden Chat unterschlagen, der die Untersuchung in eine unerwünschte Richtung hätte lenken können? ○

Zeitung der Schweizer KMU-Wirtschaft

- **Steuerreform**
Mit einem Ja bleibt die Schweiz wettbewerbsfähig
- **Verkehrsinfrastruktur**
Eine sichere Finanzierung dient allen
- **Klosters 2017**
sgv-Winterkonferenz im Zeichen von «KMU und Innovation»

www.gewerbezeitung.ch

Präsident, nicht Praktikant

Archäologieforscher, Porträtkünstler, Leistungssportler. Elias Meier hat in seinem noch jungen Leben schon viele Begabungen gezeigt. Seit kurzem ist der Zwanzigjährige oberster Windkraftgegner der Schweiz – und tritt in dieser Rolle erstaunlich zielsicher auf. *Von Alex Reichmuth und Gian Losinger (Bild)*

Bern, im letzten Oktober. Der Verband Freie Landschaft Schweiz, die Dachorganisation der Gegner von Windkraftprojekten, informiert über seine Beteiligung am Referendum gegen die Energiestrategie des Bundes. Inmitten der vorwiegend angegrauten Herrschaften fällt ein junger Mann mit Kapuzenpullover auf: Elias Meier. Er ist nicht etwa der Praktikant, sondern der Präsident des Verbands. Einem Routinier gleich, leitet er den Anlass, erteilt das Wort, bringt Ergänzungen an, beantwortet Fragen von Journalisten. Wie kommt ein 20-Jähriger dazu, derart souverän an der Spitze eines nationalen Verbands zu stehen?

Wir treffen Elias Meier im Grenchen SO. Hier ist er aufgewachsen, hier wohnt er mit seiner Mutter und zwei Geschwistern in einem Jugendstilhaus. Über dem Ort erhebt sich der Grenchenberg, wo sein Engagement für den Landschaftsschutz seinen Anfang nahm. Sechs Windturbinen sind auf dem Ausflugsberg geplant. Meier hat sich vor fast drei Jahren eher zufällig damit zu befassen begonnen. Als wissbegieriger Schüler im Matura-Fernstudium wollte er mehr über Mitwirkungsverfahren bei staatlichen Projekten erfahren. Die Windenergiepläne für den Grenchenberg schienen ihm als Anschauungsmaterial geeignet.

«Sport diszipliniert»

Meier interessierte sich für den Umweltverträglichkeitsbericht zum Projekt. Doch die Gemeinde Grenchen, die beim Windpark federführend ist, weigerte sich zu seiner Überraschung, ihm diesen zu geben. Er beschaffte sich das Dokument über Umwege – und kam beim Lesen ins Staunen: «Mir wurde klar, dass hier Vorgaben des Juraschutzes übergangen werden», so Meier. «Dabei sind die Windturbinen über 160 Meter hoch und zum Teil hundert Kilometer weit sichtbar.» Auch Lärmgrenzwerte und andere Umweltauflagen würden ignoriert. Stutzig geworden, recherchierte Meier weiter. Er studierte die Leistungskurven von Turbinen und verglich sie mit dem Windaufkommen auf dem Grenchenberg. «Ich kam zum Schluss, dass dieser Windpark die meiste Zeit fast keinen Strom produziert.»

Irritiert wandte sich Elias Meier an verschiedene Organisationen des Natur- und Landschaftsschutzes. Doch dort stiess er auf grosse Zurückhaltung. Einzig bei den Vogelschützern habe er Support gegen den Windpark in seiner Heimat bekommen. Meier musste selber aktiv werden. Er begann, in Grenchen den Wider-



«Sind Sie der Sohn?»: Elias Meier.

stand zu organisieren. Mit einem Mitstreiter gründete er einen Verein, sammelte Unterschriften, beschaffte Geld, verpflichtete Anwälte und startete einen Rekurs gegen das Projekt. Wie der Kampf ausgeht, ist noch nicht

«Viele Politiker werfen mit Schlagworten um sich, haben aber keine Ahnung, wovon sie reden.»

entschieden. Doch wegen seines Engagements weiss Meier mittlerweile bestens Bescheid über die Windenergie und ihre Nachteile. Kritiker anderer Windparks in der Schweiz kontaktieren ihn. Dank seines Wissens kann Meier sie beraten. Als es im letzten Sommer darum ging, den Verband Freie Landschaft Schweiz neu aufzustellen, war schnell ausgemacht, dass er neuer Präsident würde. Elias Meier war zwar der

Jüngste von allen, aber derjenige, der in Sachen Windkraft am besten Bescheid wusste.

Seine Gesprächs- und Verhandlungspartner seien mitunter verblüfft über sein Alter, sagt Meier schmunzelnd. «Sind Sie der Sohn?», wurde er schon gefragt. Manche Leute seien schlicht sprachlos, einen Zwanzigjährigen vor sich zu haben. Doch Elias Meier tritt selbstsicher auf und strahlt Kompetenz aus. Die Erfahrungen als Sportler hätten ihn menschlich reifen lassen, das ist für ihn klar. Er ist Leichtathlet, war mehrmals kantonaler Jugendmeister in Mittelstrecke- und Sprintdistanzen: «Sport diszipliniert und macht willensstark.»

Sicher hat Meier auch beachtliche Begabungen in die Wiege gelegt bekommen. Er erinnert sich, nach den Terroranschlägen auf das World Trade Center Zeitungsberichte gelesen zu haben. Damals war er fünf Jahre alt. Als Primarschüler übersprang er eine Klasse. Sein

Fernstudium schloss er mit der schweizweit besten eidgenössischen Maturaprüfung ab. Das schaffte Meier, auch ohne pausenlos Schulstoff «gebüffelt» zu haben. Er ging während der Schulzeit anderen Interessen nach – vor allem der Archäologie. Auch hier erarbeitete sich Elias Meier in kurzer Zeit profunde Kenntnisse. Mittlerweile hat er in seiner Heimat Überreste historischer Bauten aufgespürt und bisher unbekannte Burgstellen identifiziert. Er hält Vorträge zum Thema. Er nimmt Forschungsaufträge an. Er ist der Fachmann.

Derzeit absolviert Meier eine Lehre zum Vermessungstechniker, um sich noch mehr Grundlagen für seine archäologische Forschung anzueignen. Hauptsächlich ist er aber mit seiner Ausbildung zum Primarlehrer befasst. Daneben profiliert er sich als Künstler. Seine Porträts mit Bleistift zeigen, dass er hier ebenfalls viel Talent hat. Auch als Zeichner akquiriert er Aufträge – bezahlte, wohlverstanden.

Spass an der Stammtischdebatte

Trotz der Fülle seiner Interessen: Er arbeite keinesfalls die Nächte durch, so Meier. Stattdessen verzichte er auf manche Tätigkeiten, die viele Gleichaltrige fast pausenlos absorbieren: Gamen und Chatten. Facebook sagt ihm nichts. Er nutzt auch kein Smartphone. Hingegen debattiert er gern – etwa am Stammtisch des Restaurants, in dem er stundenweise aushilft. Steigt Meier demnächst in die Politik ein? Ausschliessen will er es nicht. Es fehle in der Politik an jungen Geistern, diagnostiziert Meier. Gleichzeitig stosse ihn der politische Betrieb ab. «Viele Politiker werfen mit Schlagworten um sich, haben aber keine Ahnung, wovon sie reden», so sein Fazit. Er vermisse oft den Bezug der Politik zur Realität.

Unter Meiers Führung sammelt sein Verband nun Unterschriften gegen das Energiegesetz, wie es Bundesbern beschlossen hat. Er sei aber kein Fan der Atomkraft, macht er klar. Diese Energieform habe zu viele Nachteile und darum keine Zukunft. Woher soll aber der Strom kommen, wenn die AKW einmal stillgelegt sind? So präzise Meier bisher alle Fragen beantwortet hat, so kommt ihm hier die Sicherheit etwas abhanden. «Auch ich habe die Lösung für das Energieproblem noch nicht», räumt er ein. Aber er setze auf den technologischen Fortschritt – zum Beispiel auf bessere Stromspeicher. Das Potenzial, Energie zu sparen, sei zudem gross. Meier verweist auf seinen Renault Twizy, ein Leichtelektromobil, mit dem er sich im Alltag bewegt. Dieses Fahrzeug kommt mit viel weniger Energie aus als ein Auto. Strom braucht es dennoch.

Bisher hat Elias Meier alles mit Bravour gemeistert, was er angepackt hat. Er geht den Dingen auf den Grund, schnell und direkt. Dass Meier auch zur Energiepolitik bald mit neuen Ideen, Vorschlägen und Erkenntnissen aufwartet: Man traut es ihm durchaus zu. ○

Aussenpolitik

Von Clinton bis Kolumbien

Didier Burkhalter muss sich für umstrittene Zahlungen des EDA an politische Akteure in Übersee rechtfertigen.

Mitten im Steuerstreit mit den USA, im Jahr 2011, überwies die Direktion für Entwicklungszusammenarbeit (Deza) 489 000 Franken an die Clinton Health Access Initiative, ein ehemaliges Projekt der Clinton Foundation zur Linderung medizinischer Not in Liberia. Und in den letzten beiden Jahren der Friedensverhandlungen mit den Farc in Kolumbien überwies die Abteilung Menschliche Sicherheit des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA) mehr als 700 000 Franken an kolumbianische Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen, welche der Bevölkerung den unpopulären Deal mit der marxistischen Guerilla schmackhaft machen sollten. Trotz dieser Gelder lehnte die Bevölkerung das Friedensabkommen in einer Volksabstimmung Anfang Oktober ab. Ein wichtiger Grund dafür ist, dass das von der Schweiz engagiert beworbene 300-Seiten-Dokument Straffreiheit für Kriegsverbrechen vorsah und den hierfür Verantwortlichen Sitze im Parlament zubilligte.

In beiden Fällen macht das EDA keine gute Figur, was am Montag den Nationalrat beschäftigte. Die Nationalräte Jean-Luc Addor, Maximilian Reimann und Céline Amaudruz (alle SVP) befragten Didier Burkhalter in der Fragestunde vom Montag über die Zahlung an die Clinton-Stiftung, während die Nationalräte Andreas Glarner (SVP), Christian Imark (SVP) und Claude Béglé (CVP) sich über Kolumbien in Kenntnis setzen liessen.

Bundesrätliches Pathos

Burkhalter sparte in seinen Antworten nicht mit Pathos. Die Clinton Health Access Initiative habe sich äusserst zielgerichtet um die Reduktion der Kindersterblichkeit und der Todesfälle von Müttern nach Geburten gekümmert. «Wenn ich dieses Dossier ansehe, dann übernehme ich die gesamte Verantwortung dafür, und zwar persönlich», obwohl er zum Zeitpunkt noch nicht Departementsvorsteher gewesen sei, so Burkhalter. Die Resultate des Projekts seien «schön, bemerkenswert und bewundernswürdig».

Im Kolumbien-Dossier stellte sich Burkhalter auf den Standpunkt, die Schweiz habe keine Kampagnenfinanzierung geleistet, sondern dafür gesorgt, dass die Leute in Kolumbien über den Friedensprozess «informiert» würden. Er habe sich vor Ort davon überzeugen können, dass «der Glaube» an den von Präsident Santos vorangetriebenen Friedensprozess teilweise gefehlt habe. «Ich kann mich noch an eine ganz junge, etwa 21 Jahre alte Mutter mit fünf Kindern erinnern, die alles verloren hatte – das war eine dieser vertriebenen Personen –, die mir ganz klar gesagt hat, sie glaube nicht an den Frieden, weil es schon seit Generationen Krieg, nur Krieg gibt.» Also habe man etwas unternehmen müssen, damit die Bevölkerung an den Frieden glaube.



Pathos: Burkhalter.

Mit diesen wohlklingenden Ausführungen warf Burkhalter in den Augen der meisten Fragesteller aus dem Parlament indes mehr Fragen auf, als er beantwortete: Gibt es beim EDA kein Bewusstsein für politisch heikle Zahlungen? Wie kommt bei einer zukünftigen US-Regierung die Tatsache an, dass die Schweiz mit der privaten Stiftung der Kandidatin Clinton geschäftete? Wie will das EDA den Reputationsverlust in Kolumbien ausgleichen, den es durch ungeschickte Parteinahme in einer hochumstrittenen innenpolitischen Frage erlitten hat?

Burkhalter hat in der gesamten Debatte nicht ein einziges Mal das Wort «Neutralität» in den Mund genommen. Genau darum jedoch geht es den Kritikern der EDA-Politik. Als Kleinstaat hat sich die Schweiz traditionell aus fremden Händeln so weit wie möglich herausgehalten. Die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder war bis anhin eine Selbstverständlichkeit.

Die Geldverteilung nach Gutsherrenart und nach dem persönlichen moralischen Kompass von EDA-Beamten, die Burkhalter so emphatisch verteidigt, dürfte das Parlament weiter beschäftigen. Zumindest die Spende an die Clinton Foundation wird sich die Geschäftsprüfungskommission wohl genauer ansehen. Florian Schwab



Vor allem männliche Fans: Anja Zeidler.

Die Schweizer Kardashian

Anja Zeidler und ihren Körper bekommt man häufig zu sehen. Viele wissen nicht, weswegen. Ein Tag an der Seite des Luzerner Fitness-Models.

Von Claudia Schumacher

Anja Zeidler kocht in der Küche ihres Elternhauses Linsen und zeigt auf dem Handy ein Video, in dem ein Mann mit einem Metallstab einer Frau im Gesässfleisch herumstochert. Bei dem wenig appetitanregenden Spektakel handelt es sich um eine OP namens «Brazilian Butt Lift»: Die Frau lässt sich von Hüften und Bauch das Fett absaugen, aus welchem ihr dann ein sehr runder Hintern geformt wird. «So eine Sanduhrfigur kann man sich aber auch durch Training erarbeiten, so wie ich», sagt Zeidler mit einem zufriedenen Lächeln. Sie giesst die Linsen ab und vermischt sie in einer Schüssel mit Broccoli, Kichererbsen, Bohnen und Kirschtomaten zu einem eiweissreichen Mittagessen.

Anja Zeidler ist mit ihren 247 000 Followern auf der Fotoplattform Instagram eines der erfolgreichsten Schweizer Fitness-Models, das bekannteste allemal: Die Gratiszeitung *20 Minuten* hat an der freizügigen 23-Jährigen aus Luzern einen Narren gefressen. Neuerdings

hat sie dort online auch eine Video-Kolumne, «The Life of Anja», in der sie kocht und ihre Lebensansichten darlegt. So ernährt sie sich beispielsweise weitgehend vegan, aber «ein Öko-Freak» sei sie dennoch nicht, schliesslich schminke sie sich jeden Tag.

Werbung, die nicht wie Werbung wirkt

Den Grossteil ihres monatlichen Einkommens («es variiert, momentan ein höherer vierstelliger Betrag»), macht Zeidler aber durch ihre Beiträge in den sozialen Medien. Vor allem über Instagram, immer mehr aber auch über Snapchat. Tee- und Proteinpulverhersteller sowie andere Unternehmen aus dem Lifestyle- und Fitnessbereich schicken Zeidler ihre Produkte zu, damit sie diese testet und gegen Bezahlung auf ihren Online-Kanälen vermarktet. Promoterinnen wie sie werden oft dafür kritisiert, dass ihre jungen Fans ihre Beiträge nicht als Werbung begreifen, sondern als private

Überzeugung. «Aber darum geht es ja auch», sagt Anja. «Es soll nicht klar wie Werbung wirken, sondern authentisch.» Das sei gerade der Reiz für die Unternehmen. «Ich gehe aber nicht ganz ohne Skrupel an meine Arbeit», sagt Zeidler. Sie zeigt auf ihrem Handy einen Beitrag, in dem sie einen Tee bewirbt. Darauf ist sie mit einer Tasse zu sehen, und sie schrieb dazu, dass sie gleich rausgehe und sich noch mit dem Tee aufwärme. «Ich habe nicht geschrieben, dass ich durch den Tee fünf Kilo abgenommen hätte», erklärt Zeidler ihre Grenzen. Einmal habe sie sich von einer Luzerner Schönheitsklinik Körperfett wegfrisieren lassen und dazu ein Video auf Snapchat gemacht. «Als ich aber festgestellt habe, dass es bei mir nichts gebracht hat, habe ich keinen weiteren Beitrag veröffentlicht.» Kritik äusserte sie aber auch nicht.

In ihrem Zimmer auf ihrem Bett, das sie als «Home-Office» bezeichnet, blättert Zeidler

durch die Magazine, die sie aufs Cover brachten oder grössere Bildstrecken mit ihr zeigten. In einer *GQ* ist sie mit neunzehn Jahren zu sehen – und kaum wiedererkennbar. «Dass ich mir die Brüste habe machen lassen und regelmässig die Lippen aufspritze, ist ja bekannt», sagt Zeidler, deren ungeschminkte Lippen stellenweise Blutergüsse zeigen. Die letzte Aufspritzung mit Hyaluronsäure ist erst wenige Tage her. «Aber ansonsten habe ich nichts machen lassen, auch wenn das selbst manche meiner Freunde teils nur schwer glauben können», sagt sie. Nicht nur ihr Körper hat sich in den letzten Jahren – angeblich vor allem durch das entsprechende Training und die eiweissreiche Ernährung – stark verändert. Auch ihre Wangenknochen und die Nase wirken verdächtig transformiert, was Zeidler damit erklärt, dass sie eben älter geworden sei und sich innerhalb von vier Jahren jeder Mensch verändere. Die Haare, eigentlich aschblond, hat sich die gelernte Coiffeuse dunkler gefärbt.

Betont sexy, aber nicht sexistisch

Ihren Erfolg erklärt Zeidler damit, dass sie den Mut habe, sich selbst zu sein und sich «von niemandem dreinreden» zu lassen. Früher wollte sie Victoria's-Secret-Model werden, doch das Hungern ging ihr auf die Nerven. Bei der Wahl zur Miss Zentralschweiz stieg sie aus, weil sie in einem «nuttigen» Klub im Bikini hätte schaulaufen müssen. «Es ist komisch, wenn ich sage, mir sei das zu sexistisch gewesen, schliesslich zeige ich mich heute selber gerne betont sexy», sagt Zeidler. «Aber manche Sachen gehen mir halt doch gegen den Strich.» Geht man Zeidlers Instagram-Bilder durch, fällt eine gewisse Affinität zum «Belfie» auf, dem Foto vom eigenen Hintern. Ein Bein aufstellen, Po rausstrecken, gerne mit nicht mehr als einem Höschen bekleidet. An die Bekleidungsanforderungen von Instagram (keine Brustwarzen, keine Genitalien) hält sie sich gerade so. Dazu bringt sie leicht eingängige Motivationsprüche: «Verwirkliche deine Träume!», «Be the best version of yourself!» Anders als andere Fitness-Starlets, die vor allem weibliche Anhänger haben, hat die betont aufreizende Zeidler vor allem männliche Fans. Dass man sich leicht über sie lustig machen kann, mag zu dieser Art Ruhm dazugehören.

Zeidler träumt von einer Karriere in Hollywood, die Traumfabrik zielt als Schriftzug ihren Körper. Ein anderes Tattoo hat sie ihrem «Daddy» gewidmet, einem Anwalt, der ihre Verträge durchsieht. Zeidler kommt aus einer wohlhabenden Familie mit einem sehr ansehnlichen Haus samt Blick auf den Vierwaldstättersee. Sie reist viel, wohnte eine Weile in Los Angeles, jetzt hat sie ihr Basislager wieder

bei den Eltern aufgeschlagen. Was praktisch ist: Ihre Mutter, eine Krankenschwester, dient Zeidler als Fotografin. Zeidlers Bilder auf Instagram entstehen nicht so spontan, wie es den Anschein erwecken mag. Wirbt sie für ein Produkt, muss sie sich ein Bildkonzept und eine Aussage überlegen. Dann posiert sie mehrere Stunden und lässt sich von ihrer in Teilzeit arbeitenden Mutter fotografieren – die sie dafür nicht bezahlt. Selbst ein «Instagram-Star» wie Zeidler verdient nicht übermässig. Wirklich lukrativ wird es erst, wenn einem auf Instagram über eine Million Menschen folgt.

Deshalb versucht Zeidler, sich auch weitere Standbeine aufzubauen. Sie würde gerne Schauspielerin werden. Oder Moderatorin. Momentan betreut sie Privatkunden als Fitnesstrainerin, ihre Pläne fürs Training und für die Ernährung kann man auf ihrer Website zum Downloaden kaufen, ein privates Training mit Zeidler von 90 Minuten kostet 250 Franken. In dem Bereich wolle sie aber kürzertreten. Nicht zuletzt, weil manche männlichen Kunden die Trainings eher buchten, um ihr privat näherzukommen.

Momentan ist Zeidler vergeben: an den Luzerner Rapper Mimiks. «Wir haben uns im *Usgang* kennengelernt», erzählt Zeidler. Es sei anfangs ein bisschen peinlich gewesen, «er hat mich schliesslich schon in seinen Songtexten gedisst». Er habe sich darüber lustig gemacht, dass sie früher gerne damit angegeben habe, wie stark ihr damaliger Freund gewesen sei. Mimiks habe sich bei ihr entschuldigt, als er sie getroffen habe, aber das sei gar nicht nötig gewesen, sagt Zeidler strahlend: «Ich habe ihm versichert, dass ich es als Ehre empfinde, wenn ich in seinen Liedern vorkomme.» Neulich war das Paar gemeinsam auf den Bahamas.

Im Haus der Zeidlers hängen neben Ferienfotos der brav wirkenden Eltern im Essbereich Bilder der luftig bekleideten Tochter in Stiefeln, die sie selbst als «etwas nuttig» bezeichnet. Haben ihre Eltern kein Problem mit ihrer Arbeit? «Nein, gar nicht», sagt Zeidler ohne Wimpernzucken. «Sie haben mich immer beide unterstützt, deswegen liebe ich sie auch so sehr.»

Am Nachmittag trainiert Zeidler mit Sarah, ihrer Freundin aus Schulzeiten, draussen im Leichtathletikstadion. Dabei steht das Po-Training im Vordergrund. Wie ein Frosch hüpfte sie zwei Stufen hoch und geht in die Kniebeuge. Dass sie wegen ihres voluminösen Hinterns und ihrer Arbeit, die vielen inhaltsleer erscheint, mit den Kardashians verglichen wird, stört sie nicht. «Ich finde die toll», sagt Zeidler. «Und gerade Leute, die am lautesten lästern, sind am süchtigsten nach ihren Bildern.»



«Aber manche Sachen gehen mir halt doch gegen den Strich.»

Prävention

Aufgescheucht

Die Anti-Raucher-Lobby schießt sich ins eigene Bein.

Diesen Donnerstag nimmt sich der Nationalrat das Tabakproduktegesetz zur Brust. Es besteht auf Seiten der Wirtschaft eine gewisse Hoffnung, dass die Grosse Kammer, wie zuvor der Ständerat, die unliberale Vorlage zurück an den Verfasser schickt, SP-Bundesrat Alain Berset.

Diese Aussicht hat nun offenbar den Kampfgeist bei den Günstlingen der Tabakprävention geweckt. Jedenfalls appellieren die «Ordinariate für Sozial- und Präventivmedizin der Universitäten

Die Professoren gehören zu den grössten Profiteuren der Präventionsindustrie.

Basel, Bern, Genf, Lausanne und Zürich» in einer eiligst zusammengeschusterten «kritischen Beurteilung» an das Parlament. Auf fünf Seiten wollen sie die «Argumente widerlegen», mit denen «20 Wirtschaftsverbände den Ständerat aufgefordert haben, das neue Tabakproduktegesetz an den Bundesrat zurückzuweisen».

Steuermillionen

Wer nun nüchterne wissenschaftliche Abwägungen erwartet, sieht sich getäuscht. Die Universitäten ziehen gegen den Ständerat vom Leder: Diesem sei es «nicht um eine Abwägung sachlicher und ethischer Argumente» gegangen, sondern «um einen machtpolitisch und indirekt vielleicht auch durch persönliche Interessen begründeten Entscheid».

Unabhängig von der Frage, ob man als Bittsteller mit der Beschimpfung des Adressaten wirklich zum Ziel gelangt, bleiben die politisierenden Professoren Belege für ihr Vorbringen schuldig. Pikanterweise vergessen sie, bei der Gelegenheit ihre eigenen «persönlichen Interessen» zu erwähnen: dass sie nämlich zu den grössten Profiteuren der ausufernden Präventionsindustrie gehören. Die Universität Bern erhielt aus Mitteln des Bundesamts für Gesundheit im Jahr 2014 rund drei Millionen Franken, bei den Kollegen von der Universität Zürich waren es einhalb Millionen.

Florian Schwab



So nahe an der Macht: Politaktivist Grillo.

Zwischen Aliens und Dschingis Khan

Das Movimento 5 Stelle von Beppe Grillo mausert sich zur bestimmenden Kraft in Italien. Der Parteivorsitzender, Ziehkind eines Internet-Apokalyptikers, ist allerdings vorbestraft und schimpft über die katholische Kirche. *Von Nicholas Farrell*

Am vergangenen Sonntag haben die Italiener ihren Ministerpräsidenten Matteo Renzi aus dem Amt gejagt. Wie es nun weitergeht, steht auf einem ganz anderen Blatt. Wer wissen will, wofür Renzi steht, muss sich nur anschauen, welche namhaften ausländischen Politiker und Institutionen ihn, den seit 2011 dritten nichtgewählten Ministerpräsidenten in Folge, bis zuletzt vorbehaltlos unterstützt haben. Da wären der EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker, Angela Merkel, die *Financial Times* und natürlich US-Präsident Barack Obama, der ihn, den Ehrengast bei seinem letzten offiziellen Staatsempfang im Oktober, als «mutig», «fortschrittlich» und «vielversprechend» pries.

Doch nun, da er gegangen ist – beziehungsweise sagt, dass er abtreten werde –, ist Beppe Grillo in aller Munde, ein vorbestrafter Komödiant und Internetdemagoge. Er predigt direkte Demokratie via Internet und verabscheut das Parlament. Er schimpft über die Eliten, die Italien und die ganze Welt beherrschen. Aus den von ihm organisierten Protesttagen, die ab 2007 stattfanden, entwickelte sich seine Partei Movimento 5 Stelle (M5S), die 2009 gegründet wurde. Das V steht für seine Parole *Vaffa!* (Verpissst euch), wofür er selbst steht, ist nicht ganz klar. Er gilt als Populist, ist aber weder ein Rechter noch ein Linker.

«Wir beide sind die wahren Helden»

So will er eine allgemeine Arbeitslosenhilfe einführen. Er glaubt an die menschengemachte Erderwärmung (oder den Klimawandel, wie es heutzutage heisst). Chiara Appendino, Mitglied seiner Partei (die er als Bewegung bezeichnet, weil er Parteien für korrupt hält),

wurde im Juni in Turin zur Bürgermeisterin gewählt. Sie hat Turin zur «veganen Stadt» erklärt.

Im Europäischen Parlament bildet seine Partei eine Fraktionsgemeinschaft mit der Ukip, und er bewundert Wladimir Putin. «Russland ist ein wichtiger Partner, kein Feind», schrieb Grillo im Oktober in seinem Blog, der erfolgreichsten Website in Italien. Und er macht kein Hehl aus seiner überschwänglichen Sympathie für Donald Trump.

Nach Trumps Wahlsieg erklärte er in einer Videobotschaft: «Das ist das Ende einer Epoche [...]. Das ist ein allgemeiner *vaffanculo*. Trump hat einen wahnsinnigen V-Tag errungen. Wir beide sind die wahren Helden! Trump hat allen zugerufen, «Verpissst euch»: den Freimaurern, den Grossbanken, den Chinesen [...].»

«Wenn wir Rom gewinnen können, können wir auch auf dem Wasser gehen.»

Die Welt hat sich verändert. Wir müssen die Signale verstehen.» Matteo Renzi (41) war nicht einmal gewählter Abgeordneter oder Senator, trotzdem wurde er, der Bürgermeister von Florenz, im Februar 2014 in das Amt des Ministerpräsidenten katapultiert. Auch Beppe Grillo (68) ist kein gewählter Politiker.

Sein Guru war Gianroberto Casaleggio, ein mysteriöser Internetfreak, der sich selten in der Öffentlichkeit zeigte. Casaleggio, der im April im Alter von 61 Jahren an einem Herzinfarkt starb, war mit der Englisch-Übersetzerin Elizabeth Birks verheiratet. Ihr Sohn, Davide (40), dirigiert nun den Internetauftritt der Bewe-

gung, vor allem den überaus lukrativen «Blog di Beppe Grillo», der von Casaleggios Firma eingerichtet wurde und noch immer betrieben wird. Casaleggio senior war ein begeisterter Fan von Science-Fiction und Dschingis Khan. Er glaubte an Aliens und war überzeugt, dass die Erde spätestens 2054 nach einem apokalyptischen Weltkrieg von einer Weltregierung namens Gaia beherrscht werde, die in direkter Demokratie online gewählt, an deren Spitze aber ein aufgeklärter Despot stehen werde. Parteien, Religionen und Ideologien gebe es dann nicht mehr, «der Mensch ist Gott».

Alle politischen Entscheidungen von M5S-Politikern müssen von sogenannten Garantoren gebilligt werden. Anfänglich waren das Grillo und Casaleggio, eine kleine, von den Mitgliedern der Bewegung online gewählte Führungsriege, inzwischen ist es Grillo allein. Politische Kandidaten müssen sich schriftlich verpflichten, den Anweisungen der Garantoren zu folgen, andernfalls kann eine Strafe von bis zu 150 000 Euro verhängt werden.

Gott allein weiss (vielleicht), wer der neue Ministerpräsident sein wird. Seit dem Ende des Faschismus 1945 hat Italien mehr als sechzig Regierungen erlebt. Der Chefredaktor der Mailänder Zeitung *Libero*, für die ich arbeite, sagte auf meine Bitte um eine Prognose: «Gesù di Nazareth.»

Der M5S, der 2013 zum ersten und bislang einzigen Mal bei Parlamentswahlen antrat, kann sich auf etwa dreissig Prozent der Wähler stützen, das entspricht der Stärke von Renzis exkommunistischem Partito Democratico. Als Virginia Raggi, eine 38-jährige attraktive Anwältin, im Juni die Bürgermeisterwahlen in Rom gewann, postete Grillo ein Video an

seine Getreuen, in dem zu sehen war, wie er «auf dem Wasser wandelte». Tatsächlich watete er in der Nähe seiner toskanischen Ferienvilla in seichtem Gewässer herum, aber seine Botschaft war simpel: «Wenn wir Rom gewinnen können, können wir auch auf dem Wasser gehen.»

Chancen vermasselt

Italien hat göttlichen Beistand dringend nötig – gefangen in der satanischen Gemeinschaftswährung, seit zehn Jahren in einer mehr oder weniger anhaltenden Rezession, mit einer Jugendarbeitslosigkeit von knapp vierzig Prozent, mit der dritthöchsten Staatsverschuldung der Welt (135 Prozent des BIP) und einem Bankensystem, das unter faulen Krediten in Höhe von 360 Milliarden Euro leidet. Das Land steht am Abgrund.

Der nächste Ministerpräsident – irgendjemand aus Renzis Partei oder vielleicht ein Banker (der die Gefahren für die italienischen Banken abwehren muss) – wird aber, anders als Renzi, vermutlich nicht einmal an Gott glauben und das Amt ohnehin nur vorübergehend ausüben, bis 2017 vorgezogene Wahlen abgehalten werden.

Wenig spricht dafür, dass Grillo Ministerpräsident wird – es sei denn, er geht ähnlich vor wie Hitler 1933. Denn in Italien ist es wie in Frankreich mit dem Front national und Marine Le Pen, der sich Rechte und Linke bislang gemeinsam entgegenstellen. Grillo hat sich seine Chancen selbst vermasselt: Rechtskräftig verurteilte M5S-Mitglieder dürfen bei Wahlen nicht kandidieren (Grillo wurde 1988 im Zusammenhang mit einem Verkehrsunfall wegen Totschlags verurteilt). Es müsste also jemand anderes aus dem M5S antreten. Aber wer weiss, wie er sich nun verhalten wird, da seine Bewegung (die so stark mit ihm identifiziert wird) so nahe an der Macht ist.

Renzi hat nicht bloss wegen Grillo verloren. Alle Oppositionsparteien (und viele seiner eigenen Parteimitglieder) haben gegen ihn gestimmt. Das gilt auch für viele, wenn nicht die meisten Katholiken, einschliesslich meiner italienischen Frau Carla. Renzi mag praktizierender Katholik sein, aber seine Regierung legalisierte 2015 gleichgeschlechtliche Zivilehen und war entschlossen, auch das Adoptionsrecht für Homosexuelle sowie Leihmutterchaften zu legalisieren – alles völlig inakzeptabel für Katholiken. Niemals würden sie Grillo wählen, der die katholische Kirche immerfort beleidigt.

Am Sonntagabend schloss Renzi seine tränenreiche Abschiedsrede mit einem zu schnell und zu leise gesprochenen «Viva l'Italia!»

«Gott beschütze Italien», dachte ich.

«Ein Haufen Phrasen»

Wie weiter in Italien? Massimo Cacciari, Philosoph und ehemaliger Bürgermeister Venedigs, erklärt nach dem gescheiterten Referendum die Lage der Nation. Mit Wut im Bauch. *Von Urs Gehrig*

Wenn die Winde peitschen, wende dich an einen Philosophen, der mit Augenmass die Lage zu ordnen weiss. Zu den bekanntesten Feingeistern Italiens gehört Massimo Cacciari, 72. Er hat über Kant, Simmel, Lukács, Benjamin doziert, und kennt sich auch in den Niederungen der Politik trefflich aus. Zweimal war er Bürgermeister Venedigs und hat dort Aufsehen erregt. Er verpasste der Lagunenstadt ein Facelifting und liess per Dekret die legendären Taubenfütter-

verkäufer vom Markusplatz verbannen. Als Touristen sein Verbot missachteten, stürzte sich der Philosoph auf die vogelfütternden Fremden, lauthals zeternd: «Basta, ihr Idioten!»

Bis dato ist der Ex-Kommunist mit Schwarzbart und Löwenmähne getrieben von geistigem Furor. In seinem Äusseren erinnert er an den genialen Andrea Pirlo, den ehemaligen Denker und Lenker der Squadra Azzurra. Ebenso seine Hartnäckigkeit. Bei seinem Rückzug aus der



«Im Namen des stumpfsinnigsten Zentralismus»: Denker Cacciari.

Aus dem Englischen von Matthias Fienbork.

Politik rühmte die Presse, er habe Venedig als einzige Metropole Italiens ohne Unterbrechung wie eine linke Insel im Meer von Berlusconi und Populismus gehalten. Seit 2010 sitzt Cacciari wieder im universitären Elfenbeinturm, steigt aber regelmässig davon hinunter und mischt sich unter das Volk, gern auch vor TV-Kameras, und wettet. Letztlich aber findet er meist ein luzides Wort. Schliesslich ist sein Spezialgebiet «die Krise der modernen Vernunft».

Professor Cacciari, wie haben Sie am Sonntag gestimmt?

Es spielt keine Rolle, wie ich gestimmt habe. **Vor der Abstimmung haben Sie gesagt: «Diese Reform ist eine Hure, aber sie ist das geringere Übel.» Was ist das grössere?**

Tatsächlich, die Reform war das geringere Übel, deswegen habe ich mit Ja gestimmt. Das grössere Übel ist das, was wir jetzt haben. Wir haben den Grad an Verwirrung, welche in der italienischen Politik herrscht, erhöht. Wir haben die soziale Instabilität und damit die wirtschaftliche und finanzielle Instabilität vergrössert. Von Beginn weg war klar: Wer immer das Referendum gewinnt, ist ein unglücklicher Sieger! Die Probleme, mit denen er sich herumschlagen muss, werden mit jedem Tag ernster. Es ist der Sieger, der nun die Verantwortung für das Schicksal des Landes trägt.

In den USA, quer durch Europa und nun auch in Italien revoltiert das Volk. Wo sehen Sie die Gründe für den Unmut, und wohin wird der Aufstand unsere westliche Gesellschaft treiben?

Die Gründe für den Protest, der allen traditionellen politischen Kräften und Regierungen in Europa entgegenschlägt, sind so klar wie das Licht am Mittag! Die Demokratie löst ihre grundlegenden Versprechen – sozialer Aufstieg, Entwicklung der Mittelklasse, Verteilungsgerechtigkeit – nicht ein. Es wäre ein Wunder, gäbe es diesen Protest nicht. Weite Teile des Volkes fühlen sich nicht mehr repräsentiert. Wir befinden uns am Rand einer Krise der repräsentativen Demokratie.

Der jubelnde Sieger ist nun der Komiker Beppe Grillo, der dem Establishment den Mittelfinger zeigt. Wie passt seine schrille Fünf-Sterne-Bewegung in die populistische Erweckungsbewegung Europas?

Grillo ist komplett anders als Le Pen, Hofer et cetera. Seine Wurzeln sind links. Sein Movimento gleicht eher der Graswurzelbewegung Podemos in Spanien, Grillo hat mehr mit Griechenlands Premier Alexis Tsipras gemein als mit den osteuropäischen Populisten. Das Problem ist, dass die Fünf-Sterne-Bewegung bis jetzt keinen konstruktiven Regierungsvorschlag unterbreitet hat. Ihr Reform-



Komplexer «Archipel»: Ministerpräsident Renzi.

programm ist nicht mehr als ein Haufen Phrasen.

Wir Schweizer sind grosse Bewunderer Ihres Landes. Bisweilen ergreift uns allerdings das beklemmende Gefühl, dass Italien hinter der Kulisse des Ferienparadieses, seiner Kulturpaläste und elysischen Weingüter auseinanderdriftet. Was ist eigentlich der Kitt, der Italiener und Italien zusammenhält?

Vielleicht bedeutet «Italienisch sein» zu einer Nation gehören, die aus vielen Nationen besteht, zu einem extrem komplexen «Archipel», der nicht auf einen Nenner zu reduzieren ist. Deshalb wäre für Italien eine föderale institutionelle Struktur ideal. Aber die Möglichkeit dazu wurde im Keim erstickt, als man vor gut 150 Jahren mit dem modernen italienischen Staat eine Einheit schuf – welche im Namen des stumpfsinngigsten Zentralismus begründet wurde.

Nach dem Rücktritt Renzis bekommt Italien seine 66. Regierung seit dem Zweiten Weltkrieg. Sokrates postulierte, gute Führungsfiguren seien Menschen, die gar nicht führen möchten und die Führungsrolle bloss übernehmen, wenn es komplett notwendig ist. Jene hingegen, welche die Führung haben wollen, seien in der Regel ungeeignet. Als Philosoph und langjähriger Bürgermeister Venedigs: Was macht in Ihren Augen eine ideale Führungsfigur aus?

Wir leben nicht in der Epoche der sokratischen Utopien. Die heutige Führungsfigur muss immer auch ein professioneller Politiker sein. Aber es gibt keine Führung ohne Charisma, Berufung, Überzeugung und Kompetenz. So umreisst es Max Weber in «Politik als Beruf».

Sie haben fast zwei Jahrzehnte lang über die Lagunenstadt regiert. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung schrieb bei Ihrer Demission 2010: «Der einzige nennenswerte Sieg Cacciari bestand im Verbannen der Taubenfuttermischer vom Markusplatz.» Abgesehen von diesem Triumph – auf welche Errun-

genenschaft mit Strahlkraft in Bezug auf Italien und die Welt sind Sie besonders stolz?

Über Venedig ist eine Menge idiotischer Dinge gesagt und geschrieben worden, so dass mich der Kommentar in der von Ihnen zitierten Zeitung überhaupt nicht überrascht. Sie sollten einen Spaziergang durch das Arsenal [Schiffswerft, Zeughaus und Flottenbasis der ehemaligen Republik Venedig] machen oder im Punta della Dogana [Kunstmuseum im ehemaligen Zolllager] vorbeischaun oder im Flughafen Marco Polo. Vergleichen Sie jene Orte mit Aufnahmen aus den neunziger Jahren, dann erübrigt sich Ihre Frage. Und jetzt ist genug. Ich rede nicht mehr über Venedig.

Reden wir über Europa. In einem Ihrer Bücher vergleichen Sie Europa mit Hamlet. Wie Shakespeares Prinz bleibe Europa unentschieden über seine eigenen Wurzeln und seine Identität. Heute wenden sich immer mehr Leute von der EU ab und den Nationalstaaten zu. Wissen Sie, warum?

Die Rückkehr verschiedener Arten von Nationalismen in Europa ist einfach zu erklären. Sie hat mit der Sackgasse zu tun, in der wir

«Für Italien wäre eine föderale institutionelle Struktur ideal.»

uns seit der Einführung der Einheitswährung Euro befinden. Und mit dem Stillstand des Integrationsprozesses der politischen Union. Die Entfremdung der Bürger von Europa und von der Idee einer politischen Union (welche nur in einer föderalen Form möglich ist) ist das Resultat von Fehlleistungen der gegenwärtig amtierenden Regierungen. Die Abkehr ist die normale Reaktion auf ein Europa, das allein nach finanziellen Kriterien aufgebaut und in der bürokratischsten und zentralistischsten Art, die man sich vorstellen kann, organisiert ist.

Viele Europäer sehen in der wachsenden Migration nach Europa eine Bedrohung. Sollte man in Ihren Augen die Migration nach Europa begrenzen?

Immigration ist eine Notwendigkeit. Das sollte den europäischen Bürgern klargemacht werden. Sie ist ein unaufhaltsames Phänomen mit strukturellen Ursachen: demografisch zu begründende Wachstumsraten im Süden, furchterregende wirtschaftliche Ungleichheiten, das Einstürzen von materiellen und immateriellen «Mauern», welche die Welt vor der Globalisierung getrennt hatten. Wenn Europa eine einzige, echte Macht wäre, könnte es aus der Immigration wichtige Ressourcen urbar machen. Aber Europa schwächelt. Nie im Leben werden die alten Staaten, die nun alle Kleinstaaten sind, in der Lage sein, im neuen Millennium wirtschaftlich und politisch wettbewerbsfähig zu bleiben. ○

Krieger und Mönch

Auch bei der Wahl seines Verteidigungsministers bricht Donald Trump mit der Tradition. Mit James Mattis macht er einen Viersterne-General zum Pentagon-Chef. Hinter dem Kampfnamen «Mad Dog» steckt ein Bücherwurm mit dem Charisma eines modernen Mark Aurel. Von Urs Gehrig

Amerika hat die grösste, teuerste, modernste Armee der Welt. Wer sie anführt, sollte sich auskennen im Kriegsgeschäft. Und wer tut dies besser als ein General? Doch Heerführer als Pentagon-Chefs sind verpönt. Seit der Schaffung des Verteidigungsministeriums 1947 legen die USA Wert auf eine zivile Kontrolle des Militärs.

Nun bricht Donald Trump mit der Tradition. Mit James N. Mattis, 66, holt er einen kampferprobten Feldherrn ins Pentagon. «Er ist ja fast ein zweiter George Patton», frohlockte Trump, als er Mattis vorstellte. Die Ähnlichkeit zwischen diesem und dem feisten General, der die Amerikaner gegen Hitlerdeutschland in den Krieg führte, ist offensichtlich. Wie Patton ist Mattis ein hemdsärmeliger Advokat einer aggressiven Offensivkraft und nie um einen markigen Spruch verlegen.

Wer sich während der Invasion im Irak 2003 mit den US-Truppen im Feld bewegte, vernahm den Namen Mattis aus jedem Mund. In einem Husarenritt führte dieser die 1. US-Marine-Infanteriedivision von Kuwait in Richtung Norden. 808 Kilometer legte er in siebzehn Tagen zurück. «Gentlemen, das ist kein Marathon, das ist ein Sprint», bläute Mattis seinen *grunts* ein und befahl, Dörfer zu umfahren und Gefechte zu vermeiden: «Wenn ihr was nicht fressen könnt, erschiess es oder zieht es an, nehmt es auf keinen Fall mit», gab er als Devise aus.

«Mad Dog» nennen ihn seine Bewunderer. Gegner karikieren ihn als Chuck-Norris-Verschchnitt. Die Vergleiche laufen ins Leere. Mattis ist weder ein zweiter Patton noch ein rüddiger Kampfhund. «Er ist weit disziplinierter, als Patton es war, und ein weit besserer strategischer Denker», schreibt Militärhistoriker Thomas E. Ricks, Autor von Büchern über Amerikas jüngste Kriege («Fiasco», «Generals», «The Gamble»).

Geboren 1950 im Staat Washington an der Pazifikküste, trat Mattis mit neunzehn in die Armee ein. In seiner gut vierzigjährigen Karriere brachte er es bis zum Viersternegeneral. Über sein Privatleben ist nichts bekannt. Er habe keins, heisst es. Mattis hat nie geheiratet. Seine Familie sei die Armee, die Soldaten behandle er wie eigene Kinder. Veteranen sprechen von einem fürsorglichen Umgang und stundenlangen Frontbesuchen in bitterkalten Nächten. «Teilt euren Mut, wenn wir jetzt in Feindesland treten», gab er seinen Marines mit auf den Weg und mahnte, vor der Waffe das Hirn zu gebrauchen. «Die wichtigsten paar Zentimeter auf dem Schlachtfeld sind jene zwischen euren Ohren.»

Als Brillenträger und klein von Gestalt, entspricht Mattis nicht dem Hollywood-Image einer ballernenden Kraftmaschine. Zieht er ins Feld, führt er im Rucksack stets die «Meditationen» des römischen Stoikers und Imperators Mark Aurel mit sich. «Sie ermöglichen mir, Distanz vom Hier und Jetzt zu gewinnen und die ewigen Wahrheiten der Kriegsführung zu erkennen.» Legendär ist Mattis riesige Bibliothek. 7000 Bücher soll sie einmal gezählt haben. Die meisten hat er verschenkt. Seine Belesenheit und sein Einzelgängertum haben ihm den Übernamen «warrior monk» (Kriegermönch) eingetragen. Der scheint seinen Charakter besser zu treffen als jedes martialische Attribut.

Weg mit den Sonnenbrillen!

Im Irakkrieg entwickelte sich Mattis zu einem erbitterten Gegner der «computerisierten Kriegsführung», wie sie der damalige Pentagon-Chef Donald Rumsfeld propagierte. Der digitale Krieg baue unnötige Barrieren auf, so Mattis. Nach der Invasion schickte er Panzer und Artillerie nach Hause und begab sich zu den lokalen irakischen Militärkommandanten. «Ich komme in Frieden», sagte der Marinegeneral, «ich bringe keine Artillerie, aber ich erkläre inständig und mit Tränen in den Augen: Wenn ihr mich verarscht, lege ich euch alle um.»

Um Weihnachten 2003 bereitete er seine Marines in Kalifornien auf ihren zweiten Einsatz im Irak vor. Diesmal würden sie anders vor-

gehen. Weg mit den Sonnenbrillen! Die Soldaten liessen sich Bärte wachsen und paukten Konversation auf Arabisch. «Der Erfolg in der Aufstandsbekämpfung setzt die Unterstützung der Einheimischen voraus», brachte Mattis seinen Soldaten bei. «Und der stellt sich nie ein, wenn man ihre Wohnhäuser in die Luft sprengt.» Mit dieser Kampfmoralität legte er den Grundstein für den Erfolg, den General Petraeus 2007/08 mit dem «Surge» erzielte.

Mattis' Belesen- und Besonnenheit könnten sich als Korrektiv zu Trump erweisen, der immer wieder durch impulsive Reaktionen auffällt. Die natürliche Autorität des Generals hat beim frischgewählten US-Präsidenten bereits Wirkung gezeigt. Gleich bei seinem ersten Treffen hat er diesem die Wiedereinführung des Waterboardings ausgedrückt. «Gib mir eine Schachtel Zigaretten und ein paar Bier, ich erreiche damit mehr als mit Folter», habe ihm der General überzeugend dargelegt.

Die unorthodoxe Persönlichkeit des Pentagon-Chefs könnte sich als Idealbesetzung erweisen. «Mattis weiss, dass Krieg das letzte Mittel ist, nicht das erste», so Militärhistoriker Ricks. «Er versteht auch, dass die Androhung von Gewalt am besten funktioniert, wenn sie mit robuster Diplomatie einhergeht.» Einmal im Krieg, scheint Mattis indes nicht bereit, nur einen Zentimeter preiszugeben. «Kein Krieg ist vorbei, bis der Feind sagt: Er ist vorbei», so sein Credo. ○



«Ich komme in Frieden»: James Mattis.

Die verschwiegenen Themen

Im Zuge der Trump-Wahl wurde Breitbart News zum Feindbild des Medien-Mainstreams. Beim Publikum punktet das Online-Portal. Die Leser haben genug davon, nur vorgesetzt zu bekommen, was die linksliberalen Meinungsmacher für richtig halten. *Von James Delingpole*

Breitbart News ist also, wenn man Zeitungsmeldungen glauben soll, der übelste Nachrichtendienst der Welt. Boykottiert von Kellogg's, berüchtigt für Schlagzeilen wie: «Geburtenkontrolle macht Frauen unattraktiv und verrückt», ist Breitbart anscheinend nicht nur für die Wahl von Donald Trump verantwortlich, sondern auch für den Aufstieg der «Ultras» in Europa – dank schauerlicher «Fake News», mit denen Breitbart arglose Leute einer raffinierten Gehirnwäsche unterzieht.

Dabei hatte noch vor einem Monat kaum jemand von Breitbart gehört, ausgenommen seine treue konservative Leserschaft. Wie konnte dieser Nachrichtendienst so schnell so mächtig werden? Und ist er wirklich so schlimm, wie die Kritiker behaupten?

Die Antwort auf die zweite Frage zuerst: Nein, keineswegs. Gewiss, ich bin nicht unparteiisch. Ich arbeite seit vier Jahren für Breitbart, würde den schlechten Ruf der Organisation aber vor allem mit dem alten Sprichwort erklären: «Wenn du unter Beschuss gerätst, bist du einer Sache auf der Spur.»

Die Antwort der Rechten auf Gramsci

Seit vier Jahrzehnten oder noch länger beherrscht die Linke unsere Kultur. Selbst wenn sie nicht an der Macht war (etwa in der glanzvollen Zeit von Margaret Thatcher und Ronald Reagan), hat sie fast jeden Bereich der westlichen Gesellschaft mit ihren «fortschrittlichen» Werten geprägt.

Getreu der Strategie von Kulturmarxisten wie Antonio Gramsci hat die Linke erfolgreich ihren «langen Marsch durch die Institutionen» absolviert – in Schulen, Universitäten, im öffentlichen Dienst, in den Medien –, so dass überall im Westen die Parolen des politisch Korrekten nachgebetet werden.

Wohl nirgends wird diese Verzerrung deutlicher als in den Meldungen, die unsere Medien bringen beziehungsweise nicht bringen. Selbst in Grossbritannien (das sich mit der freimütigsten und furchtlosesten Presse der Welt brüstet) gibt es seit langem eine auffällige Neigung, bestimmte Themen nicht zu behandeln – Einwanderung, die problematischen Auswirkungen des Multikulturalismus, die Gefahr des radikalen Feminismus, die Bedrohung durch den islamischen Fundamentalismus, die grosse Klimaklüge...

Wenn, wie George Orwell schrieb, «Journalismus heisst, Dinge zu veröffentlichen, die andere nicht lesen wollen – alles andere ist Public Rela-



Energischer Kämpfer: Andrew Breitbart.

tions», dann haben unsere Mainstream-Medien allzu oft versagt. So ist zwangsläufig eine Marktlücke entstanden. All die frustrierten Leser und Zuschauer haben es einfach satt, nur das vorgesetzt zu bekommen, was die linksliberale Elite für richtig hält. Sie wenden sich solchen Medien zu, die all die verschwiegenen Themen mutig und unerschrocken aufgreifen.

Und damit kommen wir zu Breitbart News. Der Nachrichtendienst wurde 2007 gegründet und nach seinem Gründer Andrew Breitbart benannt, einem konservativen Journalisten und genialen Medienmacher (er war auch bei der Gründung der *Huffington Post* beteiligt und arbeitete zehn Jahre bei der Nachrichten-Website *Drudge Report*), der erkannt hatte, dass die Rechte, wenn sie die Kulturkämpfe gewinnen will, eigene Medien gründen müsse. Er war sozusagen die längst überfällige Antwort der Rechten auf Gramsci.

«Kultur ist eine politische Angelegenheit», hat Andrew Breitbart oft gesagt. Gemeint war: Wenn man die Linke treffen will, wo es wirklich weh tut, muss man auf die Barrikaden steigen. Für Breitbart gingen Journalismus und politischer Aktivismus stets Hand in Hand. So stellte er Anthony Weiner bloss, den demokratischen Politiker, der Frauen Fotos seines Geschlechtsteils zugeschickt hatte. Und dann filmte er sich selbst, wie er «Occupy Wall Street»-Aktivisten zubrüllte: «Schluss mit den Vergewaltigungen» und «Ihr dreckigen

Vergewaltiger, ihr mörderischen Irren». (Es funktionierte: Tagelange Nachrichtenzyklen, in denen die linken Medien sich auf Andrew Breitbart stürzten, führten dazu, dass die Vergewaltigungen im «Occupy»-Lager schliesslich publik wurden.)

Im Februar 2012 starb dieser ungeheuer charismatische und energische Kämpfer plötzlich an Herzversagen. Er war erst 43. Das hätte das Ende von Breitbart News sein können – immerhin gab es schon zahlreiche Nachahmer –, doch Larry Solov, der Mitbegründer (und Freund aus Kindheitstagen), der junge und unermüdliche Chefredaktor Alex Marlow und der Vorstandsvorsitzende Steve Bannon waren nicht bereit, das zuzulassen.

Ich habe Bannon 2012 kennengelernt, als er die Gründung des Londoner Breitbart-Büros vorbereitete. Er war eine eindrucksvolle Figur – Ex-Goldman-Sachs-Manager, Ex-Marineoffizier, Spitzname «Honigdachs» (wegen seiner Angriffslust und Unbekümmertheit) –, aber auch ein genialer Visionär. Früher als andere erkannte er die revolutionären Strömungen, die 2016 die Welt nachhaltig verändern sollten: in Grossbritannien den Aufstieg der United Kingdom Independence Party (Ukip) und das wachsende Bedürfnis, der Europäischen Union den Rücken zu kehren; in Europa die zunehmenden Konflikte, die auf das Konto der Einwanderung, des Islam und einer korrupten und verknöcherten EU gehen; in Amerika und

anderswo den grosse Widerstand gegen die Globalisierung und den Hass auf die liberale Elite. Wenn einzig Breitbart über diese Dinge berichten würde, wäre das ein gewaltiges Potenzial.

Und tatsächlich: Lange bevor Donald Trump von der Mauer sprach, war Breitbart an der mexikanischen Grenze präsent mit täglichen Berichten über die Kriminalität, das Chaos und die extreme Gewalt, deren Ursache die unkontrollierte Einwanderung ist. Im Radiosender Sirius XM wurden die Sorgen all der Arbeiter angesprochen, die sich von der Washingtoner Elite verraten und verschaukelt fühlten. In Europa unterstützte Breitbart Nigel Farage und den Brexit. Man berichtete über die Massenvergewaltigungen in der Kölner Silvesternacht, die von den deutschen Behörden (mit Unterstützung willfähriger Medien) so eifrig vertuscht wurden.

Antisemitismus? Weisses Rassismus?

Dank seiner richtigen Einschätzung der Stimmung im Volk kann Breitbart enorme Erfolge verzeichnen: eine wichtige Position in der Regierung von Donald Trump (Bannon ist mittlerweile Chefstrategie), eine weltweite Leserschaft von 45 Millionen und, vielleicht am schönsten, der dauerhafte Hass der vernichteten linken Elite und ihrer zunehmend bedeutungslosen Medien. Mit der geplanten Einrichtung von Büros in Frankreich, Deutschland und anderswo ist Breitbart im Begriff, die Welt zu erobern.

Natürlich ist Breitbart nicht perfekt, aber die meisten Vorwürfe sind lächerlich. Antisemitismus? Weisses Rassismus? Der Gründer, der CEO und mehrere führende Mitarbeiter sind Juden – überhaupt ist das ganze Team so multiethnisch, dass es als Reklame für United Colors of Benetton dienen könnte. Breitbart ist überdies ausgesprochen proisraelisch und hat ein Büro in Jerusalem. Eine Bastion der Alt-Right-Bewegung? Diese Bewegung ist so klein und taucht in der Breitbart-Berichterstattung nur selten auf: Sie ist wenig mehr als eine Minderheit, die in Breitbarts Massenpublikum, das sich von Rechten über Sozialkonservative bis hin zu Libertären erstreckt, kaum eine Rolle spielt. Und während Breitbart für mehr Stimmen steht, nicht für weniger, heisst das nicht, dass es Rassisten, Antisemiten und Rechtsextremen eine Tür öffnet. Fake News? Nun ja, auf diese Weise kann man wahre Storys abtun, die nicht in den linksliberalen Mainstream passen.

«Erst ignorieren sie dich, dann lachen sie dich aus, dann bekämpfen sie dich, und schliesslich gewinnst du.» Dass dieser Ausspruch von Mahatma Gandhi stammt, wäre eine Falschmeldung. Hätte er es aber tatsächlich gesagt, wäre es eine treffende Beschreibung von Breitbart.

James Delingpole ist leitender Redaktor bei Breitbart News Network.

Aus dem Englischen von Matthias Fienbork

First Lady

Schöner als Bill Clinton

Amerikanische Designer boykottieren Melania Trump, obwohl sie ideale modische Voraussetzungen hat.

Eine First Lady auszustatten, gilt unter Designern als Ehre – besonders für die weniger bekannten Repräsentanten der Branche ist es eine künstlerische Anerkennung und ein Meilenstein ihrer Karriere. Melania Trumps Attraktivität, ihr graziler Körper und ihre stilsicheren Auftritte während des US-Wahlkampfes böten eigentlich die Voraussetzungen für eine uneingeschränkte Umgarnung. Weil das slowenischstämmige Ex-Model aber mit dem offenbar falschen Mann verheiratet ist, kommt die künftige First Lady als Aushängeschild für viele Edelschneider nicht in Frage.

Tom Ford distanziert sich

Sophie Theallet, Ausstatterin von Michelle Obama, drückte ihre Abneigung in einem offenen Brief aus: «Ich werde die kom-

mende First Lady nicht einkleiden und möchte auch sonst in keiner Weise mit ihr in Verbindung gebracht werden.» Kaelen Haworth und Marc Jacobs schlossen sich der medienwirksamen Distanzierung an, quasi prophylaktisch – Melania Trump hatte nie den Wunsch nach einer gemeinsamen Zusammenarbeit geäussert. Tom Ford begründete sein Desinteresse an der Ausstattung der US-Präsidentengattin damit, dass sie nicht unbedingt zu seinem Image passe. Auch seien seine Kleider zu teuer für eine First Lady, weil sich ja alle Frauen damit identifizieren müssten.

Natürlich darf jeder Unternehmer seine bevorzugte Klientel haben. Ob es aus wirtschaftlicher Sicht Sinn ergibt, sich von der 46-jährigen Trump abzuwenden – einer Frau mit hoher Empfänglichkeit für edle

Stoffe und teure Schnitte, die sich gemäss einer Sprecherin ihre Kleider selbst aussucht und wohl über das nötige Kleingeld verfügt, die ganze Fifth Avenue aufzukaufen –, bleibt offen. Womöglich steckt hinter dem öffentlichen Abstandnehmen aber gerade ein wirtschaftliches Kalkül: Die klare Absage könnte dazu dienen, die Nähe zur noch öffentlichkeitswirksameren, zahlungskräftigen und den Demokraten zugeneigten Hollywoodkundschaft nicht zu verwirken.

Es gibt aber auch Designer wie Tommy Hilfiger, für die der Zauber der Weiblichkeit an erster Stelle steht. «Melania ist eine wunderschöne Frau, und jeder Designer sollte stolz darauf sein, sie einkleiden zu dürfen», sagt Hilfiger im Modemagazin WWD. «Ich finde, die Mode sollte sich aus der Politik raushalten.»

Und aus modischer Sicht ist die Trump-Wahl doch eigentlich ein Glücksfall: Bill Clinton hätte mit Sicherheit keine so attraktive First Lady abgegeben. *Tamara Wernli*



Eigentlich ein Glücksfall: Melania Trump.



Burschikoses Go-go: Stewart im Stones-Video.



Ikone der Woche

Freigeist

Von Claudia Schumacher

Blue & Lonesome», das neue und 23. Studioalbum der Rolling Stones, bedeutet für die meisten Millenials, dass sie nun endlich ein Weihnachtsgeschenk für ihren Vater gefunden haben. Die 1990 geborene Kristen Stewart hingegen nimmt das Ereignis zum Anlass, der Musik ihrer Elterngeneration neues Leben einzuhauchen, indem sie im Video zur ersten Single «Ride 'Em On Down» die wilde Rock-Göre spielt. Das ist im Grossen und Ganzen sehr cool, seltsam nur ein kleines bisschen.

«Born yesterday»

Die 26-jährige Schauspielerinnen tanzt in Jeans und Fetzenshirt wie ein burschikoses Go-go an einer Tankstelle herum, die Kippe dabei komplett verantwortungslos (Tankstelle!) und verdammt lässig im Mundwinkel. Als Stones-Girl steht Stewart in einer stolzen Tradition. Die letzte, die in dieser Reihe die Luft zum Knistern brachte, war keine Geringere als Angelina Jolie, die 1997 in heller Seidenunterwäsche und einem schwarzen Mantel mit rasiertem Schädel wie ein dunkler Engel durch das Video zu «Anybody Seen My Baby» stapfte. Ein Stones-Girl muss wild und frei sein, ohne Kompromisse. Mutig, lustvoll und schön auf eine interessante, androgyne Weise – quasi Mick Jagger als Frau.

Während die Stones auf den letzten beiden Alben, «A Bigger Bang» (2005) und «Bridges to Babylon» (1997) ein paar Verbeugungen vor dem Zeitgeist machten und irgendwie ein bisschen poppig klangen, scheint es sie in «Blue & Lonesome» nicht zu stören, dass man sie für alt halten könnte. «Ride 'Em On Down» stammt im Original vom Bluesgitarristen Eddie Taylor, der Song ist aus dem Jahr 1955 – ein Cover, wie alle Lieder auf dem neuen Album. Die Stones gehen zurück zu ihren schwarzen Wurzeln und machen die Musik, die sie immer geliebt haben – egal, wie sehr diese aus der Zeit gefallen ist. Alle vier verbliebenen Stones sind über siebzig Jahre alt, auf ihre verdrehte Weise machen sie wieder einmal alles richtig: Wer im Alter cool sein will, tut gut, nicht mehr mit der Zeit zu gehen.

Während Jagger 1997 im Video noch den Lover von Angelina Jolie spielte, ist er neben Stewart nicht mehr zu sehen. Das ist einsichtig. Dennoch hat es etwas Seltsames, dass zwischen Sänger und Video-Frau fast zwei Generationen liegen. «Born yesterday and not a day before», singt Jagger. Ein Gruss von früher, wie der blaue Mustang, in dem Stewart nur knapp am Unfall vorbei fährt.

Blue & Lonesome, The Rolling Stones, CD: Fr. 19.95.

«Monsieur, wie schrecklich! Ein Existenzialist!»

Ein herrliches Buch erzählt die Geschichte einer vergessenen Philosophie, die das Lebensgefühl einer Epoche prägte. *Von Wolfram Knorr*

Kurios, aber wahr: Der Western war, bei aller trivialromantischen Verklärung, eine existenzialistische Manifestation. Vor allem, wenn der Held nach getaner Arbeit wieder hinausritt in die grenzenlose Freiheit, ruhelos neue Herausforderungen suchend. In einem Radiogespräch mit Karl Jaspers (1883–1969), einem der grossen Philosophen des Existenzialismus, nannte dieser das Meer «die anschauliche Gegenwart des Unendlichen». Im Gegensatz zum «Wohnen», dem «Geborgensein», das «unentbehrlich und wohltuend» sei. Das «Hinausgehen über die Geborgenheit» aber beinhalte die Sehnsucht nach der grossen Freiheit.

Eine Sehnsucht, die sich zunächst darin äusserte, die wärmende Isolierschicht sozialer wie moralischer Normen rigoros abzulegen und ein Leben in der neuen Freiheit des Wollens statt des Sollens zu suchen. Daraus wurde ein kompletter Lebensentwurf, der – unglaublich für die Geisteswissenschaft – so populär wurde, dass aus ihm eine frühe Pop-Art entstand, eine Mode und Lebenshaltung. Dicke schwarze Rollkragenpullis, Trenchcoats, glattes, schwarzes Stirnfransen-Haar, Jacketts mit hochgeschlagenem Kragen – und darunter das Verhalten von «Geworfenheit». Juliette Gréco mit der «Frisur einer Ertrunkenen» und ihrer rauchigen Stimme wurde zur Ikone. Und über allem thronte der Meisterdenker Jean-Paul Sartre (1905–1980), der mit seiner moussierenden Intelligenz und seinem Esprit die Attraktivität der neuen Philosophie ins Rollen gebracht hatte und zum Guru des Existenzialismus wurde.

Die britische Autorin Sarah Bakewell hat sich, wunderbar leichtfüssig, in einem umfassenden Sachbuch der Geschichte dieses unglaublichen Phänomens gewidmet und spricht schon im Titel ganz dezidiert die sinnliche Qualität der Ära an: «Das Café der Existenzialisten. Freiheit, Sein & Aprikosencocktails». Das klingt auf den ersten Blick wie ein augenzwinkerndes populärphilosophisches Ratgeberbuch. Ist es natürlich mitnichten. Sartre und seine Begleiter, natürlich allen voran seine Lebensgefährtin Simone de Beauvoir (1908–1986), hielten sich tatsächlich am liebsten in Cafés auf, um zu rauchen, zu trinken und endlos zu diskutieren. So gilt, völlig konsequent, ein Disput im Pariser «Café Bec de Gaz» in der Rue Montparnasse im Jahre 1932 als eigentliche Geburtsstunde des Existenzialismus. Sartre und de Beauvoir sassen an einem

Tischchen, tranken Aprikosencocktails und erfuhren vom Studienfreund Raymond Aron, der gerade aus Berlin kam, dass es dort etwas Neues gebe, Phänomenologie genannt. Das sei nichts Verschwurbeltes, sondern betrachte das Leben als Gegenstand. Der Mensch sei immer schon in eine Welt voller Dinge, also «Phänomene», hineingeworfen. «Warum also», fragte Aron in die Runde, «vergessen wir nicht den ganzen bisherigen Kram, ziehen den Teppich der Metaphysik unter der Philosophie weg und konzentrieren uns auf die Phänomene?» «Wenn du Phänomenologe bist», so Aron, «kannst du auch über diesen Cocktail sprechen, und das ist dann Philosophie.» Laut Simone de Beauvoir, schreibt Bakewell, sei Sartre daraufhin ganz blass geworden und wie elektrisiert gewesen.

Eine Art Gassenhauer

Im Jahr von Hitlers Machtübernahme ging Sartre als Stipendiat nach Berlin, kehrte nach einem Jahr mit Søren Kierkegaard (1813–1855) und der «Phänomenologie» Edmund Husserls (1859–1938) im Gepäck zurück und filterte aus Kierkegaards Kontroversen über die menschliche Existenz und den Dingen, die einem erscheinen, seine Philosophie mit der zentralen Frage: Was bedeutet es, frei zu sein? Einige Jahre später, während der deutschen Besat-



Kult des Individuums: Simone de Beauvoir und

zung, wurde das zur brennenden Frage, die die Philosophie vom Kopf auf die Beine zu stellen begann. Der Mensch, so Sartre, sei sich selbst immer einen Schritt voraus und erfinde sich erst im Verlauf des Weges, den er beschreitet: «Die Existenz geht der Essenz voraus.» Will heissen, der Mensch ist in die Welt geworfen und muss sich – seine Natur, seine Essenz, sein Wesen – zwischen den Dingen erst definieren. Und weil Sartre im Grunde ein Romancier und Dramatiker war, trugen seine philosophischen Schriften («Das Sein und das Nichts») auch einen «unverkennbar französischen Charakter» (Bakewell), ein Flair, das auch jene anzog, die mit den sonst staub-



Freiheit des Wollens: Karl Jaspers, 1956.



Gelebtes Denken: Albert Camus, 1957.



Jean-Paul Sartre in Paris, 1970.

trockenen Sprachakrobaten wenig anfangen konnten. Dass das Individuum in die Welt geworfen ist, hatte etwas Schauernd-Schönes, aber auch Tragisches, mit dem sich jeder gerne umgab. Daraus wurde regelrecht eine Art Gasenhauer. Die katholische Kirche allerdings fühlte sich von Sartre abgestossen und setzte 1948 gleich sein Gesamtwerk auf den Index der verbotenen Bücher.

Nicht nur die Kirche, auch die Kommunisten gingen an die Decke über den Kult des Individuums. Revolutionen sind damit kaum zu machen. Derartige Angriffe, und es waren nicht die einzigen, steigerten sukzessive die Attraktivität der sartreschen Philosophie. «Existenzialist» wurde in den konservativen Kreisen zum Schimpfwort. Bakewell zitiert den Philosophen Gabriel Marcel, der während einer Zugfahrt Mitfahrern erzählte, von einem Sartre-Vortrag zu kommen, worauf eine Frau entsetzt reagiert habe: «Monsieur, wie schrecklich! Der Sohn einer Freundin von mir ist Existenzialist; er lebt mit einer Negerin in einer Küche!» Existenzialisten galten als Subversive, die freie Liebe praktizierten und die Nächte in Kellerlokalen bei Jazz und Chansons vergeudeteten.

Sartre und de Beauvoir schrieben in den Cafés, hielten Hof und scharten eine Menge Intellektuelle und Künstler um sich, von Albert Camus über Boris Vian bis Jean Genet. Im Lauf der Jahre kam es zu Zerwürfnissen mit Freunden wie Albert Camus und anderen, zumal sich Sartre immer deutlicher dem Marxismus öffnete. Für Sarah Bakewell ist Sartre natürlich nicht allein die tragende Säule des

«Warum also vergessen wir nicht den ganzen bisherigen Kram?»

Existenzialismus-Tempels, auch Martin Heidegger (1889–1976), Karl Jaspers, Simone de Beauvoir und andere, die entscheidend zum Welterfolg der Philosophie beitrugen, werden ihrer Bedeutung entsprechend vorgestellt, und ihr Denken wird erstaunlich verständlich vermittelt. Bei einem Tiefenbohrer wie Heidegger mit seinem Hauptwerk «Sein und Zeit» nicht gerade ein leichtes Unterfangen. Aber immerhin enthalte es, so Bakewell, einen grossen Gedanken, «der dem Widerstand gegen den Totalitarismus hätte dienlich sein können»: die unpersönliche Herrschaft des «man», dem man verfallt und das uns unserer Freiheit beraube, selbständig zu denken: «Das <man> kann es sich gleichsam leisten, dass <man> sich ständig auf es beruft.» Um authentisch zu leben, wie es Sartre vehement propagierte, müsse man sich diesem Einfluss entziehen. Für Heidegger nicht leicht, weil das «man» ungreifbar sei.

Betonung der Authentizität

Mit den 68ern begann der Niedergang des Existenzialismus, auf den der emotionsarme Strukturalismus folgte. Doch gewisse Errungenschaften blieben prägend, vom Feminismus bis zur Unterhaltungskultur. Die starke Betonung der Authentizität ist dort überall zu finden, vor allem im amerikanischen Kino und eben im Western, der am schlackenlosesten die sartresche Maxime, jeder sei nur die Summe seiner Handlungen, durchdeklinierte.

Sarah Bakewells aufregendes Stück Philosophiegeschichte zeugt von hohem Kenntnisreichtum und zugleich grosser Vergnüglichkeit. Da wird geradezu greifbar, was es im Zeitalter des Dekonstruktivismus, Postmodernismus und Postfaktischen nicht mehr gibt: gelebtes Denken, auch mit all seinen niederträchtigen Seiten, wie etwa Heideggers Verrat an Edmund Husserl oder Sartres Schimpftirade auf Albert Camus' Essay «Der Mensch in der Revolte», der 1951 erschien und sich vehement gegen den Kommunismus wandte. Sartre konnte dem Freund nicht verzeihen, Simone de Beauvoir offenbar auch nicht. Solche Animositäten demonstrieren nur, wie besetzt ihr Leben von ihrer Philosophie war. Für Heidegger war Philosophieren Heimkehr, für Sartre das Gegenteil: vorwärts, dorthin, wo «alle Festigkeit aufhört» (Karl Jaspers), und keiner setzte sich dabei so aus wie Sartre. Sarah Bakewell hat schon recht, wenn sie dazu auffordert, die Existenzialisten wieder zu lesen: «Sie stellen beharrlich die Frage nach der Freiheit und dem Sein, die wir ebenso beharrlich zu vergessen suchen.»

Essay «Der Mensch in der Revolte», der 1951 erschien und sich vehement gegen den Kommunismus wandte. Sartre konnte dem Freund nicht verzeihen, Simone de Beauvoir offenbar auch nicht. Solche Animositäten demonstrieren nur, wie besetzt ihr Leben von ihrer Philosophie war. Für Heidegger war Philosophieren Heimkehr, für Sartre das Gegenteil: vorwärts, dorthin, wo «alle Festigkeit aufhört» (Karl Jaspers), und keiner setzte sich dabei so aus wie Sartre. Sarah Bakewell hat schon recht, wenn sie dazu auffordert, die Existenzialisten wieder zu lesen: «Sie stellen beharrlich die Frage nach der Freiheit und dem Sein, die wir ebenso beharrlich zu vergessen suchen.»

Sarah Bakewell: Das Café der Existenzialisten. Freiheit, Sein & Aprikosencocktails. C. H. Beck. 448 S., Fr. 35.90.

Jazz

Der dunkle Glanz der Melancholie

Von Peter Rüedi

Die beiden waren *a couple made in heaven*: der Altsaxofonist Lee Konitz und der Trompeter Kenny Wheeler w zwei Melomanen und lyrische Poeten, beide ebenso Meister in der emotionalen Aufladung ihrer Melodielinien von herzausreissendem Sehnsuchtpotenzial wie in der Schaffung von Strukturen, also der Vermeidung von Gefühllichkeit oder Sentimentalität. Konitz, bei dem das Klischee eines Veteranen des Cool Jazz zu kurz greift (auch wenn er vor seiner Partnerschaft mit Lennie Tristano an Miles Davis' epochalen «Birth of the Cool»-Aufnahmen beteiligt gewesen war), der noch zu Zeiten des überlebensgrossen Charlie Parker die einzige wirklich kreative Alternative zu diesem auf dem Alto war und, mit Jahrgang 1927, bis heute gelegentlich auftritt, lebte immer während längerer Perioden in Europa und spielte beim Münchner Label ECM zwei denkwürdige Alben ein: das eine, «Angel Song», 1997 mit eben genanntem Kenny Wheeler (und Bill Frisell und Dave Holland), das andere, «Live at Birdland», 2009 mit Brad Mehldau, Charlie Haden und Paul Motian. In einem anderen «Birdland», dem bescheideneren Klub im deutschen Neuburg, war er schon 1999 mit Wheeler aufgetreten, im Quartett mit dem Pianisten Frank Wunsch und dem Bassisten Gunnar Plümer. Die Aufnahmen sind nun, digital restauriert, wieder erschienen, und sie beweisen, dass es von Lee Konitz zwar prominentere und weniger prominente Performances gibt, aber nicht A- und B-Produktionen. Der Neuburg-Mitschnitt ist hinreissend. Kenny Wheeler, der kanadische, in England beheimatete Trompeter und Flügelhornist, ist im September 2014 im Alter von 84 gestorben, und so ist diese CD, nach seiner Komposition «Olden Times» benannt, eine Art Memorial für ihn. Konitz glänzt mit einem weniger suchenden, weniger verschatteten, aber unverkennbar persönlichen Saxofon-Ton, und Wheeler flicht seine Melodielinien kongenial ein, zuweilen in Unisoni von unverschämter Schönheit. Der Hauch von Melancholie über dem Ganzen erhöht nur den unfraglichen Glanz dieser entgegen ihrem Titel ganz zeitlosen Musik. Wunderbar, auch in den Beiträgen der deutschen Rhythmusgruppe.



Lee Konitz Kenny Wheeler Quartet: Olden Times – Live at Birdland Neuburg. Double Moon DMCHR 71 146

Leises Comeback

Die neue Regiearbeit von Mel Gibson erntet Jubelkritiken. Seine jähzornigen Ausfälle sind Vergangenheit. Er habe zehn Jahre an sich gearbeitet, sagt der frühere Action-Star.

Beatrice Schlag

Gleich am Anfang von «Blood Father», dem neuesten Film, in dem Mel Gibson eine Hauptrolle spielt, ergreift er als bärtiger Ex-Säufer in einer Runde von Anonymen Alkoholikern das Wort: «Man kann nicht sein Leben lang ein Scheisskerl sein und einfach sagen: «Ist doch egal.» Ich habe viel Schaden angerichtet. Ich kann nicht alles heil machen, was ich zerbrochen habe. Was ich tun kann, ist, nicht zu trinken. Also tue ich das heute nicht.»

Ob die Einsicht des ehemaligen Gangsters John Link im Drehbuch stand oder vom Link-Darsteller Mel Gibson stammt, ist nicht bekannt. Dass sie auf beide zutrifft, ist eine Ironie, die jeden Zuschauer glücken lässt.

«Blood Father», ein smarter, ziemlich brutaler Indie-Film des französischen Regisseurs Jean-François Richet, bekam bei seinem Start im vergangenen Spätsommer hervorragende Kritiken. Aber in den USA lief er nur kurz, in vielen europäischen Ländern kam er gar nicht erst in die Kinos. Wer ihn sehen will, muss aufs Internet oder auf eine DVD ausweichen. Dass Mel Gibson mitspielte, virtuos wie immer, schien die Kinogänger nicht zu interessieren. Nicht mehr. Von den wenigen Filmen, in denen Mel Gibson in den letzten Jahren eine Hauptrolle innehatte, spielte kein einziger die Herstellungskosten ein.

Grosse Schauspielkunst

Die Nacht, die Mel Gibson die Gunst von Studios und Fans kostete, war der 28. Juli 2006. Auf der Fahrt nach Malibu wurde er wegen überhöhter Geschwindigkeit und Verdachts auf Trunkenheit am Steuer angehalten. Auf dem Beifahrersitz lag eine offene Flasche Schnaps. Gibsons erste Worte an den Polizisten, Vizesheriff James Mee, waren angeblich: «Mein Leben ist vorbei. Ich bin erledigt. Robyn wird mich verlassen.»

Laut Polizeibericht geriet der schwer betrunkene Schauspieler ausser sich, als Mee ihn nicht mit seinem Wagen weiterfahren liess: «Fucking Jews! Die Juden sind verantwortlich für sämtliche Kriege der Welt. Sind Sie ein Jude?» James Mee ist Jude. Der Polizeibericht wurde den Medien zugespielt. Am nächsten

Tag reichte Robyn Gibson, mit der er eine Tochter und sechs Söhne hat und seit 26 Jahren verheiratet war, die Trennung ein.

Im August wurde Mel Gibson mit der Auflage, ein mehrmonatiges Entzugsprogramm zu absolvieren, und einer Bewährungsfrist von drei Jahren freigelassen. Er gab, was er sein «jämmerliches Verhalten» nannte, widerspruchslos zu. In Pressemitteilungen und Interviews entschuldigte er sich mehrfach. Die Entschuldigung wurde nicht angenommen.

Tiefer war noch nie ein Star gestürzt. Und Mel Gibson, in den USA geboren und in Australien aufgewachsen, hatte bis zu jener Julinacht vor zehn Jahren zu den grössten von allen gehört. Die Hauptrolle in «Mad Max» (1979) erhielt er unmittelbar nach Abschluss der Schauspielschule. «Mad Max II» und «Mad Max – Jenseits der Donnerkuppel» katapultierten ihn weltweit an die Spitze der *action heroes*. Dazwischen zeigte er in Filmen wie Peter Weirs «Gallipoli» und «The Year of Living Dangerously», dass er auf der Leinwand auch in facettenreicheren Rollen mit leiseren Tönen hervorragend war.

Ausserdem hatte er ein charismatisches Gesicht, an dem man sich nicht sattsehen konnte.

Nichts daran schien affig, vor dem Spiegel einstudiert, künstlich. Dass er auch in gewalttätigsten Szenen nie verbissen wirkte, sondern von ungeheurer Energie und oft von Verzweiflung getrieben, ist hohe Schauspielkunst, die in Actionfilmen selten zu entdecken ist. Siehe «Lethal Weapon», Folge 1 bis 4. Bei seinen raren komischen Rollen wie in «Maverick» neben Jodie Foster bewies er neben viel Charme auch einen selten perfekten Sinn für Timing. Hollywood liebte den Allrounder. Der Mann war eine Geldmaschine.

Der Pilotenfilm «Air America» (1990), ein Gibson-Vehikel, das miese Kritiken und mässige Kassenerfolge einbrachte, ist deswegen erwähnenswert, weil Mel Gibsons Partner ein Schauspieler war, mit dem keiner mehr arbeiten wollte: Robert Downey Jr., der kurz davor seine Gefängnisstrafe wegen Drogendelikten abgesessen hatte. Bei einer Preisverleihung im 2011 sagte Downey Jr., inzwischen gefeierter «Iron

Man»-Darsteller, über den in Ungnade gefallenen Kollegen: «Ich bekam keine Rollen mehr. Und er nahm mich. Er sagte, wenn ich lang genug Verantwortung übernehme – er nannte es «den Kaktus umarmen» –, würde mein Leben Bedeutung bekommen. Und wenn er mir helfe, würde ich dem Nächsten helfen. Es gab keinen Grund, anzunehmen, dass er der Nächste sein würde. Aber wenn Sie nicht ohne Sünde sind – und wenn Sie es sind, sind Sie in einer verdammten falschen Branche –, dann verzeihen Sie ihm und lassen ihn arbeiten.»

Die Kritiker wanden sich

1995 drehte Gibson nach einem wenig beachteten Regiedebüt mit «Braveheart» einen Kassenschlager, den niemand von ihm erwartet hatte. Der 70-Millionen-Film über den schottischen Krieger William Wallace spielte das Dreifache seiner Kosten ein und wurde für zehn Oscars nominiert. Vier davon gewann er, unter ihnen die beiden wichtigsten, die Hollywood zu vergeben hat: für die beste Regie und den besten Film. Starkritiker Roger Ebert schwärmte von einem «Action-Epos mit klassischer Hollywood-Schwertfechtereie und der dreckigen Grimmigkeit von Mad Max».

Nach einer Serie von Hauptrollen in Erfolgsfilmen wie «The Patriot», «What Women Want» und «Signs» legte der tief religiöse Katholik 2004 mit einem neuen Regiewerk nach: «The Passion of the Christ», das er selber mitverfasst und finanziert hatte. Der vor allem von vielen Juden als antisemitisch kritisierte Film erschreckte andere durch Gibsons obsessive Vorliebe für die Darstellung fast unerträglicher Brutalität, ein Merkmal aller Filme, bei denen er Regie führte. Dennoch – oder vermutlich eher deshalb – ist der Film, der sagenhafte 611 Millionen Dollar einspielte, bis heute der erfolgreichste Film, der nicht von einem grossen Studio produziert wurde. Er machte Gibson reicher als alle

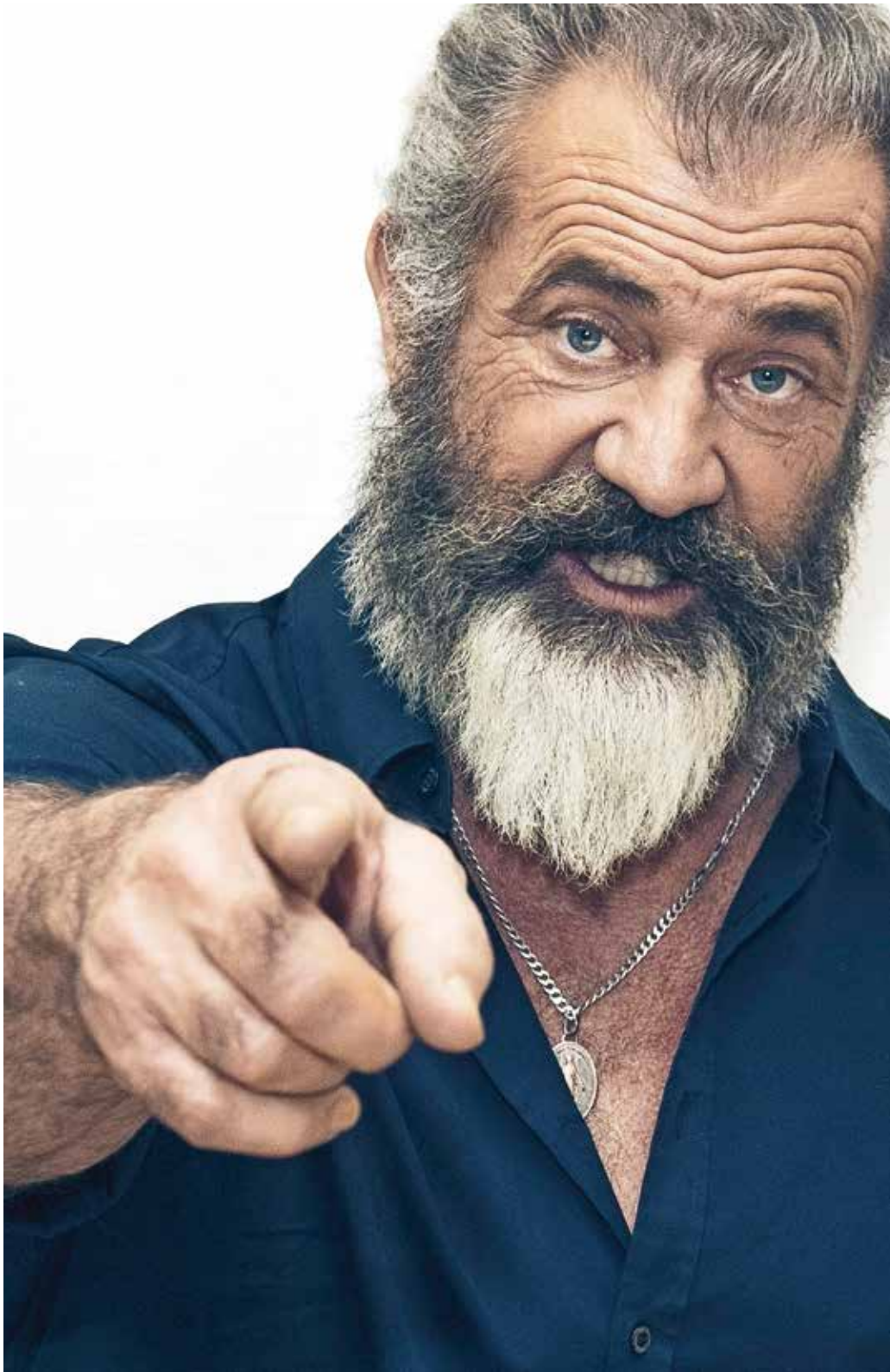


Gibson in «Mad Max», 1979.

Die Hauptrolle in «Mad Max» erhielt er gleich nach der Schauspielschule.



Regisseur Gibson am Filmset von «Hacksaw Ridge».



«Kaktus umarmen»: Filmstar Gibson, 60.

Blockbuster, in denen er mitgespielt hatte. Keine sechs Monate nach dem Skandal um seine Ausfälle im betrunkenen Zustand kam mit «Apocalypto» ein neuer Film des Regisseurs Gibson in die Kinos. Die Kritiker wanden sich. Die meisten waren begeistert von seinen visionären Bildern. Aber durfte man einen offensichtlichen Antisemiten hochjubeln? Die *New York Times* schrieb: «Sagen Sie über ihn, was Sie wollen: dass er Probleme mit Alkohol oder mit Juden hat. Aber er ist ein ernsthafter Filmmacher.» *Salon.com* tat ihn mit den Worten ab:

«Er hätte sich schon längst selber ausgegrenzt, wenn er nicht eine krude Begabung hätte, Pop-Unterhaltung voller Gewalt zu machen.» Gibsons Filmkollegen waren weniger befangen.

Quentin Tarantino nannte den Film «den künstlerisch besten des Jahres, ein Meisterwerk». Martin Scorsese sagte, er bewundere Gibson «für seine Ehrlichkeit, aber auch für die Kraft und die Kunst seines Filmmachens». Der Film brachte weltweit das Vierfache seines auf 30 Millionen geschätzten Budgets ein. Kein Grosserfolg in Gibsons Karriere, aber alles ande-

re als ein Flop für einen Superstar, der kurz vorher alle Sympathien verspielt zu haben schien.

2009 zeigten Bilder Gibson bei der Umarmung der russischen Pianistin Oksana Grigorieva. Noch-Ehefrau Robyn, die Gibson einmal «eine Heilige, einen viel besseren Menschen als mich» genannt hatte, verlangte kurz danach die Scheidung. Es soll mit über 400 Millionen Dollar Abfindung Hollywoods bisher teuerste Scheidung gewesen sein. Im Oktober 2009 gaben Grigorieva und Gibson die Geburt einer gemeinsamen Tochter bekannt, ein halbes Jahr später ihre Trennung. Danach wurde es richtig hässlich. Grigorieva behauptete, Gibson habe sie geschlagen. Auf Telefonbändern, von denen Gibson behauptet, sie seien manipuliert, hört man ihn sagen: «Du siehst aus wie eine verdammte Hure auf Ecstasy. Wenn du von einer Bande Niggern vergewaltigt wirst, ist es dein Fehler. Du bist dauernd provozierend angezogen mit deinen falschen Brüsten. Ich will diese Frau nicht. Ich glaub dir nicht mehr, ich liebe dich nicht.»

Ohne Waffe an der Front

Seine Agentur feuerte ihn am gleichen Tag, an dem die Bänder publiziert wurden. Gibson akzeptierte vor Gericht den Vorwurf, Grigorieva geschlagen zu haben, den er in Interviews vehement bestreitet. Grigorievas Unterhalt wurde geregelt. Danach verschwand Mel Gibson fünf Jahre lang aus der Öffentlichkeit und wurde nicht vermisst. Nicht von den Jungen, die ihn nur als hässliche Mediengestalt kannten. Nicht von den Kinogängern, die ihn dreissig Jahre lang geliebt hatten und wussten, dass er mit sechzig zu alt ist für einen *action hero*, ob er ihnen zuwider ist oder nicht. Ein *action hero* über sechzig sein, das kann nur Denzel Washington.

Im Sommer 2016 meldete sich Mel Gibson als Regisseur von «Hacksaw Ridge» beim Filmfestival in Venedig zurück. Nach der Premiere des Films über einen patriotischen US-Soldaten im Zweiten Weltkrieg, der unbedingt als Sanitäter an die Front will, sich aber weigert, eine Waffe zu tragen, ehrte ihn das Publikum mit zehnmütigen Standing Ovationen. Es war auch ein Akt der Versöhnung. So gut ist der Film nicht. Die Kampfbilder des uneinnehmbar scheinenden Hacksaw Ridge in Japan sind grossartig, wenn man Bilder erträgt, in denen Ratten sich über die Gedärme eben erschossener Soldaten hermachen. Bisher spielte der Film, in Europa erst in manchen Ländern angelaufen, 70 Millionen Dollar ein. Oscar-Nominierungen sind nicht ausgeschlossen. Mel Gibson ist zurück, verdient, nicht laut. Über die trüben Skandale seiner Vergangenheit sagt er: «Ich glaube, die beste Art, zu zeigen, dass einem etwas leid tut, ist, etwas dagegen zu tun. Ich wollte nicht für zwei Wochen in eine *rehab* für Prominente und danach wieder scheitern. Ich habe zehn Jahre an mir gearbeitet.» ○

Top 10

Knorr's Liste

1	Hell or High Water	★★★★★
Regie: David Mackenzie		
2	Sully	★★★★☆
Regie: Clint Eastwood		
3	Florence Foster Jenkins	★★★★☆
Regie: Stephen Frears		
4	Little Men	★★★★☆
Regie: Ira Sachs		
5	Café Society	★★★★☆
Regie: Woody Allen		
6	Doctor Strange	★★★★☆
Regie: Scott Derrickson		
7	Deepwater Horizon	★★★☆☆
Regie: Peter Berg		
8	American Pastoral	★★★☆☆
Regie: Ewan McGregor		
9	Bridget Jones's Baby	★★★☆☆
Regie: Sharon Maguire		
10	Fantastic Beasts and ...	★★★☆☆
Regie: David Yates		

Kinozuschauer

1 (1)	Fantastic Beasts and ... (3-D)	21 888
Regie: David Yates		
2 (-)	Sully	15 962
Regie: Stephen Frears		
3 (2)	Florence Foster Jenkins	8 920
Regie: Clint Eastwood		
4 (3)	Willkommen bei den Hartmanns	6 605
Regie: Simon Verhoeven		
5 (8)	Petterson und Findus 2	4 317
Regie: Ali Samadi Ahadi		
6 (5)	Jack Reacher: Never Go Back	3 961
Regie: Edward Zwick		
7 (4)	Deepwater Horizon	3 378
Regie: Peter Berg		
8 (-)	Underworld: Blood Wars	3 225
Regie: Anna Foerster		
9 (6)	Doctor Strange	2 993
Regie: Scott Derrickson		
10 (7)	Trolls (3-D)	2 869
Regie: Mike Mitchell, Walt Dohrn		

Quelle: Schweizerischer Filmverleiher-Verband; Zuschauerzahlen vom Wochenende (Deutschschweiz)

DVD-Verkäufe

1 (-)	Pets (Universal)
2 (1)	Game of Thrones – Staffel 6 (Warner)
3 (2)	Independence Day: Wiederkehr (Fox)
4 (3)	Ein ganzes halbes Jahr (Warner)
5 (4)	Ice Age 5 – Kollision voraus! (Fox)
6 (5)	Central Intelligence (Universal)
7 (9)	Star Wars – Das Erwachen ... (Disney)
8 (-)	Harry Potter 1–7 (Warner)
9 (-)	Erlösung (TBA)
10 (7)	Schellen-Ursli (TBA)

Quelle: Media Control



Grenzüberschreitungen von Sprache und Zeit: «Arrival».

Kino

Kein Gestern. Kein Morgen

Dem Kanadier Denis Villeneuve («Sicario») gelang mit «Arrival» ein Sciencefiction-Film, der auf das übliche Brimborium verzichtet. Von Wolfram Knorr

Science-Fiction, kurz SF, ist eigentlich nur Hightech-Requisite, Elektronik-, Holografie- und Cyber-Wucherung, ein berauschendes Hokusfokus-Blendwerk. Wurde früher durch die Tiefe des Raums geritten, wird in der SF mit Raumschiffen durch sie gedüst. An der Action hat sich nichts geändert. Es gibt aber auch Filme, die aufs Pyrotechnische verzichten und sich statt äusseren inneren Problemen widmen. Die allerdings sind kaum kompatibel mit dem Mainstream. Filme wie Andrei Tarkowskis «Solaris» (1972) etwa. In ihnen geht es um die Frage, was eine Begegnung mit dem radikal Anderen in uns tatsächlich auslösen würde. Ein Hindernis, so Arthur C. Clarke, sei dabei immer unser anthropozentrisches Weltbild (der Mensch als intelligenteste Lebensform im All), das uns dazu verführe, Aliens herablassend zu begegnen.

Der kanadische Filmregisseur Denis Villeneuve, seit «Sicario» (2015) einer der gefragtesten in Hollywood (zurzeit arbeitet er an einem Remake von «Blade Runner»), ist das Wagnis in seinem SF-Film «Arrival» eingegangen. Ein Grenzgänger zwischen Experiment und Mainstream ist er mit der intensiven Bildsprache sowieso. «Arrival» (Drehbuch von Eric Heisserer) geht auf die Erzählung «Story of Your Life» (1998) des US-amerikanischen Autors Ted Chiang zurück. Chiang, Informatiker, ist der anspruchsvollste Autor des Gen-

res, zahlreich ausgezeichnet («Der Turmbau zu Babel»), der es wagt, in seinen Grenzexperimenten seelische Tiefen auszuloten.

In «Arrival» sind es Grenzüberschreitungen von Sprache und Zeit. Was würde es für uns bedeuten, wenn die Aliens unser Zeitsystem gar nicht kennen würden? Kein Gestern, kein Morgen? Keine Erinnerung? Chiang spielt dabei mit echten Spekulationen der Quantenkosmologen. Muschelförmige Raumschiffe schweben an mehreren Orten des Globus gleichzeitig knapp über dem Boden und hängen wie riesige schwarze Tropfen in der Luft. Das beunruhigt die Staaten; Weltuntergangssekten und andere Gruppen beginnen, die soziale Ordnung aus den Angeln zu heben. Die Regierungen müssen handeln. In den USA werden die Linguistin Louise Banks (Amy Adams), eine Koryphäe der Sprachanalyse, und der Mathematiker Ian Donnelly (Jeremy Renner) gerufen, um das Problem zu lösen, ehe Schlimmeres passiert. Russland und China wollen mit Waffengewalt vorgehen, was die Amerikaner nervös macht. Sie drängen Banks, die Aliens zu fragen: «Mit welchem Ziel seid ihr auf die Erde gekommen?» Für Banks absurd. Wie soll das total Fremde darauf antworten, wenn es nicht weiss, was es bedeutet? Die Aliens erscheinen als krakenartige Schemen hinter einer weissen Wand ihres Raumschiffs, mit Walgesang-ähnlichen Tönen und einer rein



Rätselwelt: «Arrival».

visuellen Kommunikationsform. Fieberhaft, mit Donnelly's mathematischer Hilfe, erarbeitet Banks ein System und erfährt, dass die Aliens ins menschliche Zeitgefüge eingreifen – und vor allem in ihres. Klingt kompliziert, ist es aber nicht.

Erst mit dem verblüffenden Ende fügen sich die Teile zu einem Ganzen, das Villeneuve und sein Kameramann Bradford Young («Selma») mit magischen Kompositionen ins Bild setzen. Die Szenen im Inneren des Raumschiffs vor der weissen Wand mit den «Heptapoden» (Siebenfüssigen) und ihren Tintenkreisen, untermalt vom unheimlichen Sound des Isländers Jóhann Jóhannsson, der bereits bei «Sicario» für die Atmosphäre sorgte, saugen hinab in seelische Tiefen. In diese Rätselwelt fügt sich exzellent Amy Adams zwischen den harschen Militärs, als würde sie durch einen emotionalen Brennofen gejagt. ★★★★★☆

Weitere Premiere

I, Daniel Blake — Bei den diesjährigen Filmfestspielen von Cannes gab es unter den Kritikern am Ende des Festivals eine Riesenempörung, weil nicht der deutsche Beitrag «Toni Erdmann» von Maren Ade die Goldene Palme erhielt, sondern der Beitrag des 80-jährigen Brit-Veteranen Ken Loach, der in Cannes nicht zum ersten Mal die begehrte Trophäe erhielt.

Man kann ja darüber streiten, wer nun was und ob überhaupt verdient hat, und man kann auch der Meinung sein, Loach drehe ja ohnehin immer die gleichen Geschichten über die kleinen Leute, die vom Staat im Stich gelassen werden, aber auch die Gegenfrage ist erlaubt: Wer dreht denn heute noch Filme über die Zukurzgekommenen? Da wird zwar in den Medien, wenn's um Wahlen geht, weitschweifig das Problem erörtert, aber der Kritikerzunft scheint ein Verkleidungskasper wie Toni Erdmann wichtiger zu sein. Dabei ist Ken Loach ein wunderbarer Film über einen 59-jährigen Zimmermann namens Daniel Blake (Dave Johns) gelungen, der nach einem Herzinfarkt nicht mehr arbeiten darf und in die Mühlen der Wohlfahrtsbürokratie gerät. Um Arbeitslosenunterstützung zu bekommen, muss er Anträge ausfüllen und auf die Bearbeitung warten. Geld erhält er in der Zwischenzeit nicht. Also versucht er es im Jobcenter, wo er eigentlich für nicht mehr vermittelbar gilt, aber sich trotzdem mehrmals pro Woche bewerben muss. Ein wenig Trost findet er nur bei der zweifachen Mutter Katie (Hayley Squires), die kaum ihre Kinder ernähren kann. Wer darin Sozialkitsch sieht, der übersieht wirklich die emotionale Kraft und das tiefempfundene Engagement für jene, die man übersieht. Und in den konkreten Details ist Loach unübertroffen. ★★★★★☆



Wohlfahrtsbürokratie: «I, Daniel Blake».

Fragen Sie Knorr

Alle Kritiker schimpfen auf Til Schweiger, auch Sie. Beim Publikum aber sind seine Filme beliebt. Was ist denn so schlimm an ihm? H. G. H., per E-Mail



Gar nichts. Ich finde, er hat das Zeug zum Kinohelden. Das Problem sind die Autoren, die es hier für solche Typen nicht gibt. Nicht nur die Deutschen, der gesamte deutschsprachige

Kulturraum hat ein gestörtes Verhältnis zur intelligenten Unterhaltung. Diese aber beherrschen jene Kulturnationen, die das Leichte nie auf die leichte Schulter nehmen.

Til Schweiger muss das – vor diesem Hintergrund – ohne Sicherheitsnetz sowohl in seinen Familienkomödien («Honig im Kopf») als auch in den Action-Filmen («Tschiller: Off Duty») durchziehen und erhöht deshalb den Druck, übertreibt seine Kapriolen. Es ist das Konvertiten-Syndrom: Er will wie ein Hollywoodstar sein, was dann nur noch albern wirkt.

Wolfram Knorr

Der Journalist und Buchautor gehört zu den renommiertesten Filmkritikern der Schweiz.

Fragen an: knorr@weltwoche.ch
Unveröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

Fernsehkritik

Nobody als Star

Von Alex Reichmuth



Inszenierte Demut: SRG-Direktor Matter.

Es muss frustrierend sein, der Chef zu sein und trotzdem ein Nobody. Bei SRF gibt es den eloquenten Kurt Aeschbacher, die telegene Susanne Wille oder den quirligen Sven Epiney. Und es gibt Ruedi Matter. Ruedi wer? Ruedi Matter, Direktor von Schweizer Radio und Fernsehen. Letzte Woche war er für einmal der Star. «Hallo SRF!», hiess seine Show. Matter beantwortete anderthalb Stunden lang Fragen des Publikums zum Programm. Er wirkte dabei hölzern – fast so hölzern, wie wenn Johann Schneider-Ammann zum Tag der Kranken spricht. Aber das musste so sein.

Inhaltlich brachte die Sendung nichts. Ruedi Matter berichtigte und beschwichtigte. Und spielte den Ahnungslosen. Verspätete Sendungen? «Wir machen, was wir können.» Mehr Angebote für Junge? «Ihre Botschaft ist angekommen.» Linksdrall in der Redaktion? «Ich erlebe dieses Haus nicht so.» Zu viel Reklame? «Ohne Werbung wären die Gebühren noch höher.»

Schon vor einem Jahr ging «Hallo SRF!» erstmals über den Bildschirm. Danach hat sich am Programmangebot nichts geändert. Aber es geht nicht darum, das Publikum ernst zu nehmen. Es geht nicht darum, sich zu verbessern. Es geht nur um die Geste.

Das Stimmvolk hat beinahe das Radio- und TV-Gesetz versenkt. Die Kritik an der Werbeallianz von SRF mit Swisscom und Ringier nimmt zu. Die Initiative «No Billag» zur Abschaffung der Gebühren droht. Darum wird man am Leutschenbach allmählich nervös. Kritik interessiert dort zwar noch immer niemanden. Aber jetzt ist Demut vor dem «lieben Publikum» gefragt. Also inszeniert man sie. Fehlte nur noch, dass Ruedi Matter vor den Zuschauern in die Knie gegangen wäre.

Alle brauchen Freunde

Salzburg auf Tour in Moskau und Zürich, traditioneller Weihnachtscocktail im «Meylenstein». Von *Hildegard Schwaninger*



Voller Hoffnung: Präsidentin Rabl-Stadler, Intendant Hinterhäuser.

Die Salzburger Festspiele brauchen Freunde. So flog Festspiele-Langzeit-Präsidentin **Helga Rabl-Stadler**, deren Amtszeit gerade bis zum 100-Jahre-Jubiläum 2020 verlängert worden ist, mit dem neuen Intendanten **Markus Hinterhäuser** nach Moskau, um dort erstmals neue Freunde anzuwerben. Man ist voller Hoffnung, dass das Oligarchengeld in Zukunft fließt, schliesslich haben die Festspiele eine heisse Verbindung zu Russland. Die unerreichte *diva assoluta* der Festspiele ist Russin: **Anna Netrebko**, die erstmals «Aida» singt; die Vorstellungen sind bereits hoffnungslos überbucht. Und der Grieche **Teodor Currentzis**, der die Eröffnungspremiere «La Clemenza di Tito» dirigiert, hat auch einen russischen Pass.

Nach Zürich kommt der Werbetrupp aus Salzburg schon seit vielen Jahren. Traditionell



Erstmals «Aida»: Opernstar Netrebko.

im November gibt es im «Zunfthaus zur Meisen» den Empfang für die «Freunde der Salzburger Festspiele», und der Andrang ist immer gross. Im Auditorium erspähte man auch **Franz Humer**, den Ex-Präsidenten von Roche, der heute den Fonds des russischen Oligarchen **Michail Fridman** (geschätztes Vermögen: 15 Milliarden Dollar) berät, sowie die engagierte Kunst- und Musikfreundin **Margot Bodmer**. Meistens bringen die Salzburger ein kleines Musikprogramm als Geschenk mit. Darauf wurde dieses Jahr verzichtet, dafür war das Büffet dieses Jahr üppiger als sonst.

Helga Rabl-Stadler liess sich entschuldigen (ein Grund für ihre erstmalige Absenz bei der Zürich-Präsentation wurde keiner genannt), dafür durfte man Markus Hinterhäuser erleben. Er ist Pianist, war – als Nachfolger des Zürchers **Luc Bondy** – Leiter der Wiener Festwochen und ist neuer Intendant der Salzburger Festspiele. Er versprühte – mit angenehmer Stimme aus dem Stegreif sprechend – viel Charme und machte den «Freunden» das neue Programm so richtig schmackhaft. «Die Kunst hilft uns, die Welt zu lesen», lockte er, und: «Die Kunst stellt Fragen nach der *Conditio humana*.» Im Zuge der Werbetournee, welche die Festspiel-Crew auch nach Tokio, Peking, Berlin etc. führte (und nächste Woche nach New York), gab Hinterhäuser selbst zwei Konzerte in Seoul. Auch bei den Salzburger Festspielen 2017 wird er selber auftreten: In

einem Schubert/Schostakowitsch/Mahler-Konzert am 19. August spielt er u. a. mit **Vilde Frang** (Violine), **Martin Grubinger** (Schlagwerk), **Matthias Goerne** (Bariton). Seit langem ist es das erste Mal, dass der Intendant ein Künstler ist, der selbst auftritt. Der letzte war der Dirigent **Herbert von Karajan**.

Der traditionelle Christmas-Cocktail im «Meylenstein» ist ein beliebter Anlass. Es gibt mehr als genug zu trinken und zu essen. Die Musik spielt, und es darf getanzt werden. Ausserdem sind immer viele attraktive Frauen da und testosteronstarke Männer. Bei den Meyersteins dreht sich vieles ums Auto. Die Autowaschanlage (Autop) ist ihr Hauptgeschäft, Autopflege ihre Kernkompetenz. Die Einladung zum Christmas-Cocktail ist der Dank an die Kunden. Es gibt Kunden, die so treu sind, dass sie zweimal in der Woche kommen, um ihr – meist noch blitzsauberes – Auto waschen zu lassen. **Beat Meyerstein**, der Patron, sagt, manche kämen sogar täglich vorbei. Er lächelt verschmitzt, also bleibt offen, ob er das ganz ernst meint. **Janine Meyerstein** aus dem Chefteam begrüßte die Gäste, dankte auch den Kunden, die das «Meylenstein» als Event-Location mieten, und wies auf das neue VIP-Programm hin, die Innenreinigung der Autos in 30 Minuten für 90 Franken.

Unter den Gästen: der Psychiater **Joe Hättenschwiler**, Unternehmer **Peter Blum**, das Ärzte-Ehepaar (Neurologie) **Rudenz** und **Adriana Schmid**, Neurochirurg **René Bernays** sowie der Fotograf **Ruedi Kubli**, der den Anlass nutzte, um seinen neuen Promi-Bildband zu verkaufen und zu signieren.



Annina Frey an der Michael-Kors-Eröffnung.

An der Bahnhofstrasse in Zürich, wo jahrzehntelang das Schuhgeschäft Bata war, ist jetzt Michael Kors eingezogen, die amerikanische Luxusmarke, die auch für Normalbürger bezahlbar ist. Zur Eröffnung: eine nette Cocktailparty mit vielen hübschen Frauen, mittendrin – von Kopf bis Fuss in Michael Kors – **Annina Frey** von «Glanz & Gloria» als Markenbotschafterin.

Korrigenda: Letzte Woche wurde an dieser Stelle vermerkt, **Jacky Donatz** übernehme die Beiz «Zum Grobe Ernst» im Zürcher Niederdorf. Das ist falsch. Wir bitten um Entschuldigung.

Liebe, Luft und Leichtigkeit

Die beiden Yoga-Spezialistinnen Whitney Kirk, 34, und Lindsey Arnold, 38, haben kürzlich geheiratet. Unter einer selbstentworfenen Chuppa.



Verleiht Flügel: Ehepaar Kirk-Arnold.

Whitney: Ich tanze, seit ich vierjährig bin. Nach meinem Studium – ich bin Englischlehrerin – begann ich, meine eigentliche Leidenschaft professionell zu verfolgen. Ich tanzte in einer Truppe und verbrachte lustige Jahre. Doch dann war mir das Rumgehops irgendwann zu wenig, sprich, ich begann mich mit Yoga zu befassen.

Lindsey: Seit wir uns lieben, habe ich viel über Yoga gelernt: Es gibt die alten indischen Yoga-Arten wie Bikram oder das sehr anstrengende Vinyasa-Yoga bei denen die einzelnen Figuren miteinander verbunden werden, es also keine Verschnaufpausen gibt. Den meisten Menschen, die Yoga als Hobby betreiben, sind die traditionellen Yoga-Arten verständlicherweise zu anstrengend. Aus diesem Grund entstand Neues, das natürlich nicht im Sinne der Puristen ist, sich allerdings zu einem florierenden Geschäft entwickelt hat.

Whitney: Eine Zeitlang bot ich in meinem Studio Hot-Fusion-Yoga an, heute bin ich auf das Luft-Yoga spezialisiert. Es wird in einem hängenden Tuch ausgeführt oder auch in zwei hängenden Stoffschlingen, in denen man sitzend die Übungen macht. Luft und Leichtigkeit bestimmen seither mein ganzes Leben. Manchmal habe ich das Gefühl, davonfliegen

zu können, im Speziellen, seit mir die Liebe mit Lindsey Flügel verleiht.

Lindsey: Ich fragte Whitney auf einem Vulkan, ob sie den Rest ihres Lebens mit mir verbringen möchte. Sie sagte ja, allerdings nur unter der Bedingung, dass auch sie mir einen Antrag machen dürfe. Frauen! Dies geschah am nächsten Tag.

Whitney: Die Hochzeit sollte vor allem zeigen, wer wir sind, was wir mögen und wie diese Dinge uns als Paar verbinden. Bald war klar, dass wir das Fest am Wasser feiern wollten. Ich entwerfe auch Mode. Die ist immer luftig, weil ich den Sommer liebe. Unsere Kleider habe ich selbst entworfen, wir wollten beide Bräute in Weiss sein.

Lindsey: Auch die Chuppa hatte Whitney entworfen und ausführen lassen. Es waren schlichte weisse Tücher, die die Leichtigkeit des Anlasses perfekt betonten. Die Strandzeremonie fand im kleinen Kreise statt und war einmalig, als Zeichen unserer Verbundenheit schütteten wir farbigen Sand in ein gemeinsames Glas und banden uns die gleichen Perlarmbänder um die Handgelenke. Ich verdrückte sogar einige Tränen, was sonst gar nicht meine Art ist. Im Mittelpunkt unserer Feier standen sowieso unsere Mütter, die uns alleine aufgezogen hatten und denen wir unsere Dankbarkeit zeigen wollten.

Whitney: Mein Kleid war hochgeschlossen und aus cremefarbener Spitze gearbeitet. Lindsey trug ein schneewisses Häkelkleid mit dünnen Trägern. Die frischgewaschenen Haare trugen wir offen, mit den Schuhen mussten wir uns nicht befassen, wir gingen barfuss. Und natürlich vollführten wir am Strand einige gemeinsame und sehr schwierige Yoga-Übungen, die der Auftakt für eine neue Geschäftsidee sein könnten: Liebes-Yoga für Paare.

Lindsey: Der grosse Tag war einmalig, die Farbe des Meeres, der Himmel – alles stand im Zeichen der Luft, unseres liebsten Elements. Am nächsten Tag feierten wir unser Glück mit einem grossen Fest und all unseren Freunden.

Protokoll: Franziska K. Müller

Politik und Theater

Von Andreas Thiel — Es ist nicht alles schlecht, was nicht lustig ist.

Levrat: Warum bist du als Satiriker nicht links?

Thiel: In einem sozialistischen Theater müssen sowohl die guten wie auch die schlechten Komiker ihre Pointen abgeben. Und dann werden die

Pointen neu so verteilt, dass alle Komiker gleich viele schlechte Pointen haben.

Levrat: Aber schlechte Komiker bringen doch auch gute Pointen schlecht rüber.

Thiel: Du hast den Haken des Sozialismus gefunden.

Levrat: Deswegen haben wir an unserem Parteitag in Thun fundamentale kommunistische Ideen wie die Aufhebung des Privateigentums abgelehnt. Wir sind keine Kommunisten, sondern Sozialdemokraten. In der Sozialdemokratie geht es nicht primär um die Umverteilung des Eigentums, sondern vielmehr um die gerechtere Verteilung der Rollen in der Gesellschaft.

Thiel: Das heisst, in einer sozialdemokratischen Komödie wird der Text von den Hauptrollen auf die Nebenrollen und Statisten umverteilt, damit alle gleich viel sagen dürfen und alle gleich lange auf der Bühne stehen können.

Levrat: Das würde ja dann die Handlung zerstören.

Thiel: Das macht nichts. In der sozialdemokratischen Komödie wird dem Publikum vorher gesagt, wann es lachen muss. Und wer an der falschen Stelle lacht, wird wegen Rassismus angeklagt.

Levrat: Und wie sieht eine nationalsozialistische Komödie aus?

Thiel: Dort beginnt die Selektion schon vorher. Die Zuschauer werden von den Komikern auf öffentlichen Plätzen zusammengetrieben. Wer Humor hat, darf ins Theater. Wer keinen Humor hat, wird gleich deportiert.

Levrat: Findest du das lustig?

Thiel: Das Theater mit euren politischen Ideologien? Nein, aber komisch.

Levrat: Wo liegt der Unterschied?

Thiel: Es ist nicht alles lustig, was komisch ist. Aber das macht nichts. Es ist ja auch nicht alles traurig, was wahr ist.



Andreas Thiel ist Schriftsteller und Kabarettist.

Diskreter Superstar

Von Peter Rüedi



Frage an Radio Eriwan: «Was ist der Unterschied zwischen einem Bergführer und einem Weinführer?» Antwort: «Im Prinzip keiner. Beide sollten uns vor Abstürzen bewahren.» Nur bezahlt man für die Fehler des Ersteren im schlimmsten Fall mit dem Leben, die Fehler in einem Guide beunruhigen in der Regel allenfalls den betroffenen Winzer. In diesem Fall Enrico Santini aus der Region um Bolgheri. Der arbeitete vor Zeiten als Angestellter in einem Supermarkt, bis es ihn zu einer weniger entfremdeten Arbeit zog und er 1998 sein erstes Rebgebiet zwischen Castagneto Carducci und Bolgheri kaufte und ziemlich bald seinen ersten «Garagenwein» kelterte – buchstäblich in einer Garage seines Wohnhauses. Der Zweimetermann bewirtschaftet heute rund zwölf Hektaren, und daraus zieht er etwa 50 000 Flaschen, davon 5000 von seinem Montepergoli. Der ist indes ein Garagenwein im übertragenen Sinn: höchste Qualität bei geringer Menge, ein Blend aus 40 % Cabernet Sauvignon, 35 % Merlot, 20 % Syrah und 5 % Sangiovese (sozusagen als lokal toskanisches Feigenblatt) – ein hochkonzentrierter, in den Aromen vielfarbig changierender «Supertuscan» mit viel dunkler Frucht, einigen rauchigen Noten, keiner Berührungsangst vor neuem und gebrauchtem Holz (40 %/60 %) und happigen Tanninen, die in einem harmonischen, fruchtsüßen, langen Abgang abgeduldet werden. Dass dieser Wein von der Klasse (aber nicht mit dem Preis!) eines Sassicaia oder Ornellaia gleich in beiden führenden italienischen Weinführern fehlt, dem «Gambero Rosso» und dem von *L'Espresso*, ist gelinde gesagt unverständlich. Mit seinem Nachbarn Michele Satta teilt Santini den Önologen, den renommierten Attilio Pagli, der sich auch in Argentinien mit Malbecs einen Namen geschaffen hat. Der Montepergoli ist Santinis Spitzenwein, er ist so dicht, dass ich mir nach jedem Glas mit einem Schluck Wasser den Mund für neue Geschmackssensationen befreien muss. Dabei meint dicht keineswegs marmeladig. Das vielschichtige Kunstwerk kommt nie in den Verdacht der Banalität.

Enrico Santini Montepergoli Bolgheri DOC 2010.
14,5 %. Archetti, Bassersdorf. Fr. 39.80. www.archetti.ch

Symbol einer Gegenbewegung

Grosser Geschmack braucht eine solide Basis. Wir bereiten einen Kalbsjus zu – das A und O einer guten Küche. Von David Schnapp

Wer mit einem gewissen Ernst in der Küche steht, sollte sich eine Basis für grossen Geschmack schaffen. Auguste Escoffier (1846–1935), der Erfinder der modernen Haute Cuisine, schreibt in seinem «Kochkunstführer»: «Die Fonds bilden die Grundlage unserer Arbeit, sie sind die erste Notwendigkeit für ernste Arbeit, und jeder Koch, der auf tadellose Arbeit hält, weiss daher auch ihre Bedeutung zu schätzen und schenkt ihrer Herstellung die peinlichste Sorgfalt.» Es ist kein Zufall, dass Fonds und Saucen das erste Kapitel dieses Buches bilden, das als Ausgangspunkt für fast alles gilt, was kulinarisch heute von Bedeutung ist.

Der Weg ist das Ziel

Auch als Hobbykoch mit Anspruch sollte man immer etwas Fond vorrätig haben. Vielleicht will man ja gerade eine Kalbshaxe oder Kalbsbacken stundenlang zart schmoren oder ein Ragout, einen Braten oder auch nur eine Pastasauce alla bolognese zubereiten. Nach der reinen italienischen Lehre gehört in Letztere natürlich kein Fond, aber er macht die Sauce trotzdem besser. Die Herstellung des Fonds braucht Zeit; diese kann genutzt werden, um zu überlegen, was man damit weiter tun soll. Ich finde, der Weg ist das Ziel. Es geht um den Fond an sich, und dieser ist gewissermassen das Symbol der Gegenbewegung zur Invasion der 20-Minuten-Rezepte, die das Kochen zur eiligsten Nebensache der Welt erklären wollen.

Das Prinzip eines Fonds oder Jus (eigentlich: Bratensaft) besteht zunächst im Rösten von Fleisch/Knochen und Gemüse sowie der folgenden langsamen, stundenlangen Reduktion. In diesem Fall handelt es sich um einen dunklen Jus, eine ideale Basis für Schmorgerichte. Ich bereite den ersten Teil des Rezepts nach der leicht abgewandelten Anleitung von Spitzenkoch Christian Jürgens im Ofen zu, so kommt die Hitze gleichmässiger an die Grundstoffe:

2 kg Kalbsknochen in Stücken (beim Metzger vorbestellen), 2 Kalbsfüsse, 2 Zwiebeln, 2 Stangen Sellerie, 2 Tomaten (Gemüse grob gewürfelt), 3 Petersilienstängel, 2 Rosmarinzweige, 2 frische Lorbeerblätter, 20 weisse Pfefferkörner, 2 EL Tomatenmark, 2 EL Sonnenblumenöl, 100 g Butter, 200 ml trockener Weisswein, 200 ml Madeira, 5 l kaltes Wasser.

Die Knochen mehrere Minuten lang unter fließendem kaltem Wasser abspülen. Währenddessen das Gemüse würfeln, die Kräuter und Gewürze bereitstellen und den Ofen auf 220 Grad Heissluft vorheizen. Öl in einen grossen, flachen Bräter geben, die Knochen und Füsse nebeneinanderlegen und 30 bis 40 Minuten im Ofen rösten, bis alles leicht gebräunt ist. Dabei regelmässig wenden. Die Knochen aus dem Bräter nehmen, Rückstände und Splitter aus dem Gefäss entfernen, die Knochen in den Bräter zurücklegen, mit dem Tomatenmark mischen und nochmals 10 Minuten rösten.

Die Ofentemperatur auf 150 Grad reduzieren, Butter, Gemüse, Gewürze und Kräuter zu den Knochen geben, leicht salzen und alles 20 Minuten braten. Mit dem Weisswein ablöschen und etwa 15 Minuten bei leicht geöffneter Ofentür reduzieren. Mit dem Madeira gleich verfahren. Bräter aus dem Ofen nehmen und abkühlen lassen. Alles auf zwei grosse Töpfe verteilen,

mit eiskaltem Wasser aufgiessen und langsam zum Kochen bringen. Den aufsteigenden Schaum abschöpfen und den Jus je nach Geschmack 3 bis 4 Stunden leicht köchelnd reduzieren. Ein feines Sieb mit einem Gazetuch auslegen, den Jus passieren und über Nacht im Kühlschrank erkalten lassen. Am nächsten Tag lässt sich das an der Oberfläche erstarrte Fett leicht entfernen, der Jus kann portionenweise eingefroren werden.

Auguste Escoffier: Kochkunstführer.
Nikol, 736 S., Fr. 28.90

Christian Jürgens: Das Kochbuch.
Collection Rolf Heyne. 400 S. (vergriffen)



Ausgangspunkt für fast alles.



Auto

Alles, ausser gewöhnlich

Der neue Lexus LC ist ein grosser Wurf in der Kategorie der Gran Turismo – eigenwillig, luxuriös und schnell. *Von David Schnapp*

Die Japaner», sagt mir ein Kenner von Land und Leuten, «machen keine halben Sachen. Bevor sie ein Auto für die Produktion freigeben, muss alles sitzen.» Der Satz hallt nach, als ich im Zuge der ersten Fahrtests, die Lexus für sein neues Coupé für die Weltpresse letzte Woche in Andalusien veranstaltet hat, in einem kanariengelben LC Platz nehme. Dieses Auto will sich so gar nicht in die europäischen Designlinien einpassen, die zwar oft gefällig aussehen,

aber selten aussergewöhnlich. Ganz anders der Lexus LC, angefangen beim mächtigen, aggressiven Kühlergrill über die weit hinuntergezogenen Frontblinker, die versenkbaren Türgriffe, die weit ausgestellten hinteren Radkästen und schliesslich das kantige Heck mit den dreidimensional wirkenden Leuchten, die auch nach innen dreidimensional scheinen. Ein optischer Trick, der mit Spiegeln erreicht wird.

Mit ebenso viel Liebe zum Detail ist der Innenraum gestaltet, auf den Fahrer fokussiert zur einen Seite, grosszügig bemessen für den Beifahrer. Der Ring um den zentralen Drehzahlmesser lässt sich mechanisch verschieben, so dass Platz frei wird für das sich vergrössernde Display im Hintergrund. Mit viel Leder, Alcantara und anderen hochwertigen Materialien ist das Auto handwerklich überzeugend gestaltet. Die Japaner, so lerne ich, sagen *takumi* dazu.

Es gibt den neuen Lexus ab Juni 2017 in zwei Varianten: Als LC 500 mit V8-Saugmotor oder als Hybridmodell mit V6-Benziner und zwei Elektromotoren. Letzteres ist in jeder Hinsicht

auf der Höhe der Zeit, der 5-Liter-Benzinmotor hingegen ist fast schon ein Anachronismus. Während die europäischen Premiumhersteller auf Turbo- oder Kompressor-Zwangsbeatmung setzen und der neue Mercedes-AMG E 63 (siehe letzte Ausgabe) sogar mit Zylinderabschaltung ausgerüstet ist, baut Lexus einen klassischen, grosshubigen Saugmotor, der wunderbar klingt, ausreichend Kraft entwickelt, ohne dabei völlig überdimensioniert zu wirken, und an ein neuentwickeltes Getriebe mit zehn (!) Gängen gekoppelt ist.

Fenster zur Zukunft

Auf der Strasse entfaltet sich die Kraft des V8 von Lexus elegant, aber nicht explosionsartig. Lenkung und Fahrwerk sind präzise und ausgewogen, letztlich aber immer komfortabel. Der LC ist ein Gran Turismo für lange, sportliche Reisen – kein reinrassiger Sportwagen. Das Schalten durch die zehn Gänge geht blitzschnell und ohne Zugkraftunterbrechung wie bei einem Doppelkupplungsgetriebe.

Selbst auf der Rennstrecke hält sich der LC durch seine ausgezeichnete Balance, den tiefen Schwerpunkt und die steife Chassis-Konstruktion gut. «Dynamik und Eleganz» wolle man mit diesem Auto ausdrücken, heisst es bei Lexus. Und gleichzeitig ist der LC ein Fenster, durch das man die Zukunft der Marke erkennen kann.

Lexus LC 500

Leistung: 477 PS/351 kW
Hubraum: 4969 ccm
Höchstgeschwindigkeit: 270 km/h
Preis: noch nicht bekannt





«Eine andere Art von Vergnügen»: Musikerin und Sitar-Könerin Shankar.

MvH trifft

Anoushka Shankar

Von Mark van Huisseling — Was die andere talentierte Tochter des grossen Ravi Shankar tut und denkt.

Sie geben nur noch wichtige Konzerte, seit Sie Mutter sind, so stand es in einem Artikel. Als Sie das sagten, hatten Sie einen kleinen Sohn. Vergangenes Jahr kam eine Tochter dazu – Ihr Konzert in Zürich muss wirklich wichtig sein...» – «Haha, ich glaube, was ich gesagt habe, war, dass ich nur noch Arbeit annehmen will, die wichtig ist. Es geht nicht um einzelne Konzerte, sondern um Projekte. Ich sage mehr nein als ja. Ich sage nur ja zu Dingen, die authentisch sind, zum Beispiel dazu, ein Album zu machen, das etwas ausdrückt, was mir wichtig ist [in ihrem aktuellen Album «Land of Gold» geht es um Flüchtlinge und deren Lage].» – «Sie sind anspruchsvoll.» – «Ja, bin ich. Und das ist gut, es hilft, zu fokussieren.» – «Wie geht das logistisch, Musikerin auf Tour zu sein, wenn man kleine Kinder hat?» – «Darauf gibt's keine rasche Antwort. Ich habe meinen Sohn auf eine Tour – neunzig Auftritte in drei Monaten – mitgenommen, als er ein Ba-

by war. Weil ich die Tour gebucht hatte, bevor ich Mutter wurde. Wir hatten eine Wiege im Tourbus, es war übergeschnappt [mental], aber auch lustig. Doch ich habe daraus gelernt – jetzt bin ich noch sechs bis acht Wochen im Jahr unterwegs.» – «Sie selber haben schon als Kind ein Musikerleben geführt...» – «Ja, meine Eltern nahmen mich mit auf Tour, sie haben mich aus der Schule gezerrt; das ging damals, heute dürfte man das nicht mehr.»

Anoushka Shankar ist eine Sitarspielerin aus London, sie ist eine Tochter des vor vier Jahren gestorbenen indischen Musikers und Komponisten Ravi Shankar. Als sie sieben war, zogen ihr Vater und ihre Mutter, die zuvor nicht zusammengelebt hatten, mit ihr nach Kalifornien. Der Vater begann, Anoushka das Sitar spielen beizubringen; mit dreizehn gab sie ihr Konzertdebüt in Delhi, Indien (Wikipedia). Seit 1998 hat sie acht Studioalben und ein Livealbum veröffentlicht, für ihr 2001 erschiene-

nes Album «Live at Carnegie Hall» wurde sie für einen Grammy-Musikpreis vorgeschlagen. Seit 2010 ist sie mit Joe Wright, einem britischen Filmregisseur («Atonement», «The Soloist») verheiratet, das Paar lebt mit den beiden Kindern in London. Vorvergangene Woche spielte sie im Schauspielhaus Zürich Stücke ihres Albums «Land of Gold»; ich fand das Konzert gut und empfehle Auftritte sowie die Musik der Künstlerin.

«Wovon verkaufen Sie mehr – von einem Album mit traditioneller Musik wie «Home» oder von einem Ihrer Crossover-Werke?» – «Im Allgemeinen verkauft sich Crossover [mit Pop-Einflüssen] besser. Aber es kommt immer drauf an, ob man eine Geschichte erzählen kann, die ein Album beschreibt, am besten in einem Satz, damit es die Leute verstehen. «Traces of You» [Crossover-Album von 2013] etwa war ein Album über so viele Dinge, doch weil meine Schwester [Norah Jones, ihre Halbschwester genau genommen] darauf sang und weil mein Vater gerade gestorben war, wurde daraus eine ganz einfache Botschaft, ein *soundbite* eigentlich, das im Grunde wenig mit dem Album zu tun hatte.» – «Was ist der Reiz, ein traditionelles Album aufzunehmen, wenn Sie davon ausgehen müssen, kommerziell werde es weniger erfolgreich sein?» – «Meine Wurzeln zu berühren, denke ich. Ein solches Album fühlt sich für mich so an, wie es sich wohl für jemanden anfühlt, der nicht in dem Land lebt, aus dem er stammt, und eine Fremdsprache spricht, wenn er nach Hause kommt. Es ist eine andere Art von Vergnügen.» – «Tönt schwierig.» – «Ist es nicht. Musikalisch gesehen ist Indien meine Heimat, und seine Tradition ist meine Muttersprache; kulturell gesehen nicht, da bin ich beeinflusst von den verschiedenen Orten, wo ich aufwuchs.»

«Ist Sitar spielen so kompliziert, wie es aussieht?» – «Ja, die Sitar ist ein herausforderndes Instrument. Und es gibt eigentlich nur einen Weg, es zu lernen: Man braucht einen guten Lehrer und viel Übung.» – «Sie haben es von Ihrem Vater gelernt, der, sagt man, der beste Spieler der Welt war. Jetzt sind Sie eine der besten Spielerinnen.» – «Danke.» – «Statistisch gesehen ist es erstaunlich, dass zwei so talentierte Spieler aus einer Familie kommen, was denken Sie?» – «Ich weiss es nicht. In Indien ist es nicht unüblich, den Beruf der Eltern auszuüben; ob aus freien Stücken oder weil es schon aufgegleist ist, ist schwer zu sagen. Doch es geht dort weniger darum, unbedingt einen eigenen Lebensweg zu finden, als bei uns im Westen.» – «Welche Musiker hören Sie selber?» – «Viele verschiedene, bloss sanft müssen sie sein im Augenblick – Nils Frahm, Max Richter, Ibeyi...»

Ihr liebstes Restaurant: Moro 34–36 Exmouth Market, London, Tel. +44 20 7833 8336



Breguet
Depuis 1775

Breguet, créateur.

Flyback-Chronograph Type XXI 3817

Der Chronograph Type XXI 3817 ist, wie alle seit 1954 von Breguet produzierten Type-XX-Stoppuhren, mit der legendären Flyback-Funktion ausgestattet, dem augenblicklichen Nullen und Neustart der Zähler. Er verfügt über sämtliche technischen und ästhetischen Codes einer wahren Fliegeruhr. Der Saphirglasboden offenbart alle Einzelheiten des mechanischen Uhrwerks mit seinen Siliziumkomponenten und der goldenen Schwungmasse. Wir schreiben die Geschichte fort...

